Plenarprotokoll 15/107

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

107. Sitzung

Berlin, Mittwoch, den 5. Mai 2004

I n h a l t :

(A) (C)

107. Sitzung

Berlin, Mittwoch, den 5. Mai 2004

Beginn: 13.00 Uhr

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:
Grüß Gott, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Sitzung ist eröffnet.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 1 auf:

Befragung der Bundesregierung

Die Bundesregierung hat als Thema der heutigen Kabinettssitzung mitgeteilt: **Bundesforschungsbericht 2004.**

Das Wort für den einleitenden fünfminütigen Bericht hat die Bundesministerin für Bildung und Forschung, Edelgard Bulmahn.

(B)

Edelgard Bulmahn, Bundesministerin für Bildung und Forschung:
Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Bundeskabinett hat heute den Bundesforschungsbericht 2004 verabschiedet. Dieses alle vier Jahre im Auftrag des Parlamentes erstellte Werk ist die umfassendste Bestandsaufnahme zur Forschungsförderung in Deutschland.

Im ersten Bundesforschungsbericht dieser Bundesregierung aus dem Jahre 2000 mussten wir in unserem Land einen beispiellosen Raubbau an Forschung und Entwicklung konstatieren. Die Regierung Kohl hatte die Ausgaben in diesem für unser Land so wichtigen Zukunftsbereich allein zwischen 1992 und 1998 um rund 670 Millionen Euro gekürzt. Die negativen Spätfolgen der Kürzungen aus dieser Zeit sind teilweise heute noch spürbar.

Diese Bundesregierung hat das Ruder herumgerissen. Das belegen die Zahlen eindrucksvoll. Zwischen 1998 und 2003 sind die Ausgaben des Bundes für Forschung und Entwicklung um rund 1 Milliarde Euro auf jetzt insgesamt 9 Milliarden Euro gestiegen, und das trotz des ungeheuren Drucks, die Finanzen des Bundes zu konsolidieren. Unser entschiedenes Handeln hat auch die Wirtschaft zu Investitionen ermutigt. So ist der Anteil der Ausgaben für Forschung und Entwicklung am Bruttoinlandsprodukt von 2,31 Prozent im Jahre 1998 auf aktuell 2,52 Prozent angewachsen.

Deutschland hat seine starke Position auf den internationalen Technologiemärkten behauptet. Im Jahre 2002 betrug der Exportüberschuss allein bei den Gütern der Hoch- und Spitzentechnologie 132 Milliarden Euro. Bei forschungsintensiven Gütern liegen wir mit einem Weltmarktanteil von 14,9 Prozent hinter den USA, deren Anteil rund 19,4 Prozent ausmacht, weltweit auf Platz zwei.

Die neuen Länder und Berlin werden, gemessen an ihrem Bevölkerungsanteil, überproportional gefördert. Während 1998 knapp 1,7 Milliarden Euro – in Prozentsätzen ausgedrückt: 23,3 Prozent – der gesamten Forschungsmittel des Bundes dorthin flossen, waren es 2003 bereits mehr als 2 Milliarden Euro bzw. rund 25 Prozent. Mithilfe dieser gezielten Förderung, zum Beispiel durch das Programm Inno-Regio, entwickelt sich in Ostdeutschland eine leistungsfähige Innovationsstruktur. Seit dem Jahr 2000 sind in den Inno-Regios über 50 neue Unternehmen gegründet worden. So wurden zum Beispiel in der Region Sachsen-Anhalt, einem Land, das ja mit sehr großen wirtschaftlichen Problemen zu kämpfen hat, durch M-A-H Reg Automotive 3 000 Arbeitsplätze geschaffen.

(D)

Die Bundesregierung hat durch ihre Forschungsförderung den Vorsprung in wichtigen Zukunftsbranchen der Wirtschaft ausgebaut, zum Beispiel in der Lasertechnik. In den 80er-Jahren war Deutschland noch Importeur von Lasertechnik. Durch eine gezielte, strategisch ausgerichtete Forschungsförderung hat sich Deutschland zu einem führenden Anbieter optischer Technologien entwickelt. Heute sind rund 110 000 Menschen bei Herstellern optischer Komponenten und Geräte beschäftigt. 50 000 neue Arbeitsplätze sind dabei erst in den vergangenen Jahren entstanden. Darüber hinaus haben diese Technologien eine Technologietreiberrolle – das wissen Sie – für weitere wichtige Branchen wie zum Beispiel den Maschinenbau oder die Automobilindustrie.

Ein zweites Beispiel: die Informationstechnologie. Mit dem Programm „IT-Forschung 2006“ stellt die Bundesregierung insgesamt 3 Milliarden Euro für die Forschung zur Verfügung. Deutschland ist heute einer der modernsten IT-Standorte der Welt. Das schafft zukunftssichere Arbeitsplätze, im Übrigen gerade in den neuen

(A) Ländern. Mit Förderung des BMBF, des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, ist in der Region Dresden das Silicon Valley Europas entstanden. Insgesamt wurden dort 6 Milliarden Euro an zusätzlicher Wertschöpfung mobilisiert und unmittelbar 11 000 Arbeitsplätze geschaffen.

Es geht aber nicht nur um Geld. Damit sich etwas in die richtige Richtung bewegt, müssen wir neben den Investitionen auch sehen, dass wir die Strukturen und die Rahmenbedingungen für eine effiziente Forschung und für die effiziente Umsetzung von Forschungsergebnissen zügig weiterentwickeln. Hierbei sind wir energischer vorgegangen als jede andere Regierung zuvor. Ich nenne als Stichworte die Umwandlung der Finanzierung der Großforschungseinrichtungen und -zentren von einer institutionellen Finanzierung zu einer wettbewerbsorientierten, programmorientierten Finanzierung, die leistungsbezogene Besoldung der Professorinnen und Professoren, die Modernisierung des Dienstrechtes und die BAföG-Reform, mit der es uns gelungen ist, viel mehr junge Menschen zur Aufnahme eines Studiums zu motivieren.

Innovationswille und Innovationsfähigkeit lassen sich nicht einfach verordnen. Deshalb ist die von Politik, Wirtschaft und Wissenschaft gemeinsam getragene Initiative „Partner für Innovation“ so wichtig für den Standort Deutschland. Für die Innovationsinitiative der Bundesregierung habe ich – zum Teil gemeinsam mit dem Kollegen Clement – bereits wichtige Schritte eingeleitet: den Hightech-Masterplan und die Gründerinitiative, um die Bedingungen für junge technologieorientierte Unter-(B)nehmen zu verbessern, den „Pakt für Forschung und Innovation“, mit dem wir den großen deutschen Forschungsorganisationen Planungssicherheit geben wollen, ihnen gleichzeitig aber auch Anreize setzen, sich selber weiter zu reformieren, und den gemeinsamen Wettbewerb von Bund und Ländern, um die deutschen Hochschulen in Spitze und Breite weiter voranzubringen.

Wir haben uns das Ziel der Europäischen Union, die Ausgaben für Forschung und Entwicklung bis zum Jahre 2010 auf 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts anzuheben, zu Eigen gemacht. Ich sage ausdrücklich: Ich bin sehr froh, dass die gesamte Bundesregierung heute im Kabinett noch einmal unterstrichen hat, dass wir dieses Ziel erreichen wollen. Wir haben diese Entwicklung in den vergangenen vier Jahren erfolgreich in Gang gesetzt: von 2,31 Prozent, als wir die Regierung übernommen haben, auf jetzt 2,52 Prozent. Wir werden in den kommenden Jahren daran festhalten, unser Ziel bis 2010 Schritt für Schritt zu erreichen. Das wird nicht einfach sein, aber zu diesem Weg gibt es keine Alternative. Das ist unser Weg, die Zukunftsfähigkeit unseres Landes zu erhalten.

Vielen Dank.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Vielen Dank, Frau Ministerin. – Ich bitte, zunächst Fragen zu dem Themenbereich zu stellen, über den soeben berichtet wurde. Gemeldet hat sich zuerst der Herr Kollege Fischer.

(C) **Axel E. Fischer** (Karlsruhe-Land) (CDU/CSU):

Frau Bulmahn, Sie haben gerade von Raubbau im Bereich Forschung gesprochen und zum Ende Ihres Beitrags darauf hingewiesen, dass es Ihr Ziel ist, dafür zu sorgen, dass die Zukunftsfähigkeit des Landes erhalten bleibt. Was das Ziel angeht, gebe ich Ihnen vollkommen Recht.

Wenn ich mir aber überlege, in welchen Bereichen in den letzten Jahren Raubbau betrieben worden ist, und mit Blick darauf die Forschungsberichte durchlese, fällt mir als ein Beispiel die Forschung zur Kernenergie und Kerntechnik ein. In diesem Bereich hat Deutschland jahrzehntelang führend mitgearbeitet und war international anerkannt. In den letzten Jahren haben wir auf diesem Gebiet massiv an Boden verloren, was wir auf internationalen Konferenzen und bei Gesprächen mit Forschenden, die es in diesem Bereich noch gibt, immer wieder feststellen können. Des Weiteren müssen wir feststellen, dass durch Ihre Politik immer weniger junge Menschen bereit sind, überhaupt ein Studium in diesem Bereich aufzunehmen.

Meine Frage an Sie lautet: Welche Initiativen plant die Bundesregierung, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken? Was haben Sie persönlich vor, um dafür zu sorgen, dass die Bundesrepublik Deutschland im Bereich der Kerntechnik wieder das Know-how erreicht, das sie einmal hatte, und dass sie international auf diesem Gebiet wieder anerkannt ist?

Edelgard Bulmahn, Bundesministerin für Bildung und Forschung:

(D) Lieber Kollege Fischer, es war die Regierung Kohl, die Raubbau im Bereich Forschung und Entwicklung betrieben hat.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben diesen Kurs umgekehrt und kräftig in Forschung und Entwicklung investiert. Das war richtig und notwendig.

Die Bundesregierung und die Koalitionsfraktionen sind davon überzeugt, dass die Kerntechnik nicht der richtige Weg ist, um die Welt langfristig mit Energie zu versorgen. Wir müssen deswegen umsteuern und zur Nutzung regenerativer Energien übergehen. Sie wissen genauso gut wie ich, dass zum Beispiel der Vorrat an Uran begrenzt ist. Wir können die Energieversorgung langfristig also nicht auf Kerntechnik abstellen.

Diese Bundesregierung hat das getan, was seit Jahrzehnten überfällig war, und den regenerativen Energietechnologien eine Chance gegeben. Wir haben die Forschungsförderung in diesem Bereich erheblich ausgebaut. Inzwischen sind wir weltweit anerkannt und stehen mit an erster Stelle. Im Bereich der Windenergie haben wir in Deutschland Zigtausende von Arbeitsplätzen schaffen können und sind Technologieweltmarktführer. Im Bereich der solaren Energietechnologien, also bei der Nutzung der Sonnenenergie – diese wird langfristig sicherlich eine große Rolle spielen –, haben wir die Weichen gestellt, damit dieses wichtige Zukunftsfeld von Deutschland nicht unbesetzt bleibt und wir eine gute

Bundesministerin Edelgard Bulmahn

(A) Position auf dem Weltmarkt einnehmen können. Das ist uns inzwischen gelungen. Ich denke, dass es richtig ist, einen klaren Schwerpunkt auf die Forschung und Entwicklung der regenerativen Energien zu setzten. Das wird sich auf der internationalen Energiekonferenz im Juni nachdrücklich zeigen.

Sie müssen im Übrigen keine Sorge haben, dass die notwendigen Forschungsmaßnahmen zum Beispiel im Bereich Sicherheitsforschung nicht mehr durchgeführt werden. Sie werden nach wie vor durchgeführt und finanziert. Natürlich wird es auch weiterhin Forschung geben müssen – diese wird auch weiterhin finanziert werden –, die sich mit dem Problembereich der sicheren Endlagerung beschäftigt. Das ist vorsorgende Forschung, die wir betreiben müssen und auch weiterhin betreiben werden.

(Axel E. Fischer [Karlsruhe-Land] [CDU/CSU]: Das heißt, Initiativen gibt es keine!)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Herr Kollege Fischer, jetzt ist Ihr Kollege Kretschmer an der Reihe.

Michael Kretschmer (CDU/CSU):

Frau Ministerin, beim Lesen Ihres Papiers fällt das ständige Vor und Zurück auf. Es gab – das ist aufgeschlüsselt – zum Beispiel im Bereich der Biotechnologie Zuwächse und Kürzungen. 2000/2001 gab es ein Minus von 22,9 Prozent, im Jahr danach ein Plus von 7 Prozent. Das erleben wir auch in diesem Jahr. Sie kürzen, reduzieren, machen Minderausgaben und legen um. Meine

(B) Frage ist: Wie soll es unter diesen Bedingungen ein kontinuierliches Wachstum geben?

Zweitens. Sie haben den Hightech-Masterplan angesprochen. Wie viele von den darin formulierten Programmen sind tatsächlich schon gestartet bzw. können in diesem Jahr neue Projekte auslösen? Beim Programm Inno-Watt ist ein Minus von 20 Prozent zu verzeichnen. Pro-Inno II ist noch gar nicht gestartet. Was ist hier Anspruch und was ist Wirklichkeit?

Mein letzter Punkt bezieht sich auf die neuen Länder; Sie haben das angesprochen. Natürlich ist Dresden das Silicon Valley des Ostens. Aber uns ist doch allen klar, dass dieses Silicon Valley, dieser Wachstumskern sehr labil ist und so wie die anderen Cluster, die es gibt, permanent vor dem Scheitern steht. Meine Frage lautet – dazu steht relativ wenig in Ihrem Papier –: Was unternimmt Ihr Haus, um diese Cluster weiterzuentwickeln und voranzubringen? Inno-Regio kann es ja nun wirklich nicht gewesen sein, weil dieses Programm auf eine ganz andere Zielgruppe ausgerichtet ist.

Frau Präsidentin, ich darf vielleicht einen letzten Punkt anfügen – herzlichen Dank für Ihre Geduld –: Frau Ministerin, Sie erwähnen auch die Personalintensität in Ost und West. Die Schere geht hier auseinander, und zwar vor allen Dingen dort, wo die Unternehmen selbst gefordert sind.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Herr Kollege, denken Sie bitte daran, dass es sich um eine Regierungsbefragung handelt.

(C) **Michael Kretschmer** (CDU/CSU):

Selbstverständlich. – Deswegen frage ich die Bundesregierung, vertreten durch die Frau Bundesministerin: Welche Maßnahmen werden in Zukunft eingesetzt, um die Personalintensität bei den Unternehmen zu erhöhen bzw. um die Forschung in den Unternehmen zu unterstützen?

Edelgard Bulmahn, Bundesministerin für Bildung und Forschung:

Lieber Herr Kretschmer, zunächst zum Auf und Ab. Wenn Sie sich den Bundesforschungsbericht und die Tabelle anschauen, werden Sie unschwer erkennen – das traue ich Ihnen durchaus zu, da Sie lesen können –, dass die Ausgaben für Forschung und Entwicklung seit 1998 kontinuierlich um insgesamt 1 Milliarde Euro angewachsen sind.

Zum Bereich der Biotechnologie will ich ausdrücklich sagen: Diese Bundesregierung hat die Investitionen in die Biotechnologie um deutlich über 40 Prozent erhöht, und zwar sowohl in der Projektförderung als auch in der institutionellen Förderung. Die Projektförderung spielt ja gerade für die Zusammenarbeit zwischen Forschungseinrichtungen und Unternehmen eine große Rolle. Dies werden wir auch fortsetzen. Im Übrigen haben wir es aufgrund dieser gezielten Förderung inzwischen geschafft, sowohl bei der Zahl der bestehenden als auch bei der Zahl der neu gegründeten Unternehmen in Europa an der Spitze zu stehen.

Sie haben Folgendes nicht gesagt, weshalb ich das ausdrücklich tun will: Wir brauchen eine größere Bereit-

(D) schaft der Finanzwirtschaft – das wissen auch Sie –, diesen sehr erfolgreich gestarteten Unternehmen jetzt auch das notwendige Wachstumskapital zur Verfügung zu stellen. Diese Diskussion haben wir im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung oft genug miteinander geführt. Diese Aufgabe kann die Bundesregierung aber nicht allein bewältigen. In erster Linie ist hier die Wirtschaft gefordert.

(Dr. Uwe Küster [SPD]: Und die Länderhaushalte! – Axel E. Fischer [Karlsruhe-Land] [CDU/CSU]: Ja, immer wegschieben!)

Zum Hightech-Masterplan. Sie haben gefragt, was bereits umgesetzt wurde. Ich nenne ein Beispiel: Mit dem Dachkapitalfonds haben wir das zur Verfügung stehende Wagniskapital deutlich erhöht. Für die Entwicklung und Schaffung eines Dachkapitalfonds haben wir Steuergelder in Höhe von 500 Millionen Euro bereitgestellt, mit denen insgesamt 1,7 Milliarden Euro mobilisiert werden, um genau den Unternehmen, die ich vorhin genannt habe – junge, neu gegründete Unternehmen in der Biotechnologie, in den optischen Technologien und in den wichtigen Technologiefeldern, die für unser Land eine große Rolle spielen –, Wachstumsmöglichkeiten und -chancen zu geben und um Existenzgründungen zu unterstützen.

Daneben haben wir zum Beispiel durch eine Veränderung der Forschungsförderung auch in meinem Bereich – auch das habe ich vorhin schon gesagt – Unternehmensgründungen in den zwei wichtigen Bereichen der

(A) Bio- und der Nanotechnologie mit unterstützt. Hier gibt es nun sowohl für Existenzgründungen als auch für junge und Erfolg versprechende wachsende Unternehmen eine spezielle Förderlinie.

Zu den neuen Bundesländern: 1999 hat die Bundesregierung das Programm „Inno-Regio“ gestartet. Der Kerngedanke, der mit diesem Programm verfolgt wird, ist, Cluster in den neuen Bundesländern zu schaffen. Ich freue mich sehr, dass jetzt endlich alle begreifen, worum es geht. Nach zwei bis drei Jahren war es ja auch langsam an der Zeit. Wir haben das in Gang gesetzt und entwickelt, was jetzt in aller Munde ist; manchmal stellt sich der Erfolg in der Forschung und das Bekanntwerden eben nicht sofort ein. Deshalb widerspreche ich Ihrer Aussage, dass Inno-Regio es ja nicht gewesen sein könne. Genau das wird heute von allen gefordert. Das haben wir bereits 1999 gewusst und sind es deshalb auch angegangen.

Wir setzen also auf die Entwicklung von Innovationsclustern. Dieser Ansatz wird sowohl mit Inno-Regio als auch mit den Wachstumskernen verfolgt, die wir 2001 gestartet haben und die heute ebenfalls in aller Munde sind. Auch hier setzen wir bei kleinen, Erfolg versprechenden Unternehmen an und bringen sie mit sehr guten Forschungseinrichtungen zusammen. Ich habe eben ein Beispiel in Sachsen-Anhalt genannt. Ich könnte weitere Beispiele in Jena, in Greifswald und im Berliner sowie im Brandenburger Umland nennen. Wir haben hier eine sehr erfolgreiche Förderstrategie auf den Weg gebracht. Alle Experten sind einhellig der Meinung, dass unser Ansatz richtig war. Deshalb wird das Programm fortgesetzt.

(B) Wir begleiten diesen speziellen Förderansatz durch eine zielgerichtete Forschungsförderung, zum Beispiel für die optischen Technologien und für den gesamten Bereich der Elektronik. Ich nenne als Stichworte die Chipentwicklung und Chipproduktion, um noch einmal auf Dresden zurückzukommen. Es geht aber darüber hinaus; es geht auch um Bio- und Nanotechnologie. Es geht um die gesamte Zuliefererindustrie, zum Beispiel für die Automobilbranche, oder die Inno-Regio-Technologien in der maritimen Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern.

Das zeigt – das sage ich ausdrücklich –, dass dies der richtige Ansatz war. Das ist der Grund, warum wir dort einen Schwerpunkt gesetzt haben. Wir finanzieren Forschung und Entwicklung mit der Zielsetzung, wirtschaftliches Wachstum in Gang zu setzen und Arbeitsplätze zu schaffen.

Last, not least komme ich zum Personal. Wenn Sie sich den Bundesforschungsbericht anschauen, werden Sie feststellen, dass wir die neuen Bundesländer nicht nur finanziell überproportional fördern – ein Viertel der Bundesausgaben für Forschung und Entwicklung fließen in die neuen Bundesländer –, sondern dass die neuen Bundesländer beim öffentlich finanzierten Personal in den Forschungseinrichtungen gleichgezogen haben. Sie sind von ihrer Qualität her genauso gut. Dafür tut sich zu wenig in der Wirtschaft. Das entscheidet aber nicht die Bundesregierung; das entscheiden die Unternehmen.

(Eckart von Klaeden [CDU/CSU]: Haben Sie die falsche Kassette eingelegt? – Gegenruf des Abg. Dr. Uwe Küster [SPD]: Wenn Sie eine so breit angelegte Frage stellen!) (C)

Über Inno-Regio führen wir die verschiedenen Ansätze zusammen, das exzellente Potenzial in den öffentlich finanzierten Forschungseinrichtungen mit dem in der Wirtschaft, und tragen so zu wirtschaftlichem Wachstum bei.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:
Liebe Kollegen, mir liegen sehr viele Wortmeldungen vor. Ich bitte im Sinne der Kollegialität darum, die Fragen möglichst kurz zu halten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Axel E. Fischer [Karlsruhe-Land] [CDU/CSU]: Die Antworten aber auch!)

Die nächste Frage hat die Kollegin Reiche.

(Edelgard Bulmahn, Bundesministerin: Die Kollegen erwarten doch von mir, dass sie auf fünf Fragen auch fünf Antworten bekommen!)

Katherina Reiche (CDU/CSU):
Frau Ministerin, Herr Clement will den Sparerfreibetrag abschaffen, Herr Eichel will daran festhalten. Mal soll die Goldreserve geplündert werden, mal nicht. Jetzt soll die Eigenheimzulage daran glauben. Andere in Ihrer Fraktion fordern, die Einnahmen aus der Erbschaftsteuer für die Bildung einzusetzen. Sie rechnen mit einem Plus von schlappen 250 Millionen Euro. Ich frage Sie, was bei den Verhandlungen mit Minister Eichel tatsächlich herauskommen wird und wie Sie angesichts des Chaos in Ihren eigenen Reihen mit dem Weg, den Sie eingeschlagen haben, jemals auf eine Anhebung der Ausgaben auf 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts kommen wollen. (D)

Edelgard Bulmahn, Bundesministerin für Bildung und Forschung:
Liebe Frau Reiche, die Bundesregierung – das ist im Kabinett von allen Kolleginnen und Kollegen, insbesondere vom Bundeskanzler, nachdrücklich unterstrichen worden – will diesen sehr erfolgreichen Kurs fortsetzen. Unser Kurs ist, mehr Mittel für Bildung und Forschung bereitzustellen. Wir wollen mit dem Raubbau Schluss machen, der unter Ihrer Regierungsverantwortung betrieben wurde.

Wir geben den Investitionen Vorrang und werden dafür Subventionen abbauen. Das wird für Sie der Lackmustest sein.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir werden sehen, ob Sie ihn bestehen.

Wir werden einen entsprechenden Gesetzentwurf einbringen und die Eigenheimzulage streichen. Damit können wir rund 7 Milliarden Euro für Wissenschaft, Forschung und Entwicklung und Innovationen bis zum Jahre 2008 mobilisieren. Damit werden wir im

(A) Jahre 2005 beginnen. Ich erwarte, dass sich die Opposition nicht auf Ankündigungen beschränkt und nur mehr Geld für Bildung und Forschung fordert. Vielmehr muss sie bereit sein, mit ihren Ankündigungen Ernst zu machen, und der Streichung der Eigenheimzulage zustimmen. Das ist für sie der Lackmustest. Wir werden – darüber gibt es innerhalb der Koalitionsfraktionen breites Einvernehmen – Investitionen den Vorrang vor Subventionen geben.

(Axel E. Fischer [Karlsruhe-Land] [CDU/CSU]: Das merkt man am Haushalt!)

Deswegen gebe ich die Frage an Sie zurück.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:
Herr Kollege Koppelin, bitte.

(Dr. Uwe Küster [SPD]: Wie war das mit dem Lackmustest?)

Jürgen Koppelin (FDP):
Frau Ministerin, eine kurze Anmerkung zu dem, was Sie eben gesagt haben: Wie wäre es, statt das zu streichen, was Sie vorgeschlagen haben, die Subventionen für die Steinkohle zu streichen? Daran sollten Sie einmal denken. Dadurch würden Sie auch Mittel bekommen.

Meine Frage betrifft einen Bereich, den Sie nicht angesprochen haben, die Luft- und Raumfahrtforschung. Darüber haben wir sehr intensive Diskussionen im Haushaltsausschuss gehabt. Können Sie mir bitte die Steigerungen im Bereich der Luft- und Raumfahrtforschung nennen?

(B)

Edelgard Bulmahn, Bundesministerin für Bildung und Forschung:
Lieber Kollege, wir haben gerade in der Luft- und Raumfahrtforschung sowohl durch die Projektförderung des Bundeswirtschaftsministeriums als auch durch die institutionelle Förderung, die durch mein Ministerium erfolgt - für mein Ministerium kann ich die Zahlen nennen; das DLR hat jedes Jahr eine Steigerung von 3 Prozent erhalten –, zum Beispiel erreicht, dass wir mit dem neuen Airbus weltweit führend sind.

(Beifall des Abg. Dr. Uwe Küster [SPD])

Alleine dadurch werden rund 2 000 Arbeitsplätze geschaffen. Hinzu kommen die Arbeitsplätze der Zulieferindustrie. Wir haben es durch die gezielte Forschungsförderung in diesem Bereich geschafft, dass Airbus inzwischen weltweit *der* Flugzeugbauer ist.

(Eckart von Klaeden [CDU/CSU]: Das war diese Bundesregierung?)

Das heißt aber nicht, dass wir uns auf den Lorbeeren ausruhen. Wir sind in dieser Technologie führend und werden durch die gezielte Forschungsförderung *das* Zukunftsflugzeug in Deutschland und Europa bauen.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:
Herr Kollege Kasparick, bitte.

(C)

Ulrich Kasparick (SPD):
Frau Ministerin, wenn man sich erfolgreiche Regionen in Deutschland anschaut, dann sieht man, dass sie dann erfolgreich sind, wenn sich Bund und Land auf den Aufbau von Forschungsinfrastrukturen konzentrieren. Wir haben heute schon über Dresden gesprochen. Da ist beispielsweise die Ansiedlung von Fraunhofer-Instituten deswegen so erfolgreich gewesen, weil Bund und Land sehr gut kooperiert haben. Wie beurteilen Sie vor dem Hintergrund dieser Erfolgsgeschichten den Umstand, dass der Beitrag des Bundes zur Hochschulfinanzierung im Moment 24 Prozent beträgt, während einige Länder massiv auf die Bremse treten?

Edelgard Bulmahn, Bundesministerin für Bildung und Forschung:
Das halte ich für ein Problem. Wenn nur eine Seite die Mittel erhöht – Sie haben zu Recht darauf hingewiesen, dass wir die Mittel für die Hochschulen in den vergangenen Jahren deutlich erhöht haben –, die andere Seite aber Mittel kürzt oder deren Haushalte stagnieren, dann führt das nicht zur Stärkung der Forschungslandschaft, die wir erreichen wollen. Deshalb sage ich ausdrücklich: Bund und Länder müssen ihre Anstrengungen parallel verstärken. Die Bundesregierung – ich habe darauf hingewiesen – hat das in den letzten Jahren getan. Der Erfolg wäre aber noch deutlicher spürbar, wenn alle Bundesländer dieses in gleichem Maße tun würden.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:
Herr Kollege Lensing, bitte.

(D)

Werner Lensing (CDU/CSU):
Frau Ministerin Bulmahn, wir kennen alle die Schlagworte „Globalisierung“ und „interkulturelle Verflechtung zwischen Wirtschaft und Gesellschaft“. Aufgrund Ihres Berichts ist mir nicht klar geworden, welche Bedeutung Sie eigentlich der Forschung in den Geisteswissenschaften zumessen. Welche Förderung bzw. Steigerung halten Sie für realistisch? Glauben Sie, dass gerade in den neuen Bundesländern die Einrichtungen, die aus den ehemaligen Akademieinstituten hervorgegangen sind, speziell in den Geisteswissenschaften und der entsprechenden Forschung einen großen Beitrag leisten?

Edelgard Bulmahn, Bundesministerin für Bildung und Forschung:
Ich messe den Geisteswissenschaften eine große Rolle zu. Ich persönlich bin der Auffassung, dass sie sich viel stärker nicht nur an der Debatte über die Entwicklung unserer Gesellschaft, sondern auch an der Debatte über die Entwicklung unserer Wirtschaft beteiligen sollten. Im Übrigen ist gerade die Förderung der Geisteswissenschaften durch diese Bundesregierung beträchtlich erhöht worden. Für die Geisteswissenschaften ist die DFG, die Deutsche Forschungsgemeinschaft, *der* wichtige Förderer. Die Bundesregierung hat die Mittel zur Finanzierung der DFG um mehr als 30 Prozent erhöht. Das unterstreicht, dass wir diesem Bereich eine sehr große Bedeutung zumessen.

Zu Ihrer zweiten Frage bezüglich der „Blaue-Liste-Institute“, der Leibniz-Institute, weise ich ausdrücklich

Bundesministerin Edelgard Bulmahn

(A) darauf hin, dass wir in den vergangenen Jahren die Fördermittel für diese Institute deutlich erhöht haben. In dieser Frage liegt die Entscheidung bei den Ländern. Wir haben aber zum Beispiel im laufenden Haushalt die Fördermittel um 3 Prozent erhöht.

Insofern gibt es keine Differenz. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, messen Sie – ebenso wie ich – den von Ihnen genannten Wissenschaften einen hohen Stellenwert bei. Ich würde mir wünschen, dass sie sich noch stärker an der internationalen wissenschaftlichen Debatte beteiligen und noch stärker als bisher einbringen.

Ich habe – das wissen Sie vielleicht – für das kommende Haushaltsjahr vorgeschlagen, die Fördermittel für die DFG um 3 Prozent zu erhöhen. Ich hoffe, die Länder werden dieses Vorhaben mittragen. Darüber hinaus habe ich eine zusätzliche 3-prozentige Förderung für die DFG zur Schaffung von Graduiertenschulen vorgeschlagen. Ich gehe davon aus, dass sich auch die Geisteswissenschaften engagiert daran beteiligen werden.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:
Herr Kollege Braun, bitte.

Helge Braun (CDU/CSU):
Frau Ministerin, bevor Sie vorschlagen, die Aufstockung der Mittel für Bildung und Forschung aus der Eigenheimzulage gegenzufinanzieren, möchte ich Ihnen eine Frage stellen. Sie wie auch der Kanzler – auch im Bundesforschungsbericht steht das – bekennen sich immer wieder zum Lissabon-Ziel. Was aber in Ihren Aus-

(B) führungen fehlt, sind konkrete Zahlen. Deshalb frage ich Sie: In welchem Maße müssen die Mittel der öffentlichen Hand aufgestockt werden und welche Maßnahmen möchten Sie ergreifen, damit die Wirtschaft ihren Anteil an den FuE-Ausgaben erhöht?

Edelgard Bulmahn, Bundesministerin für Bildung und Forschung:
Ich erläutere es gerne noch einmal. Erstens. Die Taten sind bereits seit 1999 erfolgt. Wir haben den Anteil der Ausgaben für Forschung und Entwicklung von 2,31 Prozent im Jahr 1998 auf derzeit 2,52 Prozent gesteigert. Wir haben also bereits die ersten wichtigen Schritte zur Erreichung des Dreiprozentziels vollzogen und werden diesen Weg auch weiterhin verfolgen, um dieses Ziel bis zum Jahr 2010 zu erreichen. Das werden wir nicht in einem Schritt innerhalb eines Jahres umsetzen können. Dies wäre im Übrigen auch nicht sinnvoll, weil wir damit wieder in Beton investieren würden. Wir werden das Ziel vielmehr in mehreren Schritten erreichen. Es ist der feste Wille dieser Bundesregierung, das Dreiprozentziel bis zum Jahr 2010 zu erreichen. Dafür werden wir allerdings auch Subventionen streichen müssen.

Wir werden die Debatte darüber gemeinsam führen müssen. Wenn man Mittel umschichten und den Kurs in diesem Land so ausrichten will, dass Investitionen in Bildung und Forschung an erster Stelle stehen, dann sollte die Opposition bereit sein – ich hoffe, dass dies der Fall ist –, diese Kursänderung nicht nur mit Worten, son-

(C) dern auch mit Taten zu unterstützen. Die Debatte darüber werden wir in einigen Wochen miteinander führen.

Vielen Dank.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:
Frau Kollegin Pieper, bitte.

Cornelia Pieper (FDP):
Frau Ministerin, Sie sagten eben, den Worten sollten Taten folgen. Ich kann mich entsinnen, dass Sie bei Ihrem Amtsantritt die Verdopplung der Zukunftsinvestitionen in Bildung und Forschung verlangt haben. Wir sind zwar nicht nachtragend, aber festzuhalten ist: Sie haben sich das ernsthafte Ziel gesetzt, 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Forschungsaufgaben einzusetzen. Das ist ein hoch gestecktes Ziel, das auch wir in der Opposition, die FDP-Fraktion, sehr ernst nehmen.

Ich frage Sie an dieser Stelle noch einmal: Werden Sie – damit Ihr Vorhaben nicht auch so ein Flop wird wie die Verdopplung der Zukunftsinvestitionen – in der mittelfristigen Finanzplanung ernsthaft und seriös die Steigerung der Forschungsausgaben bis 2010 fixieren, sodass das angestrebte Ziel der 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erreicht wird? Werden Sie uns Ihr Vorhaben im Parlament auch in den anstehenden Haushaltsberatungen insoweit darlegen können, dass von einer tatsächlichen Steigerung der Forschungsausgaben von 300 Millionen Euro jährlich auszugehen ist? Denn nach den offiziellen Berechnungen entspricht das angestrebte Ziel von 3 Prozent Anteil am Bruttoinlandsprodukt einer Steigerung

(D) der Forschungsausgaben um 300 Millionen Euro jährlich.

Edelgard Bulmahn, Bundesministerin für Bildung und Forschung:
Wir haben heute im Kabinett – das gilt für das gesamte Kabinett – erklärt: Wir sind entschlossen, das Dreiprozentziel Schritt für Schritt zu erreichen, das heißt, dass wir das auch in der mittelfristigen Finanzplanung berücksichtigen müssen. Wir werden und wollen das – das habe ich heute schon mehrfach gesagt – durch eine entsprechende Gegenfinanzierung erreichen. Ich sage ganz ausdrücklich: Ich baue und hoffe darauf, dass die Opposition – das gilt natürlich auch für die FDP, Frau Pieper – diesen Vorschlag unterstützt und mitträgt, damit wir genau das leisten können, was notwendig ist – das haben wir ja gemeinsam erklärt –, um Schritt für Schritt das Dreiprozentziel bis zum Jahre 2010 zu erreichen. Ich sage ganz ausdrücklich: Wir werden darüber sicherlich noch während der Haushaltsklausur beraten. Aber hier ist auch das Zusammenwirken des gesamten Parlaments notwendig. Das wird die Nagelprobe für alle Fraktionen sein, ob sie es ernst meinen, dass 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in Forschung und Entwicklung investiert werden sollen, und ob sie bereit sind, dafür andere Subventionen zu streichen. Die Koalitionsfraktionen und die Bundesregierung sind jedenfalls dazu bereit. Der Bundeskanzler hat das schon im März dieses Jahres angekündigt. Wir haben das heute noch einmal unterstrichen. Mein Wunsch als Forschungsministerin ist, dass auch Sie dazu bereit sind.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:
Frau Kollegin Dr. Lötzsch, bitte.

Dr. Gesine Lötzsch (fraktionslos):
Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Frau Ministerin, mein Interesse richtet sich auf die Leibniz-Gemeinschaft. Uns allen ist ja bekannt, dass die Mehrzahl der außeruniversitären Forschungseinrichtungen in Ostdeutschland zur Leibniz-Gemeinschaft gehört, dass die Institute bzw. die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die zu dieser Gemeinschaft gehören, schon mehrfach positiv evaluiert worden sind. Nun haben Sie, Frau Ministerin, in einer Rede am 20. Januar dieses Jahres die Forderung erhoben, die Leibniz-Gemeinschaft zu zerschlagen und die Institute auf andere Wissenschaftsorganisationen aufzuteilen. Halten Sie an dieser Forderung fest und teilen auch die anderen Mitglieder der Bundesregierung nach der heutigen Kabinettssitzung Ihre am 20. Januar dieses Jahres vorgetragene Meinung?

Edelgard Bulmahn, Bundesministerin für Bildung und Forschung:
Liebe Frau Kollegin, die Bundesregierung und die Landesregierungen sowie der Bundestag und die Länderparlamente beraten zurzeit über die Neuordnung des Verhältnisses zwischen Bund und Ländern. Das ist Ihnen allen ja unter dem Stichwort „Föderalismusdebatte“ bekannt. In diesem Zusammenhang wird auch darüber gesprochen, wie man hier zu einer klareren Zuordnung von gesetzlichen Gestaltungsmöglichkeiten bei den Rahmenbedingungen, aber auch von Finanzverantwortlichkeiten zwischen Bund und Ländern kommen kann, wo eine neue Zuordnung sinnvoll ist und wo weniger, welche Strukturen wir in den kommenden Jahrzehnten brauchen, damit auch der Bereich Bildung und Forschung in unserem Land erfolgreich gestaltet werden kann. In diesem Zusammenhang habe ich vorgeschlagen, zu überprüfen, ob es nicht sinnvoller und besser wäre, bestimmte wissenschaftliche Institute der Leibniz-Gemeinschaft, die ja sehr heterogen ist – sie umfasst eine große Bandbreite, die von geisteswissenschaftlichen Forschungsinstituten über Gesundheitsforschungsinstitute bis hin zu materialwissenschaftlich und ingenieurwissenschaftlich ausgerichteten Instituten reicht –, in einer anderen Forschungsorganisation anzusiedeln.

Dieser Vorschlag wird im Übrigen auch von einer ganzen Reihe von Ländern für sinnvoll gehalten und unterstützt. Wenn es dazu käme – das sage ich ganz offen und klar –, würde das keine Entlastung des Bundes bedeuten; denn wie Sie wissen, finanzieren wir zum Beispiel die Fraunhofer-Gesellschaft und die HGF zu 90 Prozent sowie die MPG zu 50 Prozent. Es ist aber notwendig und richtig, immer zu hinterfragen, ob eine Forschungsorganisation richtig aufgestellt und platziert ist und ob die Institute in der entsprechenden Wissenschaftsgemeinschaft richtig angesiedelt sind.

In den vergangenen Jahren habe auch ich einige Umorganisationen durchgeführt. Ich nenne als Beispiel nur die Gesellschaft für Mathematik und Datenverarbeitung, GMD, in Bonn, die jetzt zur Fraunhofer-Gesellschaft gehört und dort besser in den Forschungskontext eingebunden ist, als sie das in der HGF war. Inzwischen wird das von vielen so gesehen. Das war am Anfang nicht so. Wenn wir also wollen, dass das Potenzial unserer Forschungseinrichtungen optimal genutzt und eingesetzt wird und dass es sich optimal entwickelt, dann müssen wir auch die richtige Forschungsumgebung schaffen. Genau dies ist die Zielsetzung meines Vorschlags.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:
Herr Kollege Schulz, bitte.

Swen Schulz (Spandau) (SPD):
Frau Bundesministerin, welchen Stellenwert messen Sie der internationalen Zusammenarbeit in der Forschung bei? Was ist im Bereich der Steigerung der internationalen Attraktivität des Forschungsstandortes Deutschland in den letzten Jahren erreicht worden? Welche Maßnahmen müssen auf diesem Feld in Zukunft ergriffen werden?

Edelgard Bulmahn, Bundesministerin für Bildung und Forschung:
Hier haben wir in den letzten Jahren wirklich eine Menge erreicht, nachdem diese wichtige Entwicklung über viele Jahre überhaupt nicht beachtet worden ist; auch da zeigen sich bereits Erfolge. Deutschland ist als Studienstandort, auch als Wissenschaftsstandort inzwischen international deutlich attraktiver geworden. Die Zahl der ausländischen Studierenden ist erheblich gestiegen.

Im Übrigen möchte ich zu dem, was ich manchmal lese, sagen: Gerade sehr gute Studierende kommen hierher. Ich fand es interessant, dass hier – offensichtlich bar jeder Kenntnis – berichtet worden ist, wir hätten Studierende aus Ländern, bei denen das Studium nicht so attraktiv und sinnvoll ist. Wir haben eine kleine Untersuchung über mehrere Tausend ausländische Studierende gemacht: Ihre Leistungen sind sehr gut. Das heißt, wir haben es wirklich geschafft, sehr gute junge Leute für den Studienstandort Deutschland zu gewinnen. Die Zuwachsraten in den vergangenen drei Jahren lagen bei 15 Prozent.

Wir haben es geschafft – auch das ist mir ganz wichtig –, exzellente, etablierte junge Wissenschaftler über unsere beiden Bundesprogramme, das Wolfgang-Paul-Programm und das Sofja-Kovalevskaja-Programm, zu gewinnen. Wir werden das Sofja-Kovalevskaja-Programm fortsetzen; es wird kein einmaliges Programm sein. Rund ein Drittel derjenigen, die über diese Programme hierher gekommen sind, haben schon jetzt erklärt, dass sie hier bleiben werden. Bei einer ganzen Reihe anderer sind zurzeit noch Verhandlungen im Gange. Das ist ebenfalls ein Erfolg.

Wir haben es ferner geschafft – mir persönlich war das ein wichtiges Anliegen –, dafür zu sorgen, dass deutsche Universitäten mittlerweile Standorte in anderen Ländern gegründet haben bzw. gründen. Es gibt über 30 Ausgründungen unterschiedlicher Größe und unterschiedlicher Qualität. Endlich ist auch bei uns das in Bewegung gesetzt worden, was andere Länder schon in den

(A) 80er-Jahren, teilweise Anfang der 90er-Jahre begonnen haben. Da hatten wir wirklich erheblichen Nachholbedarf und da sind wir einen Riesenschritt vorangekommen.

Nur wenn wir uns international positionieren und international Spitze sind – dem dient der Wettbewerb „Spitzenuniversitäten“ –, nur wenn es uns gelingt, als Wissenschafts- und Forschungsstandort international anerkannt und attraktiv zu sein, dann werden wir auch international die Rolle spielen, die uns meines Erachtens zusteht, und dann sind wir sowohl für Wissenschaftler als auch für Unternehmen attraktiv. Diese Zielsetzung verfolgen wir damit.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Wir haben die Zeit für die Regierungsbefragung eigentlich schon deutlich überzogen; deswegen können wir nicht alle Fragestellungen abarbeiten.

Ich möchte zum Schluss dieses Themenbereichs der Kollegin Flach das Wort geben. Danach möchte ich noch zwei weitere Fragen zu anderen Bereichen zulassen. So bleiben wir einigermaßen im Zeitlimit.

Bitte schön, Frau Kollegin Flach.

Ulrike Flach (FDP):

Danke schön, Frau Präsidentin. – Frau Ministerin, Sie wissen: Wir, die FDP, sind sicherlich bei Ihnen, wenn Sie fordern, Subventionen und Zuwendungen abzubauen. Das wissen Sie seit vielen Jahren. Wir konzentrieren uns da nicht nur auf die Eigenheimzulage. Die (B) von Ihnen geplante Abschaffung der Eigenheimzulage bringt – wenn es dazu überhaupt kommen sollte – nach Berechnungen der zuständigen Stellen in diesem Jahr maximal 200 Millionen Euro ein. Ich vermisse an dieser Stelle den stetigen Pfad in die Zukunft, Frau Ministerin. Anders als Sie es dargestellt haben, haben wir in wichtigen Bereichen wie der Biotechnologie und der Informationstechnik in den letzten Jahren einen Niedergang feststellen müssen. Wo ist der konstante Pfad, auf dem wir gemeinsam mit Ihnen den Zielwert von 3 Prozent zu erreichen versuchen? Was haben Sie zum Beispiel in den nächsten drei Jahren vor? Nennen Sie uns einmal eine konkrete Zahl!

Edelgard Bulmahn, Bundesministerin für Bildung und Forschung:

Es ist richtig, dass die Abschaffung der Eigenheimzulage – vielleicht werden wir sie hier gemeinsam beschließen – bewirkt, dass Bund und Länder zusammen im ersten Jahr rund 200 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung haben. Ich habe vorhin darauf hingewiesen, dass beide Seiten, Bund und Länder, diese Investitionsanstrengung unternehmen müssen. Natürlich ist die Wirtschaft als dritter wichtiger Partner dabei.

Es gibt aus der Abschaffung der Eigenheimzulage einen deutlichen Zuwachs über die kommenden Jahre. Das heißt, es kann genau das eintreten, was Sie einfordern, nämlich dass das nicht nur für ein Jahr ist, sondern dass wir damit genau die mittel- und langfristige Perspektive (C) sicherstellen, die wir – da stimme ich Ihnen völlig zu – gerade in Forschung und Entwicklung brauchen. Es macht keinen Sinn, das nur für ein Jahr zu machen; vielmehr brauchen wir die Wachstumsperspektive über einen längeren Zeitraum.

Es wächst in den kommenden Jahren bis deutlich über 5 Milliarden Euro auf. Wenn ich das richtig in Erinnerung habe, werden es im Jahr 2006 schon 600 Millionen Euro für Bund und Länder sein, also für beide Seiten 1,2 Milliarden Euro. Wir haben also eine ganz klare Wachstumsperspektive. Bis zum Jahr 2008 können wir das erreichen und sicherstellen, dass sowohl Bund als auch Länder wirklich erhebliche Gestaltungsmöglichkeiten für die für uns so wichtigen Bereiche Forschung, Bildung, Entwicklung und Innovation insgesamt gewinnen.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Josef Philip Winkler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Vielen Dank, Frau Ministerin, auch für die Ausdauer; die Zeit wurde ja überschritten.

Ich beende nun die Fragen zu den Themenbereichen der heutigen Kabinettssitzung und gebe dem Kollegen Göbel das Wort, der eine Frage zum Bereich „Sonstiges“ an die Bundesregierung stellen möchte.

Ralf Göbel (CDU/CSU):

Wir haben am Wochenende in Ramstein die sterbliche Hülle eines GSG-9-Beamten aus dem **Irak** in Empfang (D) genommen, wie man leider sagen muss. Ein weiterer Beamter kam bei dem Vorfall am 7. April in Falludscha zu Tode und ist vermisst. Wir haben heute Morgen im Innenausschuss gehört, dass es entgegen einigen Presseverlautbarungen keine offizielle Anfrage an die Amerikaner gegeben hat, ob die Beamten der GSG 9 bzw. des Bundesgrenzschutzes auf dem Luftweg nach Bagdad transportiert werden können.

Vor dem Hintergrund frage ich die Bundesregierung, ob sie im Kabinett über diesen Vorfall beraten hat und ob und, wenn ja, gegebenenfalls durch wen eine Anfrage an die Vereinigten Staaten gerichtet wird, ob Beamte, die den Schutz der Botschaft in Bagdad sicherstellen, künftig, je nach Sicherheitslage vor Ort, auch auf dem Luftweg, nämlich mit den amerikanischen Militärtransportern, reisen können.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Herr Staatsminister, bitte.

Hans Martin Bury, Staatsminister für Europa:

Herr Kollege, wir sind über den Tod der beiden Bundesgrenzschutzbeamten erschüttert. Ich glaube, ich kann nicht nur für die Bundesregierung, sondern auch für die Mitglieder des Deutschen Bundestages den Angehörigen unser Mitgefühl und unsere Anteilnahme aussprechen.

Die Situation im Irak ist, wie wir alle wissen, gefährlich. Das gilt nicht nur für die Ein- und Ausreise, son-

Staatsminister Hans Martin Bury

dern auch für die tägliche Arbeit unserer Mitarbeiter in der Botschaft. Diesen Mitarbeitern möchte ich bei der Gelegenheit genauso wie den Bundesgrenzschutzbeamten, durch deren Schutz die Arbeit überhaupt erst möglich ist, meine Hochachtung für den Dienst aussprechen, den sie unter sehr schwierigen und sehr gefährlichen Bedingungen für unser Land tun.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der CDU/CSU und der FDP)

Bei jeder Ein- und Ausreise, aber auch bei jeder Bewegung im Land ist selbstverständlich die Sicherheitslage zu prüfen und zu beurteilen. Das geschieht. Das geschieht durch die Beteiligten gemeinsam. Das war auch vor dem Konvoi, den Sie angesprochen haben, so.

Ich muss darauf hinweisen, dass auch der Luftweg, auf den Sie abstellen – wir kommen in der Fragestunde noch auf das Gesamtthema zu sprechen –, keineswegs ohne Risiko ist. Der Flughafen in Bagdad ist auch ein Jahr nach Kriegsende aus Sicherheitsgründen immer noch nicht offiziell eröffnet. Die Sicherheit ist nicht gegeben, weil die Maschinen bei Start und Landung immer wieder von Aufständischen beschossen werden, sowohl mit Maschinengewehren als auch mit schultergestützten Boden-Luft-Raketen. Mehrere Maschinen mussten nach Beschuss notlanden. Trotz aller Sicherheitsvorkehrungen werden monatlich mehrere Flugzeuge durch Beschuss getroffen. Anfang April, also zum Zeitpunkt der Fahrt des Konvois, wurde eine Frachtmaschine von einer SAM-7-Rakete getroffen, deren Sprengstoff jedoch nicht explodierte.

Der Flughafen und die Zubringerstraße sind mit die gefährlichsten Brennpunkte im Irak, weil es keine Ausweichrouten gibt. Anschläge gegen Koalitionsstreitkräfte finden dort ständig statt.

Im Übrigen war bekannt, dass grundsätzlich keine Mitflugmöglichkeit auf US-Militärflugzeugen besteht. Das Auswärtige Amt hatte bei Entsendung der ersten Mitarbeiter nach Einstellung der Hauptkampfhandlungen die US-Botschaften in Berlin und Amman sowie die US-Besatzungsbehörde in Bagdad hierüber unterrichtet und sie um Hilfestellung gebeten. Die US-Behörden sagten zu, im Rahmen des Möglichen Informationen über die Sicherheitslage zur Verfügung zu stellen. Sie betonten bei dieser wie auch bei anderen Gelegenheiten, dass eine weitergehende Unterstützung, beispielsweise durch Militärbegleitung, nicht möglich sei und dass US-Lufttransportkapazitäten durch eigenen militärischen Bedarf und den der Koalitionstruppen ausgelastet seien.

Selbstverständlich prüfen wir gemeinsam mit dem Bundesministerium des Innern und anderen Ländern, die vor der gleichen Situation stehen, für die Zukunft noch einmal intensiv alle Möglichkeiten, um unter den gegebenen Umständen Transporte so sicher wie eben möglich durchführen zu können.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:
Vielen Dank, Herr Staatsminister.

Ich beende damit die Befragung der Bundesregierung und rufe den Tagesordnungspunkt 2 auf:

Fragestunde

– Drucksachen 15/3021, 15/3037 –

Zu Beginn der Fragestunde rufe ich gemäß Ziffer 10 Abs. 2 der Richtlinien für die Fragestunde die **dringlichen Fragen** der Abgeordneten Jürgen Koppelin und Dietrich Austermann auf.

Zur Beantwortung steht Herr Parlamentarischer Staatssekretär Karl Diller bereit.

Ich rufe die dringliche Frage 1 des Kollegen Jürgen Koppelin auf:

Trifft die Meldung der dpa vom 1. Mai 2004 – Regierung bereitet radikalen Kurswechsel in der Finanzpolitik vor – zu, dass die Bundesregierung einen Kurswechsel in der Finanz- und Haushaltspolitik vorbereitet?

Karl Diller, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen:
Herr Kollege Koppelin, es gibt keinen Kurswechsel in der Finanz- und Haushaltspolitik. Wir setzen unseren Kurs der Konsolidierung fort, denn ohne Konsolidierung gibt es kein Wachstum.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:
Herr Kollege Koppelin, bitte.

Jürgen Koppelin (FDP):
Herr Staatssekretär, darf ich Sie fragen, ob es für Sie eine Politik der Konsolidierung darstellt, wenn jedes Jahr neue Schulden aufgenommen werden, wie Sie es machen? Minister Eichel hat ja in seiner Amtszeit neue Schulden in Höhe von 180 Milliarden aufgenommen.

Karl Diller, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen:
Herr Kollege Koppelin, ich weise darauf hin, dass Sie eigentlich wider besseres Wissen reden. Sie müssten ja wissen, dass unser erster Haushalt, der Haushalt für das Jahr 1999, den wir im Frühjahr 1999 vorgelegt haben, weil ja der Haushalt eines auf ein Wahljahr folgenden Jahres traditionell erst im laufenden Jahr beraten wird, schon ein Sparpaket gewaltigen Umfangs beinhaltete. Allein aufgrund dieses Sparpakets wurden jährlich in den Haushalten 20 Milliarden Euro eingespart. Ihre Behauptung ist also unter diesem Gesichtspunkt falsch.

Uns hat allerdings der Umstand Probleme bereitet, dass es drei Jahre hintereinander wirtschaftliche Stagnation gab. Von daher sind einerseits die Steuereinnahmen weggebrochen, andererseits wurde der Bundeshaushalt auf der Ausgabenseite durch zwei Elemente besonders belastet: durch den notwendigen Zuschuss an die Bundesanstalt für Arbeit in Milliardenhöhe und den Umstand, dass die Arbeitslosenhilfe zu 100 Prozent aus dem Bundeshaushalt bezahlt wird. So kamen Belastungen in Milliardenhöhe auf den Haushalt zu. Diese Scherensituation haben wir in Jahren mit schlechter wirtschaftlicher Entwicklung. Durch die schlechten Basiswerte ist natürlich auch die Gestaltung zukünftiger Haushalte entsprechend schwieriger geworden.

(A)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:
Ihre zweite Frage, Herr Kollege.

Jürgen Koppelin (FDP):
Herr Staatssekretär, die Medien haben berichtet, dass sich in der letzten Woche der Bundeskanzler, der Bundesaußenminister, der Finanzminister und der SPD-Vorsitzende Müntefering getroffen haben. Ist bei diesem Treffen so, wie die Medien berichtet haben, über die Haushaltspolitik der Bundesregierung diskutiert worden? Ist dort über Investitionsprogramme diskutiert worden? Teilen Sie die Auffassung von einigen Mitgliedern der Fraktion der Grünen, die wir heute in der „taz“ lesen konnten, dass das, was der Bundesaußenminister über dieses Treffen im „Spiegel“ verlauten ließ, als Stuss zu bezeichnen sei?

(Brigitte Schulte [Hameln] [SPD]: Man muss doch nicht die „taz“ lesen! – Weiterer Zuruf von der SPD: Das ist ein linkes Blatt! – Eckart von Klaeden [CDU/CSU]: Alles richtig!)

Karl Diller, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen:
Herr Kollege Koppelin, Bewertungen solcher Art stehen mir nicht zu. Ich hielte es auch für falsch, wenn ich mich dazu äußerte. Es bleibt aber dabei: Der Kurs der Bundesregierung wird fortgesetzt.

(Jürgen Koppelin [FDP]: Ich habe nach einem Treffen gefragt, das stattgefunden hat!)

(B)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:
Eine Zusatzfrage des Kollegen Türk.

Jürgen Türk (FDP):
Herr Staatssekretär, Deutschland war und ist ja einer der Architekten des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes. Jetzt wird versucht, die Defizitgrenze von 3 Prozent neu auszulegen – ich sage: aufzuweichen. Meinen Sie nicht auch, dass dadurch die Stabilität des Euro gefährdet wird?

Karl Diller, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen:
Der Euro ist eine außerordentlich stabile Währung. Das sehen Sie zum einen im Verhältnis zu konkurrierenden Währungen dieser Welt, beispielsweise zum Dollar; das sehen Sie zum anderen auch im Inland. Wir haben nahezu absolute Preisstabilität in Deutschland.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:
Eine weitere Zusatzfrage, diesmal des Kollegen Heinrich.

(Zuruf von der SPD: Da kommt jeder dran! – Gegenruf von der SPD: So viele sind das nicht!)

Ulrich Heinrich (FDP):
In der Sitzung des Ecofin-Rates am 25. November 2003 hat Deutschland vor dem Hintergrund der Agenda 2010 versprochen, das konjunkturpolitisch verursachte Defizit 2004 um 0,6 Prozentpunkte und 2005 um mindestens 0,5 Prozentpunkte abzusenken, wenn die in den Stabilitätskriterien festgelegte Dreiprozentgrenze überschritten werde. Fühlt sich die Bundesregierung an diese Zusage noch gebunden und welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um diese Zusage einzuhalten?

(C)

Karl Diller, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen:
Herr Kollege, Sie wissen, dass die Zusagen gelten. Wir werden die Einhaltung auch durch die Umsetzung der Reformagenda 2010 erreichen. Hier ist nicht nur der Bundeshaushalt, sondern sind auch die Länder- und Gemeindehaushalte sowie die Haushalte der Sozialversicherungskassen gefragt. Vor diesem Hintergrund haben wir die strukturellen Verbesserungen zugesagt.

(Ulrich Heinrich [FDP]: Darf ich noch einmal?)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:
Nein, Sie dürfen nicht mehr; Sie dürfen nur eine Zusatzfrage stellen.

Ich rufe die dringliche Frage 2 des Kollegen Jürgen Koppelin auf:

> Teilt die Bundesregierung die Äußerung des Bundesministers des Auswärtigen, Joseph Fischer, der laut „Der Spiegel“ Nr. 19, Seite 50, gesagt hat: „Nur sparen, streichen, kürzen bringt uns nicht das notwendige Wachstum“?

(D)

Karl Diller, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen:
Herr Kollege Koppelin, ich wiederhole mich: Wachstum und Konsolidierung gehören zusammen. Deswegen werden wir unsere bisherige Strategie fortsetzen.

Jürgen Koppelin (FDP):
Herr Staatssekretär, ich wiederhole meine Frage, die ich eben gestellt habe und die Sie nicht beantwortet haben: Hat es in der letzten Woche ein Treffen des Bundeskanzlers, des Außenministers, des Finanzministers und des SPD-Vorsitzenden gegeben und wurde bei diesem Treffen über Haushaltspolitik und auch über Investitionsprogramme gesprochen?

Karl Diller, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen:
Herr Kollege, auf der Bundespressekonferenz am Montag dieser Woche hat Staatssekretär Anda für die Bundesregierung zu diesen Fragen Stellung genommen. Es ist in der Tat über das Thema der Haushaltsgestaltung gesprochen worden.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:
Sie haben noch eine weitere Zusatzfrage.

Jürgen Koppelin (FDP):
Herr Staatssekretär, da Sie ja Staatssekretär im Finanzministerium sind, werden Sie uns doch jetzt sicher sagen können, was denn Inhalt der Gespräche ge-

(A) wesen ist, damit auch wir als Parlament endlich etwas darüber erfahren. Ich kann schließlich nicht immer die Bundespressekonferenz begleiten.

Karl Diller, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen:

Herr Kollege Koppelin, über dieses Gespräch ist Vertraulichkeit vereinbart worden.

(Jürgen Koppelin [FDP]: Witzbold!)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Eine Zusatzfrage des Kollegen Türk.

Jürgen Türk (FDP):

Herr Staatssekretär, die EU-Kommission hat ja den Europäischen Rat vor dem EuGH wegen Bruch des Stabilitätspaktes verklagt. Meinen Sie, dass der Rat eine Chance hat, diese Klage abzuwehren, wenn in Deutschland der Sparkurs verlassen bzw. die öffentliche Verschuldung immer höher wird?

Karl Diller, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen:

Herr Kollege, ich weise zunächst einmal darauf hin, dass der Ecofin-Rat seinen Juristischen Dienst eingeschaltet hat, um zu einer juristisch einwandfreien Beurteilung zu kommen, und dass man dem gefolgt ist, was der Juristische Dienst des Ecofin-Rates empfohlen hat. Insofern sehen wir der Auseinandersetzung vor dem Europäischen Gerichtshof gelassen, natürlich auch interessiert entgegen. Im Übrigen gilt: Wir halten an dem Konsolidierungskurs fest. (B)

(Hartwig Fischer [Göttingen] [CDU/CSU]: Den gab es doch noch nie!)

Wir unternehmen alle Anstrengungen, das, was wir auf der europäischen Ebene zugesagt haben, auch einzuhalten.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Eine weitere Zusatzfrage des Kollegen Grindel.

Reinhard Grindel (CDU/CSU):

Herr Staatssekretär, Sie haben auf die Bundespressekonferenz und die Äußerung von Herrn Anda zu diesem Sachverhalt hingewiesen. Ich möchte gerne den Kollegen hier im Hohen Haus und Ihnen die Äußerung von Herrn Anda noch einmal in Erinnerung rufen. Herr Anda hat gesagt:

> Der Bundeskanzler zieht die Konsequenz daraus, dass er dem Verfahren, so wie es in der Regel und auch hierbei geordnet abläuft, entsprechend seiner Aufgabe mit großer Sorgfalt, aber auch in Zuständigkeit des betreffenden Ressorts belassend, dass er diese Aufgabe weiterhin so wahrnimmt, das heißt, dass der Finanzminister entsprechend die Arbeiten so tut, die dann im Kabinett besprochen werden müssen und besprochen werden sollen.

(Heiterkeit bei der CDU/CSU)

Können Sie mir bitte erläutern, welche konkreten Handlungsanweisungen der Bundeskanzler damit den Ministern gegeben hat, was ich also interpretierend aus diesen Äußerungen von Herrn Anda, auf die Sie ausdrücklich Bezug genommen haben, schließen kann und was darunter zu verstehen ist? (C)

(Eckart von Klaeden [CDU/CSU]: Was wollte uns der Dichter sagen?)

Karl Diller, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen:

Herr Kollege, wie Sie wissen, vollzieht sich das Haushaltsaufstellungsverfahren nach einem bestimmten Ablauf. Wir sind schon in den Gesprächen mit den Ressorts, allerdings noch nicht in großem Umfang auf der Abteilungsleiterebene, geschweige denn auf der Chefebene. All das steht für den Haushalt 2005 noch bevor.

Wir brauchen für eine qualifizierte Abschätzung nicht nur die Daten, die uns die Forschungsinstitute vor etwa zehn Tagen geliefert haben, und die konjunkturelle Einschätzung des Wirtschaftsministeriums. Vielmehr sind wir gespannt darauf, was die Steuerschätzer von Bund, Ländern und Gemeinden – zusammen mit den Experten der Bundesbank und anderen Sachverständigen – uns nach ihrem Treffen in Gotha Mitte des Monats als Schätzungen für das laufende Jahr und für die mittelfristige Finanzplanung vorlegen. Das werden wir uns anschauen und dann entsprechende Lösungsvorschläge erarbeiten.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Herr Kollege Heinrich, bitte.

Ulrich Heinrich (FDP): (D)

Herr Staatssekretär, wird die Bundesregierung, wenn sich abzeichnen sollte, dass sie im Jahr 2004 die Verpflichtungen, die sie am 25. November 2003 eingegangen ist, wiederum nicht einhalten kann – wenn also die Neuverschuldung 2005 über der Dreiprozentgrenze liegen wird –, im Ecofin-Rat darauf hinwirken, dass die im Vertrag von Maastricht vorgesehenen Sanktionsmechanismen wiederum ausgesetzt werden?

Karl Diller, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen:

Die Bundesregierung – ich habe das gerade erklärt – wird alles daran setzen, im nächsten Jahr die Dreiprozentgrenze einzuhalten.

(Zuruf von der CDU/CSU: Die alte Leier!)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Ich rufe die dringliche Frage 3 des Kollegen Dietrich Austermann auf:

> Treffen Meldungen in den Medien zu, dass die Bundesregierung ihre Bemühungen um eine Konsolidierung des Bundeshaushalts aufgibt und ein schuldenfinanziertes Investitionsprogramm in Milliardenhöhe anstrebt?

Karl Diller, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen:

Herr Kollege Austermann, Sie haben eine nahezu identische Frage zu der eben beantworteten gestellt. Deswegen ist auch die Antwort identisch: Konsolidierung

bleibt ein herausragendes Ziel. Ohne Konsolidierung erreichen wir kein Wirtschaftswachstum. Deswegen gehören Wachstum und Konsolidierung untrennbar zusammen.

Wir flankieren das Ziel der Haushaltskonsolidierung durch umfangreiche Reformen, die die Wachstums- und Beschäftigungsaussichten entscheidend verbessern werden. Dazu gehört auch das, was der Bundeskanzler am 25. März in der Regierungserklärung angekündigt hat und was eben Gegenstand der Ausführungen von Frau Bundesministerin Bulmahn war, nämlich die Umsetzung einer Innovationsoffensive. Durch das Streichen der Eigenheimzulage – auch die Wirtschaftsforschungsinstitute haben uns die Streichung vor wenigen Tagen dringend empfohlen – sollen Mittel für Bund, Länder und Gemeinden gewonnen werden. Die Gelder werden entsprechend dem Aufkommen der Einkommensteuer verteilt: Bund und Länder erhalten jeweils 42,5 Prozent, die Gemeinden 15 Prozent. Jede Ebene soll das eingesparte Geld für Investitionen in die Zukunft verwenden: der Bund für die Stärkung von Forschung und Bildung, die Länder für die Förderung qualifizierter Schulen – hierzu gehören auch Schulsanierungsprogramme –, die Kommunen für eine Verbesserung des Angebots bei der Betreuung der unter Dreijährigen.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:
Ihre Zusatzfrage, bitte.

Dietrich Austermann (CDU/CSU):

Herr Staatssekretär, Sie haben meine Frage nicht beantwortet, sodass ich der Meinung bin, dass das, was ich jetzt frage, keine Zusatzfrage ist, sondern eine Wiederholung meiner Frage mit dem Ziel, darauf eine Antwort zu bekommen. In einer meiner Fragen frage ich danach, was damit gemeint ist, wenn Regierungsmitglieder sagen, es gebe ein Ende der Zumutungen. Da Sie sagen, der Konsolidierungskurs werde fortgesetzt, muss ich fragen: Was bedeutet im Zusammenhang mit der Absicht, den Konsolidierungskurs, den wir nicht erkennen können, fortzusetzen, ein „Ende der Zumutungen“? Heißt das, dass an anderer Stelle konterkarierend Maßnahmen getroffen werden, die das wirtschaftliche Wachstum ankurbeln sollen?

Karl Diller, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen:
Ein Streichen der Eigenheimzulage – die Eigenheimzulage gehört zu den größten Subventionen aus dem Bundeshaushalt – würde notwendige Mittel freischaufeln, um Zukunftsinvestitionen in einem Milliardenumfang anzustoßen. Als Haushälter wissen Sie, dass die Eigenheimzulage über acht Jahre gewährt wird. Diejenigen, die sie jetzt bekommen, werden sie auch in Zukunft bekommen, bis die Förderung über acht Jahre ausgelaufen ist. Es geht darum, keine Neufälle mehr zu schaffen. Das würde bedeuten, dass Bund, Länder und Gemeinden im achten Jahr nach der Streichung der Eigenheimzulage mehr als 6 Milliarden Euro zusätzlich zur Verfügung hätten, um in die Zukunft zu investieren. Das ist mit einem Milliardenprogramm gemeint.

Dietrich Austermann (CDU/CSU):
Ich wollte wissen, was mit einem „Ende der Zumutungen“ gemeint ist. Worin liegt die Zumutung? Dass die Eigenheimzulage weiter gewährt wird, dass sie abgebaut wird oder dass ein Forschungsprogramm aufgelegt werden soll, das nicht beziffert ist? Worin liegt die Zumutung, die beendet werden soll?

Karl Diller, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen:
Herr Kollege Austermann, ich habe schon einmal darauf hingewiesen, dass die Maßnahmen, die wir bisher zur Konsolidierung des Staatshaushaltes treffen mussten, für den jeweils Betroffenen ein sehr schmerzhafter Einschnitt sind. Die Agenda 2010 wird, soweit das noch nicht geschehen ist, umgesetzt. Insofern wird es auch in Zukunft noch den einen oder anderen schmerzhaften Einschnitt geben. Deswegen ist das eine Einschätzungsfrage.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:
Eine Zusatzfrage des Kollegen Koppelin.

Jürgen Koppelin (FDP):
Herr Staatssekretär, wie soll ich Ihre Äußerung – soweit Sie überhaupt bereit sind, hier Auskunft zu geben – und die Überschrift in der „Berliner Morgenpost“ vom 3. Mai 2004: „SPD-Fraktionsvize bestätigt Wende in der Finanzpolitik – Poß: Rigider Sparkurs soll aufgegeben werden“ beurteilen?

Karl Diller, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen:

Herr Kollege Koppelin, ich habe nicht mit Herrn Poß persönlich gesprochen, sondern mit seinem Mitarbeiter. Sein Mitarbeiter hat dementiert, dass er eine solche Äußerung gemacht hat.

(Jürgen Koppelin [FDP]: Ein Possenspiel! – Eckart von Klaeden [CDU/CSU]: Welcher Stimmenimitator hat ihn dann im Deutschlandfunk nachgemacht?)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:
Ich rufe die dringliche Frage 4 des Kollegen Austermann auf:

> Was versteht die Bundesregierung im Zusammenhang mit dem angekündigten Ende des Sparkurses unter einem – die „Welt“ vom 3. Mai 2004 – „Ende der Zumutungen“?

Karl Diller, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen:
Frau Präsidentin, das war eigentlich die Frage, die Kollege Austermann eben angesprochen hat, nämlich die Frage nach dem Ende der Zumutungen. Insofern ist sie schon beantwortet.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:
Ihre Zusatzfragen.

Dietrich Austermann (CDU/CSU):
Meldungen der gestrigen Nacht ist zu entnehmen, dass der Finanzminister in diesem Jahr von einer

(A) Neuverschuldung von bis zu 47 Milliarden Euro ausgeht. Herr Staatssekretär, können Sie mir sagen, welche die Hauptposten sind, die sich im Vergleich zu dem im Februar dieses Jahres beschlossenen Haushalt verändern und die zu einer derart gravierenden Abweichung im Hinblick auf die Staatsverschuldung des Bundes führen?

Karl Diller, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen:

Herr Kollege Austermann, ich habe schon vorhin darauf hingewiesen, dass wir verlässliche Daten erst dann vorlegen und Einschätzungen erst dann vornehmen können, wenn in der nächsten Woche die Schätzung der Steuereinnahmen für dieses Jahr durch den Steuerschätzerkreis, der sich aus Vertretern von Bund, Ländern und Gemeinden sowie der Deutschen Bundesbank zusammensetzt, vorliegt. Dann können wir uns über verlässliche Daten unterhalten.

Ich habe schon vor einigen Wochen im Haushaltsausschuss darauf hingewiesen, dass die Deutsche Bundesbank mitgeteilt hat, dass sie nicht wie in der Vergangenheit einen milliardenschweren Bundesbankgewinn überweisen kann. Diesen haben wir in der Vergangenheit immer gemäß der Vereinbarung, die schon vor mehr als zehn Jahren getroffen worden ist, verwendet, nämlich 7 Milliarden DM oder – jetzt in Euro – 3,5 Milliarden Euro dem Haushalt zugeführt und den darüber hinausgehenden Betrag des Bundesbankgewinns zur Schuldentilgung eingesetzt. Die Bundesbank hat uns in diesem Jahr statt der erwarteten 3,5 Milliarden Euro weniger als 250 Millionen Euro überwiesen. Mit diesem riesigen (B) Einnahmeausfall – das habe ich schon im Haushaltsausschuss erklärt – sind die stillen Reserven des Bundeshaushalts weg, um es vereinfacht darzustellen. Das bedeutet, dass weitere Einnahmeverschlechterungen eine schwierige Situation ergeben.

Die Risiken haben Sie in einem Presseartikel, der vor einiger Zeit erschienen ist, sicherlich nicht unzutreffend beschrieben. Die Frage ist nur, ob die von Ihnen unterstellten Schätzungen zutreffen.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Sie haben noch eine Zusatzfrage, Herr Kollege Austermann.

Dietrich Austermann (CDU/CSU):

Sie berufen sich immer auf Eckwerte und Daten, die Dritte geben müssten, beispielsweise die Steuerschätzer in Gotha in einer Woche. Ist es nicht so, dass ein wesentlicher Teil der Basisdaten und die Empfehlungen für die Steuerschätzer vom BMF erarbeitet werden? Es müsste doch jetzt schon ein Überblick über die Eckwerte und Steuereinnahmen vorliegen, der zur Entscheidungsfindung der Steuerschätzer herangezogen werden kann.

Karl Diller, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen:

Herr Kollege Austermann, ich habe mich erkundigt. Wir alle wissen – es ist auch in den monatlichen Heften des BMF nachzulesen –, wie sich die Steuereinnahmen (C) entwickelt haben. Das letzte Heft umfasst den Monat März. Die spannende Frage ist jetzt: Wie war der April? Es gibt eine erste Einschätzung, dass die Entwicklung im April günstiger war. Fraglich ist nur, ob das damit zusammenhängt, dass eine Zahlung, die sonst im März gebucht worden wäre, erst im April gebucht wurde. Über diese Feinheit müssen wir mit den Fachleuten noch diskutieren. Den Überblick über die Steuereinnahmen im April werden wir in gut zehn Tagen haben, dann wissen wir mehr.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Das Wort zur Geschäftsordnung gebe ich dem Kollegen Jürgen Koppelin.

(Eckart von Klaeden [CDU/CSU]: Ich habe noch eine Zusatzfrage!)

Jürgen Koppelin (FDP):

Frau Präsidentin, wir alle haben im Plenum miterleben können, dass Herr Staatssekretär Diller nicht in der Lage war, die Fragen des Kollegen Austermann und meine Fragen zu beantworten. Selbst bei einfachen Fragen hat er sich auf Vertraulichkeit berufen. Die Fraktion der FDP beantragt daher nach der Fragestunde eine Aktuelle Stunde. Ich gehe davon aus, dass die Union unser Verlangen unterstützt.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Herr von Klaeden, bitte.

(D) **Eckart von Klaeden** (CDU/CSU):

Wir unterstützen das selbstverständlich.

Ich habe aber noch eine Zusatzfrage an den Herrn Staatssekretär. Sie hatten soeben auf die Frage des Kollegen Koppelin, ob die Äußerungen von Herrn Poß zutreffend seien, gesagt, Sie hätten nicht mit ihm, sondern mit seinem Mitarbeiter gesprochen – –

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Herr von Klaeden, ich muss Sie leider unterbrechen. Herr Koppelin hat sich zur Geschäftsordnung gemeldet.

Eckart von Klaeden (CDU/CSU):

Ich mich aber nicht.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Sie haben sich aber auch nicht zu einer Zusatzfrage gemeldet.

Eckart von Klaeden (CDU/CSU):

Doch, ich habe mich zu einer Zusatzfrage gemeldet.

(Brigitte Schulte [Hameln] [SPD]: Früher ist man aufgestanden, wenn man sich zu einer Frage gemeldet hat! Dann wurde man auch gesehen!)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Gut, ich lasse die Zusatzfrage noch zu.

(A)

Eckart von Klaeden (CDU/CSU):

Herr Staatssekretär, Sie haben gesagt, Sie hätten mit dem Mitarbeiter gesprochen und dieser habe Ihnen gesagt, Herr Poß habe die Aussagen, die in der „Berliner Morgenpost" stehen, so nicht gemacht. Ich habe an diesem Morgen zufällig den Deutschlandfunk gehört; dort hat jemand mit einer Stimme, die der von Herrn Poß sehr ähnlich war, genau die Aussagen gemacht, die heute in der „Berliner Morgenpost" zitiert sind, und sich sogar als „Herr Poß" ansprechen lassen.

(Heiterkeit bei der CDU/CSU und der FDP)

Können Sie mir vielleicht erklären, wie es dazu gekommen ist? Hätten Sie vielleicht die Freundlichkeit, diese Frage, wenn Sie sie jetzt nicht beantworten können, mit dem Mitarbeiter von Herrn Poß zu klären, damit wir erfahren, wie es dazu kommen kann, dass irgendwelche Stimmenimitatoren am Montagmorgen als „Herr Poß" Interviews im Deutschlandfunk geben und Äußerungen machen, die es hinterher nicht gegeben hat?

Karl Diller, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen:

Herr Kollege von Klaeden, ich habe Ihnen wahrheitsgemäß gesagt, was sich abgespielt hat. Bei einem routinemäßigen Treffen – Montag ist da unser Jour fixe – habe ich den persönlichen Mitarbeiter von Herrn Poß danach gefragt und er hat mir diese Antwort gegeben.

Im Übrigen steht es der Bundesregierung nicht zu, zu Äußerungen von Mitgliedern des Deutschen Bundestages interpretierend Stellung zu nehmen. Meine Bitte lautet: Sprechen Sie den Kollegen Poß an!

(B)

(Eckart von Klaeden [CDU/CSU]: Ich weiß ja nicht, ob er selbst ans Telefon geht oder ob es wieder ein Stimmenimitator ist! – Heiterkeit bei der CDU/CSU und der FDP – Beifall des Abg. Jürgen Koppelin [FDP])

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Nachdem ein Geschäftsordnungsantrag gestellt worden ist, kann ich weitere Zusatzfragen nicht zulassen. Die Fraktionen der FDP und der CDU/CSU haben zu den Antworten der Bundesregierung auf die dringlichen Fragen 1 bis 4 der Kollegen Jürgen Koppelin und Dietrich Austermann eine Aktuelle Stunde verlangt. Dies entspricht Ziffer 1 b der Richtlinien für die Aktuelle Stunde. Die Aussprache wird nach Schluss der Fragestunde durchgeführt. Die Aktuelle Stunde wird um 16 Uhr beginnen.

Nachdem die dringlichen Fragen aufgerufen und beantwortet sind, rufe ich jetzt die Fragen auf Drucksache 15/3021 in der üblichen Reihenfolge auf.

Ich rufe den Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend auf. Die Frage 1 des Kollegen Dr. Egon Jüttner wird schriftlich beantwortet.

Deswegen rufe ich nun den Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung auf. Zur Beantwortung steht Herr Staatssekretär Wolf-Michael Catenhusen bereit.

(C)

Ich rufe die Frage 2 der Kollegin Petra Pau auf:

Wie beurteilt die Bundesregierung die gegenwärtige Ausbildungsplatzsituation in den neuen Ländern und Berlin im Vergleich zum Vorjahr und beabsichtigt die Bundesregierung im Rahmen der Ausbildungsoffensive 2004 – wie bereits im Rahmen der Ausbildungsplatzoffensive 2003 –, eine hälftige Mitfinanzierung von insgesamt 14 000 Ausbildungsplätzen mit den neuen Ländern und Berlin zu vereinbaren?

Wolf-Michael Catenhusen, Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung:

Auf Ihre Frage möchte ich Folgendes antworten: Angesichts der schwierigen Situation des Ausbildungsjahres 2003 hatte das Bundesministerium für Bildung und Forschung einer Aussetzung der zwischen dem Bund und den neuen Ländern einvernehmlich vereinbarten Degression bei den Platzzahlen des Ausbildungsplatzprogramms Ost zugestimmt. Für diese Degression war seinerzeit ausschlaggebend, dass sich die Zahl der Ausbildungsplatzbewerber in den neuen Ländern aufgrund der demographischen Entwicklung ab 2005 nachhaltig reduzieren wird.

Dass die Experten von Bund und neuen Ländern damals in dieser gemeinsamen Einschätzung nicht falsch lagen, verdeutlicht die Zahl der im Osten Deutschlands jeweils Ende März bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldeten unvermittelten Ausbildungsplatzbewerber, die von 120 260 Ende März 2002 auf nunmehr 110 950 im Februar 2004 gesunken ist.

Für die weiteren Planungen ist aber auch die Initiative der Koalitionsfraktionen im Deutschen Bundestag zu berücksichtigen, im Rahmen des Berufsausbildungssicherungsgesetzes die finanzielle Verantwortung für die Berufsausbildung im dualen System wieder in die Wirtschaft zurückzuverlagern. Auch der von der Wirtschaft vorgeschlagene Pakt für Ausbildung zielt in die gleiche Richtung. Ein am tatsächlichen Bedarf des Jahres 2004 orientiertes Ausbildungsplatzprogramm, das wie üblich vom Bund sowie den neuen Ländern und Berlin jeweils zu 50 Prozent finanziert wird, könnte auch ein Element eines solchen Paktes für Ausbildung sein.

(D)

Wir werden also erst dann, wenn das Gesetz verabschiedet ist und wenn die Bemühungen um einen Pakt für Ausbildung zu einem wie auch immer gearteten Ergebnis geführt haben, die Frage beantworten können, in welcher Weise und in welchem Umfang auch im Rahmen der Ausbildungsoffensive 2004 die hälftige Mitfinanzierung von Ausbildungsplätzen in den neuen Ländern und Berlin vereinbart wird.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Ihre Zusatzfrage, bitte.

Petra Pau (fraktionslos):

Herr Staatssekretär, trifft es – mit Hinweis auf die von Ihnen eben gegebene Antwort – zu, dass man die Folgen der Ausbildungsplatzumlage und möglicher Ausbildungspakte abwarten will und daher noch nicht einmal zur Erörterung auf Fachebene eingeladen wurde?

(A)

Wolf-Michael Catenhusen, Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung:

Wir halten diese Erörterung erst dann für sinnvoll, wenn wir die Koordinaten, die Rahmenbedingungen für die Fortführung des Instrumentes genau kennen. Es kam der Vorschlag aus den neuen Bundesländern, ein Gespräch auf Staatssekretärsebene zu führen. Dazu sage ich Ihnen ganz offen: Wir haben jetzt Anfang Mai. Ich gehe davon aus, dass die Bemühungen um einen Ausbildungspakt so oder so noch vor der Sommerpause zu einem Ergebnis führen müssen, denn die kritische Phase für das nächste Ausbildungsjahr wird am 30. September erreicht werden. Ich gehe insofern davon aus, dass diese Gespräche noch vor der Sommerpause geführt werden. Es macht aber wenig Sinn – hier bitte ich um Verständnis –, das, was ich Ihnen hier gesagt habe, noch einmal auf der Arbeitsebene in den Ministerien zu erklären, denn diese sind über die Situation eigentlich informiert.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Sie haben noch eine weitere Zusatzfrage.

Petra Pau (fraktionslos):

Vor diesem Hintergrund möchte ich eine weitere Zusatzfrage stellen: Trifft es nach Ihrer Kenntnis zu, dass die Daten der Agenturen für Arbeit ein gegenüber dem Vorjahr eher weiter zurückgehendes betriebliches Ausbildungsplatzangebot signalisieren und damit schon völlig klar ist – ohne dass wir die neuen gesetzlichen Regelungen und ihre Wirkungen abwarten müssen –, dass viele von denen, die sich derzeit in so genannten Warteschleifen oder Vorbereitungsmaßnahmen befinden, auch von dieser Initiative der Bundesregierung nicht betroffen sein werden, also ein anderes Angebot brauchen?

(B)

Wolf-Michael Catenhusen, Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung:

Sie haben die Entwicklung der betrieblichen Ausbildungsplätze angesprochen. Die Tendenz, die Sie für diesen Bereich genannt haben, stimmt. Aber wir befinden uns in der bizarren Situation eines „Wettlaufs“ zwischen einem Rückgang betrieblicher Ausbildungsplätze auf der einen Seite und einem Rückgang der Nachfrage nach Ausbildungsplätzen auf der anderen Seite.

Lassen Sie mich das anhand eines Beispieles sagen: 2005 wird die Zahl des infrage stehenden Altersjahrgangs nur noch 224 800 betragen, im Vergleich zu 229 500 im Jahre 2004. Auch die Nachfrage auf dem Ausbildungsmarkt wird sich nach unten entwickeln, von 159 500 im Jahre 2004 auf 156 300. Ihre Frage nach der Bilanz – ob sich dieses Problem also, wenn man den Rückgang der angebotenen und der nachgefragten betrieblichen Ausbildungsplätze gegenrechnet, insgesamt ausweitet oder nicht – kann ich heute noch nicht beantworten.

Frau Pau, unabhängig davon stellt sich hier die Frage, welchen Stellenwert das ausschließlich staatsfinanzierte Ausbildungsprogramm Ost im Rahmen einer Ausbildungsplatzoffensive hat, durch die man die Verantwortung für die Finanzierung beruflicher Ausbildung stärker auf die Wirtschaft verlagern will. Ich verstehe, dass man auch den Staat in die Pflicht nehmen will. Aber ich muss Ihnen sagen: Wenn wir diese Gespräche führen, wird es auch um einen anderen Aspekt gehen. Denn in den letzten Jahren wurden, mit Ausnahme dieses Jahres, die Mittel für die primär länderfinanzierten Programme in einer Reihe von Bundesländern zurückgefahren. Dieses Spiel kann nicht so laufen, dass wir die Anzahl der von uns garantierten Ausbildungsplätze um 14 000 erhöhen, ohne dass die Länder in ihren Ausbildungsplatzprogrammen in gleicher Weise entsprechende Zielmarken in die Verhandlungen einbringen.

(C)

Ich sage noch einmal: Vor der Sommerpause müssen wir mit diesen Gesprächen beginnen. Angesichts der allgemeinen Unsicherheit darüber, ob wir diesem Ziel auf anderem Wege und mithilfe neuer Instrumente näher kommen, bitte ich um Verständnis, dass ich zum heutigen Zeitpunkt nicht mehr sagen kann.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Eine weitere Zusatzfrage hat die Kollegin Lötzsch. – Bitte.

Dr. Gesine Lötzsch (fraktionslos):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Herr Staatssekretär, Sie haben in Ihrer Antwort darauf Bezug genommen, dass die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen sinken werde, weil die entsprechenden Geburtenjahrgänge schwächer sind. Zu den Zahlen, die Sie dargestellt haben, frage ich Sie: Haben Sie in die Zahlen, nach denen Sie die Nachfrage bemessen, auch diejenigen einbezogen, die zwar schon älter sind, aber dennoch keine Ausbildung haben, zum Beispiel weil sie, wie es meine Kollegin Pau beschrieben hat, in Warteschleifen untergebracht sind, oder beziehen Sie Ihre Aussagen allein auf die Jahrgangszahlen?

(D)

Wolf-Michael Catenhusen, Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung:

Ich beziehe mich zunächst allein auf die Zahlen der Ausbildungsjahrgänge. Es stellt sich allerdings die Frage, auf welche praktischen Erfahrungen der letzten Jahre wir uns dabei stützen können. Zurzeit kann man, gerade aufgrund des großen Anteils staatlich finanzierter Ausbildungsprogramme in den neuen Bundesländern, davon ausgehen, dass die Anzahl derjenigen, die in Warteschleifen eintreten, dort möglicherweise geringer ist als in den alten Bundesländern. Denn diese Art von staatlich finanzierten – vor allem außer- und überbetrieblichen – Ausbildungsplätzen steht in den alten Bundesländern so nicht zur Verfügung.

Das heißt, dass der Druck, auszuweichen, dank der guten Wirkung dieser Programme in den alten Bundesländern – ich sage das unter Vorbehalt – möglicherweise noch größer als in den neuen Bundesländern ist. Denn der Bund wusste, was er tut, als er diese Garantie gegeben hat. Es ist nicht unsere Intention, uns ersatzlos zurückzuziehen. Aber es ist nüchtern zu prüfen, ob aufgrund von Gesprächen, die zum Beispiel im Rahmen

Wolf-Michael Catenhusen, Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung

eines Ausbildungspaktes geführt werden könnten, neue Instrumente zur Lösung dieses Problems entstehen.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:
Eine weitere Zusatzfrage des Kollegen Bergner. – Bitte.

Dr. Christoph Bergner (CDU/CSU):
Herr Staatssekretär, ich habe durchaus Verständnis dafür, dass Sie sich im Moment noch nicht festlegen wollen, was das Volumen eines staatlichen Programmes zur Schaffung außerbetrieblicher Ausbildungsplätze betrifft. Was mich aber alarmiert, ist Ihr Hinweis, dass Sie in dieser Hinsicht durch die Ausbildungsplatzabgabe eine Entlastung für die neuen Bundesländer erwarten.

Ich möchte Sie mit den Zahlen des Bundeslandes, aus dem ich komme, konfrontieren. Dort wurde im Jahre 2003 im Durchschnitt aller Betriebe eine Ausbildungsquote von 7 Prozent erreicht; trotzdem mussten 50 Prozent der Ausbildungssuchenden außerbetrieblich versorgt werden. Das heißt, das Problem liegt nicht in der Ausbildungsbereitschaft, sondern in der Unternehmenslücke. Müssen Sie vor diesem Hintergrund nicht zugestehen, dass staatliche Ausbildungsprogramme – bei aller sonstigen Kritik, die ich an der Ausbildungsplatzabgabe habe – in den neuen Bundesländern unverzichtbar bleiben?

Wolf-Michael Catenhusen, Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung:
Auf jeden Fall bleiben Programme unverzichtbar, die nicht unmittelbar von den einzelnen ausbildenden Unternehmen getragen werden. Die Frage, ob es auch in der Zukunft rein vom Staat finanzierte Programme gibt oder ob der Mechanismus dieses Ausbildungsplatzsicherungsgesetzes bewirkt, dass dieser Solidarausgleich zur Schließung der Ausbildungsplatzlücke führt – auch in den neuen Bundesländern –, kann ich Ihnen nicht beantworten.

Ich muss einmal deutlich sagen: Wenn am 30. September dieses Jahres eine Ausbildungsplatzlücke konstatiert und daraufhin eine Ausbildungsplatzumlage eingeführt werden sollte, dann haben wir eine gesamtdeutsche Ausbildungsplatzlücke, aber keine „Ostlücke“ bzw. „Westlücke“. Das heißt, die spannende Frage wird sein, ob wir dieses Thema auch finanziell differenziert bewältigen können, nämlich insofern, als eine Lücke in Westdeutschland ausschließlich wirtschaftsfinanziert geschlossen werden kann, während wir in den neuen Bundesländern nach wie vor auf eine rein staatlich finanzierte Schließung der Lücke setzen. Das ist eine Frage, die ich Ihnen nicht beantworten kann, über die wir aber auf jeden Fall nachdenken müssen, sobald wir Klarheit darüber haben, wie der Gesetzentwurf insgesamt aussieht und ob unter Umständen ein Ausbildungspakt zustande kommt. Sie wissen ja, dass zwischen den Koalitionsfraktionen auch über einen Ausbildungsfonds für die neuen Bundesländer geredet wird, der nicht ausschließlich vom Staat finanziert werden soll. Lassen Sie uns doch erst einmal abwarten, was an Substanz dahinter ist – das ist eine Frage von vielleicht zwei Monaten – in dem Sinne, dass sich die praktischen Konsequenzen präzise einschätzen lassen.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:
Wir kommen zur Frage 3 der Kollegin Petra Pau:

> Wie beurteilt die Bundesregierung den Beschluss des viertelparitätisch mit Beauftragten der Arbeitgeber, der Arbeitnehmer, der Länder und des Bundes besetzten Hauptausschusses des Bundesinstituts für Berufsbildung vom 10. März 2004, wonach „der Hauptausschuss keine Möglichkeit sieht, den Umfang der Förderung zusätzlicher Ausbildungsplätze im Ausbildungsprogramm Ost 2004, wie von der Bundesregierung geplant, zu verringern, und eine Größenordnung wie im Vorjahr von insgesamt 14 000 Plätzen für dringend erforderlich hält“?

Wolf-Michael Catenhusen, Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung:
Der Hauptausschuss des BIBB hat der Stellungnahme der Beauftragten der Länder zum Berufsbildungsbericht 2004 am 10. März 2004 zugestimmt, der den von Ihnen in der Frage richtig dargestellten Wortlaut umfasst. Der Bund hat hinsichtlich der Beschlussfassung zum Berufsbildungsbericht 2004 gemäß Berufsbildungsförderungsgesetz kein Stimmrecht; insofern hat dieser Hauptausschuss nicht viertelparitätisch beschlossen. Der Bund war an dieser Beschlussfassung nicht beteiligt.

Wir sehen in diesem Beschluss vor allen Dingen die Erwartung, dass es zu einer stabilen finanziellen Lösung für die Schließung der Ausbildungsplatzlücke in den neuen Bundesländern kommt. Ich denke deshalb, dass der Zusammenhang zwischen den Bemühungen, die Verantwortung der Wirtschaft für die Berufsausbildung generell durch das Berufsausbildungssicherungsgesetz und einen Pakt für Ausbildung nachhaltig zu stärken, und einem Ausbildungsprogramm Ost 2004 nüchtern überprüft werden muss. Zum Zeitpunkt dieses Beschlusses vom 10. März dieses Jahres waren weder die Details der jetzigen Fassung des Gesetzentwurfes noch die „Offerte“, einen Pakt für Ausbildung zu schließen, bekannt. Ich glaube, wir müssen die Erwartungen erfüllen, dass es hier keinen Einbruch bei der Finanzierung gibt. Wir müssen im Interesse der Betroffenen die Kontinuität sicherstellen. Es darf durch Probleme im Verfahren nicht zu einer Finanzierungslücke kommen. Das können wir in aller Ruhe sicherstellen.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:
Ihre Zusatzfragen, bitte.

Petra Pau (fraktionslos):
Herr Staatssekretär, wir mögen diese Hoffnung und Zukunftsaussichten zumindest zum Teil teilen. Trotzdem frage ich nach: Ist der Bundesregierung bekannt, dass die neuen Länder und Berlin zumindest bis zu diesem Jahr zusätzlich zum Bund-Länder-Sonderprogramm Programme auflegen und schulische Ausbildungsgänge erheblich ausweiten mussten, um möglichst viele Jugendliche unterzubringen? Sind Sie auch dahin gehend optimistisch, dass das in Zukunft nicht mehr notwendig ist?

(A)

Wolf-Michael Catenhusen, Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung:

Diese Hoffnung habe ich. Das Ganze ist aber erst dann klar, wenn wir wissen, auf welcher Basis die weitere Finanzierung der beruflichen Bildung erfolgt.

Zu Ihrem zarten Hinweis auf die Aktivitäten der Länder: Die Ausbildungsplatzsituation hat in diesem und im letzten Jahr in Ost wie in West dazu geführt – das verdrängen Vertreter der Wirtschaft in der öffentlichen Debatte manchmal –, dass die Zahl von schulischen Berufsausbildungsplätzen deutlich gestiegen ist. Das sehen Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Sachsen und Brandenburg übrigens völlig übereinstimmend so.

Zur Finanzierung von zusätzlichen Ausbildungsplätzen darf ich auf Folgendes hinweisen: Unter Berücksichtigung, dass Bund und Länder im Bund-Länder-Programm jeweils 50 Prozent der Plätze finanzieren und der Bund die Plätze aus dem Jugendsofortprogramm alleine finanziert, ist der Anteil des Bundes an der gesamten Finanzierung von 29,6 Prozent im Jahr 1997 auf 42,5 Prozent im vergangenen Jahr gestiegen. Der Anteil des Bundes bei der Finanzierung von Programmen hat sich also dramatisch verstärkt. Dies muss man deutlich sagen.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Ihre zweite Zusatzfrage, bitte.

Petra Pau (fraktionslos):

(B)

Herr Staatssekretär, abschließend wüßte ich gern, auch mit Blick auf die Debatte und die Abstimmung am Freitag, woraus sich Ihr Optimismus speist, dass wir die Lage auf dem Ausbildungsmarkt innerhalb von drei Monaten – das ist der Zeitraum, um den es geht – so positiv verändern können, dass wir am Ende des Monats September feststellen können, dass ein großer Schritt nach vorne gemacht werden konnte. Meine Erfahrung aus all den Reformen des vergangenen Jahres ist, dass wir nach Verabschiedung der Gesetze, ob nun mit der Mehrheit der Koalition oder der Mehrheit von konservativer Opposition und Koalition, mindestens ein halbes Jahr nacharbeiten mussten, um allein die handwerklichen Mängel der Gesetze zu beseitigen und die Gesetzeswerke umsetzen zu können.

Wolf-Michael Catenhusen, Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung:

Ich habe meinen Optimismus in dem Sinne eingeschränkt geäußert, dass spätestens bis zur Sommerpause die Rahmenbedingungen klar sind, unter denen über die Fortsetzung und den Umfang der Ausbildungsplatzsonderprogramme in den neuen Bundesländern entschieden werden kann. Politik sollte aber nie Wunder versprechen, vor allem nicht solche, die in Wochen wirken.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Damit sind wir am Ende dieses Themenbereiches. Vielen Dank, Herr Staatssekretär, für die Beantwortung der Fragen.

(C)

Ich rufe den Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung auf. Die Frage 4 des Kollegen Rainer Funke wird nach Nr. 2 Abs. 2 der Richtlinien schriftlich beantwortet.

Damit kommen wir zum Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung. Die Beantwortung der Fragen übernimmt Herr Parlamentarischer Staatssekretär Hans Georg Wagner.

Ich rufe die Frage 5 des Kollegen Ernst-Reinhard Beck auf:

> Was passiert bei einer Auflösung der Reservelazarettorganisation mit dem Ärzte- und Pflegepersonal sowie mit dem gegenwärtig vorhandenen Material?

Hans Georg Wagner, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung:

Frau Präsidentin, die folgenden sechs Fragen haben einen inhaltlichen Zusammenhang, sodass es bei der Beantwortung zu Wiederholungen kommen könnte. Ich bitte Sie, das von vornherein zu entschuldigen. Ich möchte zum besseren Verständnis trotzdem jede Frage einzeln beantworten.

Zu Frage 5 des Kollegen Beck: Die erforderliche Auflösung der Reservelazarettorganisation wird erst dann erfolgen, wenn die künftigen Reservistenstrukturen des zentralen Sanitätsdienstes endgültig ausgeplant sind. Damit wird sichergestellt, dass alle qualifizierten Reservistinnen und Reservisten in den Strukturen der Zukunft nahtlos eine herausfordernde Aufgabe und eine neue militärische Heimat finden können, vorausgesetzt, sie wollen ihre Expertise und ihr Engagement unter den veränderten Rahmenbedingungen der Verteidigungspolitischen Richtlinien und der Konzeption für die Reservistinnen und Reservisten der Bundeswehr weiterhin dem zentralen Sanitätsdienst der Bundeswehr zur Verfügung stellen.

(D)

Das Sanitätsmaterial der Reservelazarettgruppen besteht im Wesentlichen aus Sanitätsgerät, also Röntgengeräten, Narkosegeräten, chirurgischem Instrumentarium und sonstigen medizinischen Ausrüstungsgegenständen, das zum überwiegenden Teil dem technischen Stand der 70er- und 80er-Jahre entspricht. Da es für den Zweck der Landesverteidigung eingelagert wurde, ist es überwiegend nicht oder nur wenig gebraucht. Die Geräte sind funktionsfähig, aber eben nicht auf dem neuesten technischen Stand.

Derzeit wird geprüft, welches Material aus den Reservelazarettgruppen zur Auftragserfüllung der Streitkräfte weiter verwendet werden kann. Eine Abgabe von Material erfolgt nur dann, wenn dieses im Sanitätsdienst tatsächlich nicht mehr benötigt wird.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Ihre Zusatzfrage, bitte.

Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen) (CDU/CSU):

Herr Staatssekretär, ich stelle mit Befriedigung fest, dass die Auflösung der Lazarettgruppen erst dann erfolgen soll, wenn die Überführung in die neuen Strukturen

Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen)

(A) angegangen wird. Ich möchte hier nachfragen: Welche Organisationsform soll an deren Stelle treten und lässt sich bereits heute ein entsprechender Bedarf an Sanitätsoffizieren und an qualifiziertem Sanitätspersonal absehen?

Hans Georg Wagner, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung:

Ich habe eben ausgeführt, dass sich diese neuen Strukturen in der Ausplanung befinden, sie aber noch nicht endgültig ausgeplant sind. Ein Ergebnis liegt deshalb noch nicht vor.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Ihre weitere Zusatzfrage.

Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen) (CDU/CSU):

Herr Staatssekretär, wurden in diese Planungen die neuen Strukturen einbezogen und sind die neuen Organisationsformen so konzipiert, dass sie auch bei großen zivilen Katastrophen zum Einsatz kommen können?

Hans Georg Wagner, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung:

Man wird in jedem Einzelfall zu prüfen haben, inwieweit der Sanitätsdienst für Katastrophenfälle und für die Verbesserung der dann gegebenen Situation eingesetzt werden kann. Der Lazarettdienst wird natürlich dann zur Verfügung stehen, wenn er zeitnah nach dem Eintritt von Katastrophen eingesetzt werden kann.

(B) Herr Kollege, außerdem wird zu prüfen sein, welche Geräte im Rahmen der Ausstattungshilfe, die die Bundesregierung für gewisse Länder in der Welt leistet, verwendet werden können. Das würde eine sinnvolle Nachnutzung dieser Geräte bedeuten.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Ich rufe die Frage 6 des Kollegen Ernst-Reinhard Beck auf:

> Welche Einsparungsgewinne bzw. Effizienzsteigerungen erhofft sich das Bundesministerium der Verteidigung, BMVg, durch eine Auflösung der Reservelazarettorganisation?

Hans Georg Wagner, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung:

Herr Kollege Beck, bei den laufenden Kosten, die die Reservelazarettorganisation verursacht, handelt es sich im Wesentlichen um Liegenschaftsbetriebs- und Personalkosten. Da die Reservelazarettgruppen aber nur Anteile einer militärischen Liegenschaft belegen, ist die Ermittlung der anteiligen Kosten mit gewissen Ungenauigkeiten verbunden. Die überschlägig ermittelten Betriebskosten des Liegenschaftsanteils einer Reservelazarettgruppe bewegen sich in einer Größenordnung von 36 000 bis 38 000 Euro pro Jahr. Die anfallenden Personalkosten liegen bei circa 90 000 Euro.

Zur Effizienzsteigerung: Mit der neuen Reservistenstruktur soll das Fachpersonal der Reserve besser an die aktive Truppe angebunden werden. Zudem soll die Verfügbarkeit dieses Personals verbessert werden. Damit werden die Fähigkeiten des Sanitätsdienstes auch zur bedarfsgerechten und flexiblen Unterstützung im Katastrophenfall deutlich verbessert. (C)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Ihre Zusatzfrage, bitte.

Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen) (CDU/CSU):

Herr Staatssekretär, wenn ich es richtig sehe, dann werden die Strukturen gerade ausgeplant. Gibt es Überlegungen bezüglich der Mobilisierungszeiten, die gerade im Hinblick auf den Einsatz im Katastrophenfall eine besondere Rolle spielen?

Hans Georg Wagner, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung:

Die Mobilisierung, die sehr schwierig ist, muss sehr schnell erfolgen. Es ist unmöglich, die Reservisten unmittelbar nach Eintritt eines Katastrophenfalls einzuberufen. Wenn das Hochwasser heute kommt, kann man die Reservisten nicht schon in der folgenden Nacht einberufen. Das ist technisch nicht möglich. Diese Einschränkung muss ich machen.

Die Fachleute aus der Gruppe der Reservisten werden natürlich gerufen, wenn es zur Beseitigung von längerfristigen Schäden, die durch Katastrophen hervorgerufen worden sind – dabei denke ich zum Beispiel an Hochwasserschäden –, erforderlich ist.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Sie haben noch eine zweite Zusatzfrage. (D)

Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen) (CDU/CSU):

Herr Staatssekretär, habe ich Sie richtig verstanden, dass bei der Überprüfung der Brauchbarkeit des eingelagerten Materials darauf geachtet wird, ob eine weitere Nutzung möglich ist? Ist es richtig, dass eine Verscherbelung zu Schnäppchenpreisen nicht vorgesehen ist?

Hans Georg Wagner, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung:

Sie haben mich richtig verstanden.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Ich rufe die Frage 7 der Kollegin Ursula Lietz auf:

> Welche detaillierten Planungen bestehen seitens des BMVg bezüglich der Zukunft der Reservelazarettorganisation, auch im Verbund mit Organisationen des zivilen Katastrophenschutzes?

Hans Georg Wagner, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung:

Frau Kollegin, die Reservelazarettorganisation der Bundeswehr war als Behandlungsreserve des Sanitätsdienstes für den Fall der Landesverteidigung aufgestellt worden. Als nicht aktive Struktur bedarf sie der zeitintensiven allgemeinen Mobilmachung – wie angekündigt, wiederhole ich mich, Frau Präsidentin –, das heißt der Einberufung von Reservisten, um einsatzfähig zu werden. Deshalb beinhaltet ihr Auftrag keine Aufgaben

(A) im Bereich des Katastrophenschutzes, da die dafür erforderliche rasche Reaktionsfähigkeit nicht gewährleistet ist.

Schnelle Unterstützung im Fall eines terroristischen Madrid-Szenarios kann keinesfalls durch ein Reservelazarett geleistet werden, da weder Personal noch Material auf Abruf zur Verfügung stehen. Um der gestiegenen asymmetrischen Bedrohung durch den terroristischen Gebrauch von Massenvernichtungswaffen begegnen zu können, werden hingegen andere Strukturen benötigt. Eine konzeptionelle Fortschreibung der Reservelazarettorganisation als solche ist deshalb nicht beabsichtigt.

Die neue Reservistenstruktur wird so ausgeplant, dass die aktiven Einheiten und Verbände des Sanitätsdienstes im gesamten Aufgabenspektrum, also auch beim Schutz nach innen, verstärkt werden können. Dies beinhaltet unter anderem die Erarbeitung von Verfahrensweisen, die eine schnelle Unterstützung im Katastrophenfall ermöglichen. Die herkömmliche Alarmierungs- und Einberufungspraxis des Sanitätspersonals der Reserve wird dagegen den Anforderungen einer raschen Reaktion auf ein Großschadensereignis erheblichen Ausmaßes nicht gerecht.

Der Führungsstab des Sanitätsdienstes untersucht derzeit intensiv, wie auf dem Boden der geltenden Rechtslage die subsidiäre Unterstützung ziviler Verantwortungsträger und Hilfsorganisationen im Katastrophenfall optimiert werden kann. Dabei geht es vor allen Dingen darum, wie Spezialfähigkeiten, unter anderem personelle Kernstrukturen der Reservelazarettorganisation, in das

(B) Gesamtkonzept Katastrophenschutz in Deutschland eingebracht werden können.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:
Ihre Zusatzfragen, bitte.

Ursula Lietz (CDU/CSU):
Herr Staatssekretär, können Sie sich vorstellen, dass die Motivation von Reservisten, die in der Vergangenheit bei Einsätzen sehr aktiv mitgearbeitet haben – sei es in Krankenhäusern, sei es am Einsatzort selber –, dadurch, dass sie über Medien erfahren, dass sie demnächst überflüssig sein könnten, nicht besonders hoch ist? Meinen Sie nicht, dass es Zeit wird, den Reservisten möglichst bald ein Konzept vorzulegen, in dem ihnen klipp und klar dargelegt wird, dass und wie sie in Zukunft gebraucht werden?

Hans Georg Wagner, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung:
Frau Kollegin, meiner Antwort konnten Sie nicht entnehmen, dass nach unserer Einschätzung die Motivation der Reservisten verloren geht, die wir nach wie vor brauchen. Wir sind auf das Fachwissen von Reservistinnen und Reservisten im Bedarfsfall angewiesen. Sie können davon ausgehen, dass wir nichts tun, was die Motivation verringern würde.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:
Sie haben noch eine weitere Zusatzfrage.

(C) **Ursula Lietz** (CDU/CSU):
Herr Staatssekretär, werden Sie sich bei der Änderung der Strukturen des Reservistenkonzeptes, das auch einen zeitnahen Einsatz von Reservisten im Katastrophenfall möglich machen würde, der Erfahrungen bedienen, die die Reservisten gemacht haben, und in Gesprächen mit ihnen gemeinsam ein Konzept erarbeiten?

Hans Georg Wagner, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung:
Selbstverständlich. Wir werden das mit dem Herrn Präsidenten des Reservistenverbandes, dem neben Ihnen sitzenden Herrn Beck, und Herrn Höfer besprechen. Sie sind die ständigen Gesprächspartner, wenn es darum geht, die Motivation der Reservistinnen und Reservisten zu verbessern und sie in der Politik der Bundesregierung zu berücksichtigen.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:
Ich rufe die Frage 8 der Kollegin Ursula Lietz auf:

> Ist beabsichtigt, den Katastrophenschutz bzw. die Lazarettorganisation aus dem Verantwortungsbereich des BMVg in den Verantwortungsbereich des Bundesministers des Innern zu verlagern bzw. dort die derzeit auf verschiedene Verantwortungsbereiche verteilten Kompetenzen zu bündeln?

Hans Georg Wagner, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung:
Frau Kollegin Lietz, grundsätzlich stehen alle Kräfte und Mittel der Bundeswehr nach dem Subsidiaritätsprinzip des Art. 35 des Grundgesetzes auch für die Hilfeleistungen im Katastrophenfall zur Verfügung; das hat sich

(D) in der Vergangenheit schon bewiesen. Die Zuständigkeit für den Katastrophenschutz obliegt jedoch den Innenministerien der Länder, wohingegen der Bundesinnenminister die Verantwortung für den Zivilschutz trägt. Katastrophenschutz: Sache der Länder, Zivilschutz: Sache des Bundesinnenministers. Ein Übertrag der bisherigen Reservelazarettorganisation als Strukturelement der konventionellen Landesverteidigung auf ein anderes Ressort wird nicht erwogen.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:
Ihre Zusatzfrage, bitte.

Ursula Lietz (CDU/CSU):
Herr Staatssekretär, in welcher Form werden Sie eingelagertes technisches Gerät, von dem Sie gerade selber gesagt haben, dass es aus den 70er- und 80er-Jahren stammt, vor dem Hintergrund verkaufen, dass Ihr Kollege Staatssekretär Kolbow gesagt hat, dass er beachtliche Einnahmen durch marktübliche Preise beim Verkauf dieses technischen Geräts erwartet?

Hans Georg Wagner, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung:
Es geht hier um medizintechnisches Gerät, nicht um technisches Gerät. Wenn man einen Lastwagen verkauft, ist es eher möglich, marktübliche Preise zu erzielen, als wenn man einen Röntgenapparat verkauft, der 30 oder 40 Jahre alt ist und nicht mehr dem neuesten technischen Stand entspricht.

(A) Ich gehe davon aus, dass wir das so wie immer handhaben und das Gerät im Rahmen der Ausstattungshilfe an Länder, die diese Technik als modern in ihrem Bereich ansehen – beispielsweise Länder in Afrika –, abgeben. Das fällt allerdings in die Zuständigkeit des Ministers des Auswärtigen, nicht in die des Verteidigungsministers. Wir stellen nur bei. Auch könnte ich mir vorstellen, dass wir das Gerät kostenlos abgeben. Medizinisches Gerät, das 30 Jahre alt ist, kann auf dem Markt nicht verkauft werden.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:
Sie haben noch eine Zusatzfrage.

Ursula Lietz (CDU/CSU):
Herr Staatssekretär, können Sie mir als Vorabinformation zu dem zu entwickelnden Konzept sagen, ob Sie in Zukunft auch Reservisten in den Einsatzorten einsetzen werden oder ob Sie diese ausschließlich zum Ersatz von Soldaten, die in den Einsatz gehen, in den Bundeswehrkrankenhäusern einsetzen?

Hans Georg Wagner, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung:
Wenn sich Soldaten freiwillig für den Einsatz in einem Einsatzgebiet melden, dann wird man auf sie zurückgreifen, vor allem auf medizinisches Personal, das Sie angesprochen haben. Denn dort ist Bedarf. Sie haben die Diskussion über die Situation der Ausbildung in den Bundeswehrkrankenhäusern im Zusammenhang mit (B) dem Fünften Buch Sozialgesetzbuch mit geführt. Die starre Haltung aller Bundesländer – da ist keines besser als das andere –, uns nicht in die Krankenhausbedarfspläne aufzunehmen, führt dazu, dass wir in verstärktem Maße Reservisten, soweit sie das freiwillig tun, in den Einsatzgebieten einsetzen müssen.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:
Ich rufe die Frage 9 des Kollegen Christian Schmidt auf:

> Wie ist die geplante Auflösung der Reservelazarettorganisation mit der Einschätzung der gegenwärtigen Bedrohungslage durch das BMVg in Einklang zu bringen, insbesondere im Hinblick auf die Bewältigung der Folgen möglicher terroristischer Anschläge auch im Inland?

Hans Georg Wagner, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung:
Herr Kollege Schmidt, die Reservelazarettorganisation der Bundeswehr war als Behandlungsreserve des Sanitätsdienstes für den Fall der Landesverteidigung aufgestellt worden. Als nicht aktive Struktur bedarf sie der zeitintensiven allgemeinen Mobilmachung, das heißt der Einberufung von Reservisten, um einsatzfähig zu werden. Deshalb beinhaltet ihr Auftrag keine Aufgaben im Bereich des Katastrophenschutzes, da die hierfür erforderliche rasche Reaktionsfähigkeit nicht gewährleistet ist. So haben bislang, wie im Fall des Elbe-Hochwassers, ausschließlich aktive Einheiten der Bundeswehr Katastrophenhilfe in Deutschland geleistet.

(C) Schnelle Unterstützung im Falle eines terroristischen Madrid-Szenarios kann keinesfalls durch ein Reservelazarett geleistet werden, da weder Personal noch Material auf Abruf zur Verfügung stehen. Die Lazarette eignen sich nur für die sanitätsdienstliche Unterstützung der Verteidigung an den Grenzen Deutschlands, für die eine ausreichend lange Vorwarnzeit gewährleistet ist. Da für einen solchen Fall aber absehbar keine konkrete Bedrohung erkennbar ist, ist die Reservelazarettorganisation im heutigen sicherheitspolitischen Umfeld nicht mehr erforderlich.

Um der gestiegenen asymmetrischen Bedrohung durch den terroristischen Gebrauch von Massenvernichtungswaffen begegnen zu können, werden hingegen andere, flexiblere Strukturen benötigt. Dazu wird zum einen auf mobile aktive Einheiten und Verbände des zentralen Sanitätsdienstes der Bundeswehr zurückgegriffen, die nicht im Einsatz gebunden sind. Darüber hinaus wird die neue Reservistenkonzeption des Sanitätsdienstes auch einen verbesserten Beitrag des qualifizierten medizinischen Fachpersonals der Reserve zum Katastrophenschutz gewährleisten. Hierbei handelt es sich vor allem um fachärztliche Komponenten, die das zivile Gesundheitswesen bei einem Massenanfall von Verletzten gezielt im Sinne einer örtlichen Schwerpunktbildung verstärken können. Diese sollen künftig über die erforderliche rasche und flexible Reaktionsfähigkeit verfügen. Neben diesen so genannten „Verstärkungsgruppen Klinik“ sind weitere Module geplant, die beispielsweise als verbundene Verteilerorganisation oder als „Verstärkungsgruppe Rettungsmedizin“ bedarfsgerecht vor allem innerhalb Deutschlands zum Einsatz kommen. (D)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:
Ihre Zusatzfragen, bitte.

Christian Schmidt (Fürth) (CDU/CSU):
Herr Staatssekretär, Sie stehen und ich stehe. Sie hatten intendiert, die Dinge zum Sitzen kommen zu lassen. Sitzt denn bei der Bundesregierung die in den Verteidigungspolitischen Richtlinien angesprochene Erarbeitung einer nationalen Sicherheitskonzeption und sehen Sie im Zusammenhang solch einer wohl ressortübergreifenden nationalen Sicherheitskonzeption die Möglichkeit bzw. Notwendigkeit, Elemente der Reservelazarettorganisation in zukünftige neue Strukturen – auch in Absprache mit dem BMI bzw. den Innenministern der Länder – zu überführen?

Hans Georg Wagner, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung:
Selbstverständlich werden in solchen Diskussionen alle Möglichkeiten einbezogen, auch wenn die von Ihnen angesprochene Konzeption für die Bundeswehr selber nicht mehr notwendig ist. Es könnte durchaus sein, dass der Bundesminister des Inneren und die Innenminister der Länder auf die Bundeswehr bzw. auf den Bundesverteidigungsminister zukommen und ein Interesse an der Übernahme von Elementen der Reservelazarettorganisation in eine Konzeption bekunden, die die Länder und der Bundesinnenminister noch erarbeiten

Parl. Staatssekretär Hans Georg Wagner

(A) müssten. Mir ist nicht bekannt, dass eine solche Konzeption bereits vorliegt.

Christian Schmidt (Fürth) (CDU/CSU):
Gibt es dafür einen Zeitplan?

Hans Georg Wagner, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung:
Nein. Wir beabsichtigen, dass bis Ende dieses Jahres alle Fragen vonseiten unseres Ministeriums geklärt werden. Das gilt, wie Sie wissen, auch für die Standortentscheidungen, die bis Ende des Jahres getroffen werden sollen, damit wir möglichst rasch die Bundeswehrreform 2010 angehen können, um die Ruhe in der Truppe wiederherzustellen. Denn durch die vielen Reformschritte der letzten Jahre – man kann schon sagen: Jahrzehnte – ist die Unruhe ziemlich groß geworden.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:
Ich rufe die Frage 10 des Kollegen Christian Schmidt auf:

> Ist es zutreffend, dass durch das BMVg interne Kritiker des Konzeptes der Reservelazarettorganisation von ihren Funktionen entbunden bzw. Druck auf sie ausgeübt wurde, und, falls ja, wie oft ist dies in ähnlich gelagerten Fällen vorgekommen?

Hans Georg Wagner, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung:
Herr Kollege Schmidt, die Entbindung von Soldatinnen und Soldaten von ihren Funktionen aus Anlass inter- (B) ner kritischer Äußerungen zur vorgesehenen Auflösung der Reservelazarettorganisation ist nicht erfolgt. Ebenso wenig wurde Druck zur Unterdrückung kritischer Äußerungen zum neuen Reservistenkonzept des Sanitätsdienstes ausgeübt.

Ein derzeit noch schwebendes Verfahren zur Ausplanung eines Sanitätsoffiziers der Reserve aus seiner aktuellen Mob-Verwendung als Referatsleiter im Führungsstab des Sanitätsdienstes ist nicht als Reaktion etwa auf interne Kritik an der künftigen Konzeption der Reservistenstrukturen des zentralen Sanitätsdienstes der Bundeswehr zu verstehen.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:
Ihre Zusatzfragen, bitte.

Christian Schmidt (Fürth) (CDU/CSU):
Ist es zutreffend, Herr Staatssekretär, dass der stellvertretende Inspekteur San aber gerade mit dieser Begründung die Untragbarkeit der Verwendung des Reserveoffiziers in seiner bisherigen Ausplanung begründet hat?

Hans Georg Wagner, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung:
Mir ist nur bekannt, dass der Reserveoffizier als Einziger in der Gruppe, die sich damit befasst hat, eine andere Meinung zu der Konzeption vertreten hat. Sie wissen, dass sich derjenige, der nicht mit ganzem Herzen (C) hinter einer Konzeption steht, fragen lassen muss, ob er die richtige Position innehat. Das ist der Hintergrund der derzeit stattfindenden Untersuchung.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:
Sie haben noch eine Zusatzfrage.

Christian Schmidt (Fürth) (CDU/CSU):
Kann ich Ihrer Antwort entnehmen, dass es Politik und Prinzip des Bundesverteidigungsministeriums bzw. des Ministers sind, diejenigen, die anderer Meinung sind, auszuplanen?

Hans Georg Wagner, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung:
Nein, das wäre eine falsche Interpretation. Sie kennen Herrn Minister Dr. Struck, der sehr offen ist. Er pflegt auch gegenüber den Obleuten der Opposition eine offene Sprache und hält mit seiner Meinung nicht hinter dem Berg. Ihre Vermutung ist völlig unzutreffend.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:
Ich schließe diesen Geschäftsbereich. Vielen Dank für die Beantwortung der Fragen, Herr Staatssekretär.

Ich rufe den Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung auf. Die Fragen beantwortet Frau Parlamentarische Staatssekretärin Marion Caspers-Merk.

Ich rufe die Frage 11 der Kollegin Ina Lenke auf: (D)

> Wie bewertet die Bundesregierung die Meldungen des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes und der Katholischen Arbeitsgemeinschaft für Müttergenesung – 29. April 2004: www.gesundheit.de/static/news/040404082147.1c5ksrrl.shtml –, dass infolge des Wegfalls der generellen Härtefallregelung im Rahmen der Gesundheitsreform 2004 die Belegung der Mütterkurhäuser um bis zu 50 Prozent zurückgegangen ist?

Marion Caspers-Merk, Parl. Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Gesundheit und Soziale Sicherung:
Frau Präsidentin! Liebe Kollegin Lenke, Sie fragen nach der Situation der Mutter-Kind-Kuren und nach den aktuellen Zahlen. Der Bundesregierung liegen derzeit aus der Statistik der gesetzlichen Krankenversicherung für das Jahr 2004 noch keine Zahlen vor, die die Pressemeldungen, auf die Sie sich berufen, bestätigen könnten.

Es trifft zu, dass nach den Neuregelungen des GKV-Modernisierungsgesetzes eine generelle Befreiung von Zuzahlungen nicht mehr möglich ist. Im Unterschied zu früherem Recht werden allerdings jetzt Zuzahlungen auch zu Leistungen in Mütterkurhäusern bei der Berechnung der Belastungsgrenze berücksichtigt, sodass niemand unzumutbar belastet wird. Im Unterschied zur früheren Rechtslage gehen die Zuzahlungen bei Kuren in die Berechnung der allgemeinen Belastungsgrenze von 2 Prozent, bei chronisch Kranken von 1 Prozent ein. Die Bundesregierung geht davon aus, dass diese Regelungen dazu beitragen werden, dass künftig wieder mehr Anträge auf Mutter- bzw. Vater-Kind-Leistungen gestellt werden.

(A)

Ich will dazu noch anfügen, dass zu diesem Sachverhalt zwei Gespräche stattgefunden haben. In einem dieser Gespräche, die im federführenden Ressort, dem BMGS, durchgeführt wurden, haben wir bei den Spitzenverbänden der Krankenkassen nachgefragt, worauf der Rückgang der Anträge und der Bewilligungen zurückzuführen sei. Uns wurde mitgeteilt, dass derzeit keine statistischen Angaben der GKV darüber vorlägen, dass die Bewilligungen zögerlich erfolgten. Auch habe sich die Bewilligungspraxis nicht verändert.

Wir haben daraufhin noch einmal beispielsweise mit Vertreterinnen des Müttergenesungswerkes gesprochen und darum gebeten, uns ihr statistisches Material zur Verfügung zu stellen. Wir haben außerdem in einem Gespräch mit Vertretern der gesetzlichen Krankenkassen darauf gedrungen, dass die Ablehnungsgründe transparent gemacht werden und dass auch uns gegenüber Rechenschaft abgelegt wird, ob es vielleicht unterschiedliche Bewilligungspraxen der Krankenkassen im Einzelfall gibt.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:
Ihre Zusatzfragen, bitte.

Ina Lenke (FDP):
Frau Staatssekretärin, das Müttergenesungswerk hat tagtäglich mit dem Problem zu tun, dass Mütter, die eine Mütterkur beantragt haben, eine Ablehnung von ihrer Krankenkasse erhalten. Das mag sich nicht in der Statistik niederschlagen. Aber ich meine aus Ihren Worten herausgehört zu haben, dass auch Sie einen Rückgang bei den Mütterkuren eingeräumt haben.

(B)

Meine Frage ist: Es geht ja um einkommensschwache Frauen, die aufgrund ihrer Familientätigkeit oder aus gesundheitlichen Gründen ihren Aufgaben nur eingeschränkt nachkommen können. Gerade wir Frauen im Deutschen Bundestag wollen diese Frauen unterstützen, damit sie wieder gesunden. Wenn aber das Müttergenesungswerk Recht hätte, dass die Zahl der Mutterkuren um 50 Prozent rückläufig ist: Welche Maßnahmen könnte die Bundesregierung einleiten, um die Zahl der Kuren wieder auf einen höheren Level zu bringen?

Marion Caspers-Merk, Parl. Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Gesundheit und Soziale Sicherung:
Frau Kollegin, ich möchte noch einmal festhalten: Es war das Bestreben insbesondere unseres Ministeriums, den gesetzlichen Anspruch auf Mutter-Kind-Kuren zu bestätigen und dafür zu sorgen, dass nicht mehr die eine Krankenkasse diese Kuren bewilligt, während sich eine andere ihrer Verantwortung entzieht. Der Gesetzgeber hat eine entsprechende gesetzlich Änderung vorgenommen und so dazu beigetragen, dass es die Mutter-Kind-Kuren bei allen Krankenkassen wieder als Regelleistung gibt.

Auch uns ist berichtet worden, dass die Zahlen faktisch zurückgegangen sind. Auf der einen Seite kann natürlich die Zahl der Anträge zurückgegangen sein. Auf der anderen Seite ist es möglich, dass die Bewilligungspraxis unterschiedlich restriktiv ist. Aus diesem Grund haben wir das Müttergenesungswerk um die entsprechenden statistischen Zahlen gebeten und in einem Gespräch mit den Spitzenverbänden der Krankenkassen – federführend ist der Verband der Angestelltenkrankenkassen, VdAK – darauf gedrungen, uns darüber Bericht zu erstatten, wie die Bewilligungspraxis faktisch aussieht. Wir haben darüber hinaus gefordert, transparent zu machen, ob zum Beispiel der soziale Hintergrund der Antragstellerinnen ausreichend berücksichtigt wird. Da dies schon in die Beantwortung Ihrer nächsten schriftlich eingereichten Frage fällt, möchte ich darauf erst näher eingehen, wenn sie aufgerufen wird.

(C)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:
Frau Lenke, Sie haben noch eine Zusatzfrage.

Ina Lenke (FDP):
Diese möchte ich auch gerne stellen. – Frau Staatssekretärin, Sie haben zwei Gründe für den Rückgang genannt. Es könnte zum einen an den Krankenkassen und zum anderen am sozialen Umfeld der Frauen liegen. Ich vermute, dass der Wegfall der Härtefallregelung ein negatives Signal für die betroffenen Frauen gesetzt hat. Sie haben auch gesagt, die Frauen würden nicht mehr von Zuzahlungen ausgeschlossen. Soweit ich mich erinnern kann, dauert eine Kur drei – das ist der Normalfall – bis vier Wochen. Dabei ist zu bedenken, dass die Frauen nicht alleine, sondern mit ihren Kindern die Kur antreten. Liegen die Gründe vielleicht darin, dass das Geld für die Zuzahlungen von den betroffenen Familien zum Beispiel aufgrund von Arbeitslosigkeit – auch wenn die Beträge, um die es geht, in unseren Augen gering sein mögen – nicht aufgebracht werden kann? Wenn dem so wäre, könnten Sie sich vorstellen, dass die Bundesregierung den Wegfall der Härtefallregelung noch einmal überprüft?

(D)

Marion Caspers-Merk, Parl. Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Gesundheit und Soziale Sicherung:
Wir haben gemeinsam mit der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag bei den Beratungen über den Entwurf eines GKV-Modernisierungsgesetzes vereinbart, keine Ausnahmen bei den Zuzahlungsregelungen zuzulassen, dafür aber eine Belastungsgrenze von 2 Prozent festzulegen. Auch die Zuzahlungen zu Kuren fallen – das ist neu – unter diese Belastungsgrenze. Sie werden also bei der Gesamtbelastung einer Familie berücksichtigt.

Hinzu kommt, dass wir im Hinblick auf die Zuzahlungen auch eine Kinderkomponente verabschiedet haben. Das heißt, ein Alleinstehender, der bis zu einer Grenze von 2 Prozent belastet wird, ist schlechter gestellt als jemand mit demselben Jahreseinkommen, der mehrere Kinder hat. Bei Letzterem wird nämlich pro Kind ein bestimmter Betrag von der Belastungsgrenze abgezogen. Damit haben wir eine familienfreundliche Komponente bei den Zuzahlungen geschaffen.

Wir müssen hier mutmaßen, weil wir die tatsächliche Situation noch nicht ausreichend kennen. Es könnte sein, dass die neue Struktur der Zuzahlungen vielen Müttern noch nicht klar ist. Das könnte ein Grund für den Trend

(A) sein, dass Mütter für sich und ihre Kinder in wirtschaftlich schwierigen Zeiten nur zögerlich einen wichtigen Kuraufenthalt wahrnehmen, der zur Verbesserung der gesundheitlichen Situation der Mutter und zur Stabilisierung der Familie beitragen soll.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:
Ich rufe die Frage 12 der Kollegin Ina Lenke auf:

Wie bewertet die Bundesregierung die Meldung des Müttergenesungswerkes – Quelle: Papier des Müttergenesungswerks, Titel: „Hürden für Mütter im Antrags- und Bewilligungsverfahren bei stationären Maßnahmen nach §§ 24 und 41 Fünftes Buch Sozialgesetzbuch“ –, dass Krankenkassen zur Umsetzung kurzfristiger Sparziele die Genehmigungshürden bei der Beantragung von Mütterkuren verschärfen, immer häufiger die Leistungspflicht des Rentenversicherungsträgers unterstellen und die Ablehnungsquoten bei Anträgen auf Mütterkuren regional variieren?

Marion Caspers-Merk, Parl. Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Gesundheit und Soziale Sicherung:
Liebe Kollegin, Änderungen hinsichtlich der Zugangsvoraussetzungen für die in Rede stehenden Leistungen wurden seitens der Krankenkassen bzw. der Spitzenverbände der Krankenkassen nicht vorgenommen. Bei der Beurteilung der Notwendigkeit medizinischer Vorsorge- und von Rehabilitationsleistungen spielen neben den medizinischen Befunden auch die Kontextfaktoren eine Rolle. Häufig werden Angaben zu dem gesamten Lebenshintergrund weder von dem verordnenden Arzt noch von der Antragstellerin oder der jeweiligen Beratungsstelle an die Krankenkasse weitergegeben.

(B) Die Spitzenverbände der Krankenkassen prüfen derzeit, ob und in welchem Umfang im Rahmen eines Antragsvordrucks Angaben zum Lebenshintergrund der Antragsteller abgefragt werden können, um bereits bei der ersten Beurteilung des Antrags alle relevanten Faktoren berücksichtigen zu können.

Offenbar werden Anträge oft abgelehnt, weil der medizinische Dienst eine rein medizinische Beurteilung des Falls vornimmt. Wenn man aber weiß, in welcher Lebenssituation sich eine Mutter befindet – in einer Trennungssituation, in einer schwierigen beruflichen oder familiären Situation –, dann kommt man eventuell zu einer anderen Beurteilung der Notwendigkeit einer Kur. Es geht also darum, das Lebensumfeld einer Mutter bereits bei der Antragstellung zu berücksichtigen statt Ablehnungsbescheide zu erteilen, die hinterher revidiert werden. Deswegen soll jetzt ein neuer Erhebungsbogen dafür sorgen, dass die Zahl der Ablehnungen zurückgeht. Ich glaube, das ist in Ihrem und in unserem Sinne.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:
Frau Kollegin, Ihre erste Zusatzfrage, bitte.

Ina Lenke (FDP):
Meine Frage betrifft das Zusammenspiel der Rentenversicherungsträger und der Krankenkassen. Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um die laut Müttergenesungswerk zunehmenden Zuständigkeitsstreitigkeiten zwischen Krankenkassen und Rentenversicherungsträgern hinsichtlich ihrer Leistungspflicht zu unterbinden, damit verhindert wird, dass die Zuständigkeitsstreitigkeiten auf dem Rücken der Mütter ausgetragen werden? (C)

Marion Caspers-Merk, Parl. Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Gesundheit und Soziale Sicherung:
In der Regel ist eindeutig, welcher Sozialversicherungszweig für welche Bereiche zuständig ist. Wir haben in Deutschland allerdings ein gewachsenes Sozialversicherungssystem mit komplizierten Strukturen. Das darf sich aber nicht zum Nachteil für die antragstellenden Mütter auswirken. Wenn es Einzelfälle gibt, dann soll man sie uns nennen und dann werden wir ihnen nachgehen. Das haben wir dem Müttergenesungswerk in einem Gespräch zugesagt.

Ich habe Ihnen von einem Gespräch berichtet, das Staatssekretär Dr. Schröder geführt hat. Auch das BMFSFJ ist mit dem Müttergenesungswerk, das es jährlich zum Beispiel über Baukostenzuschüsse fördert, in Kontakt. Es führt Gespräche, um die Situation zu verbessern.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:
Sie haben noch eine Zusatzfrage.

Ina Lenke (FDP):
Frau Staatssekretärin, ich gehöre dem Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend an. Müttergenesungskuren sind ein ganz wichtiger Bestandteil auch unserer politischen Arbeit. Für Ihr Ministerium ist ein anderer Ausschuss zuständig. Wären Sie so freundlich, über die Staatssekretärin, Frau Riemann-Hanewinckel, das Ergebnis Ihrer Gespräche auch unserem Ausschuss zur Kenntnis zu geben? (D)

Marion Caspers-Merk, Parl. Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Gesundheit und Soziale Sicherung:
Selbstverständlich. Das ist auch bei uns gute Praxis. So fand beispielsweise ein Gespräch im Ministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend statt, zu dem wir hinzugezogen worden sind, weil das BMGS für den Bereich Kuren und Reha zuständig ist. Generell findet zwischen den Ressorts eine enge Abstimmung statt. Wir sind gerne bereit, auch Ihrem Fachausschuss die nötigen Gesprächsunterlagen zur Verfügung zu stellen.

(Ina Lenke [FDP]: Vielen Dank!)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:
Die Fragen 13 und 14 des Kollegen Jens Spahn werden ebenso wie die Fragen 15 und 16 der Kollegin Dr. Gesine Lötzsch schriftlich beantwortet.

Damit sind wir am Ende dieses Geschäftsbereiches. Vielen Dank, Frau Staatssekretärin, für die Beantwortung der Fragen.

Wir kommen zum Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen. Die Fragen beantwortet Frau Parlamentarische Staatssekretärin Iris Gleicke.

(A)

Ich rufe die Frage 17 des Kollegen Dr. Christoph Bergner auf:

> Wie bewertet die Bundesregierung den bisherigen Stand der Realisierung des Verkehrsprojektes „Deutsche Einheit“ Nr. 8, Bahnstrecke Halle–Sangerhausen–Kassel?

Iris Gleicke, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen:

Sehr geehrter Herr Abgeordneter Dr. Bergner, das Verkehrsprojekt „Deutsche Einheit“ Nr. 6, Eichenberg–Halle, wurde durchgehend zweigleisig für eine Streckengeschwindigkeit von 120 Kilometern pro Stunde ausgebaut, einschließlich Elektrifizierung. Die Inbetriebnahme erfolgte zum Fahrplanwechsel Ende Mai 1994. Damit ist dieses Vorhaben als erstes Verkehrsprojekt „Deutsche Einheit“ fertig gestellt worden.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Ihre Zusatzfrage, bitte.

Dr. Christoph Bergner (CDU/CSU):

Frau Staatssekretärin, angesichts noch bestehender Engpässe auf diesem Streckenabschnitt – ich erinnere nur an den Knotenpunkt Sangerhausen; Ihnen als Thüringerin wird auch die Strecke Riestedt–Blankenheim, auf der Geschwindigkeiten erreicht werden, die weit unter der von Ihnen angegebenen Geschwindigkeit liegen, nicht ganz fremd sein – möchte ich Sie fragen, ob Sie das Verkehrsprojekt „Deutsche Einheit“ Nr. 6 im Sinne des ursprünglichen Ausbauziels tatsächlich als erledigt betrachten.

(B)

Iris Gleicke, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen:

Herr Dr. Bergner, im Bundesverkehrswegeplan sind der Engpass bei Sangerhausen, den Sie angesprochen haben, aber auch eine Verbindungskurve zwischen Mönchehof und Speele im weiteren Bedarf eingeplant. Worauf Sie abheben, sind die Langsamfahrstellen auf der Strecke. Das gehört nicht zum Bereich der Neubaumaßnahme, sondern zum Bereich der Bestandsnetzinvestitionen nach dem Schienenwegeausbaugesetz. Uns ist auch vom Land Sachsen-Anhalt mitgeteilt worden, dass diese Langsamfahrstellen bestehen. Aber es liegt nicht in unserer Verantwortung, sondern in der Eigenverantwortung der DB AG, diese Langsamfahrstellen zu beseitigen. Man kann daran erkennen, Herr Abgeordneter, wie wichtig es ist, dass wir die Bundesmittel für die Bestandsnetzinvestitionen auf hohem Niveau halten. Sie betragen derzeit rund 2,5 Milliarden Euro.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Sie haben noch eine Zusatzfrage.

Dr. Christoph Bergner (CDU/CSU):

Frau Staatssekretärin, wir beide, so vermute ich, haben mit der Formulierung der Verkehrsprojekte „Deutsche Einheit“ bestimmte Hoffnungen verbunden. Mit dem Verkehrsprojekt „Deutsche Einheit“ Nr. 6 haben wir die Hoffnung verbunden, dass es tatsächlich zu einer Ertüchtigung der Strecke kommt, sodass die Richtgeschwindigkeit erreicht werden kann, die Sie genannt haben; ich habe sogar noch eine höhere Richtgeschwindigkeit in Erinnerung.

(C)

Wir stellen jetzt fest, dass dieses Verkehrsprojekt „Deutsche Einheit“ von Ihnen als abgeschlossen betrachtet wird, obwohl die Ausbauziele, die mit der Formulierung dieses Verkehrsprojektes verbunden worden waren, nicht erreicht worden sind, und auf ganz andere Planungsvorgänge und Entwicklungen verwiesen wird.

Als jemand, der aus einem Bundesland kommt, das an das Bundesland angrenzt, in dem dieses Verkehrsprojekt liegt, will ich Sie einfach einmal fragen: Kann Sie dieser Zustand zufrieden stellen?

Iris Gleicke, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen:

Herr Kollege Dr. Bergner, die Verkehrsprojekte „Deutsche Einheit“ sind definiert worden. So wie sie vom Gesetzgeber definiert und beschlossen worden sind, werden sie auch abgearbeitet. Das ist beim Verkehrsprojekt „Deutsche Einheit“ Nr. 6 geschehen. Das ist damit abgeschlossen.

Gleichwohl steht außer Frage, dass es Situationen gibt, in denen weitere Ausbaumaßnahmen erforderlich werden. Da gibt es etwa die Maßnahmen, die jetzt im Bundesverkehrswegeplan im weiteren Bedarf enthalten sind. Sie sind sozusagen als neue Maßnahmen abzuarbeiten.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Ich rufe die Frage 18 des Kollegen Klaus Haupt auf:

(D)

> Wie bewertet die Bundesregierung angesichts der wiederholten Bekenntnisse zum Vorrang der Ost-West-Eisenbahnkorridore im Zusammenhang mit der Osterweiterung der EU – beispielsweise durch den Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Dr. Manfred Stolpe, und den Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Bahn AG, Hartmut Mehdorn, auf dem Parlamentarischen Abend am 28. Januar 2004 – die Planungseinstellung für den Ausbau der Niederschlesischen Magistrale – das ist die Bahnstrecke Hoyerswerda–Horka– Grenze zu Polen – und wie rechtfertigt sie diese Planungseinstellung angesichts der erheblichen Vorleistungen auf polnischer Seite, die dort eine Inbetriebnahme im Jahre 2007 ermöglichen?

Iris Gleicke, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen:

Kollege Haupt, für die folgenden Jahre zwingen insbesondere die Einsparauflagen aus der Umsetzung der Koch/Steinbrück-Vorschläge zu einer strengen Priorisierung der Vorhaben und zu einem flexiblen Einsatz der verfügbaren Haushaltsmittel. Dies gilt auch für den Ausbau der Strecke Hoyerswerda–Horka–Grenze Deutschland/Polen. Die Priorisierung ist noch nicht ganz abgeschlossen. Die Bundesregierung geht aber davon aus, dass die Planungen im erforderlichen Umfang fortgesetzt werden, insbesondere zur Erlangung des Baurechts.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Ihre Zusatzfragen, bitte.

Klaus Haupt (FDP):

Frau Staatssekretärin, es handelt sich hierbei ja nicht um irgendeine Eisenbahnstrecke, sondern, wie Sie als

Klaus Haupt

(A) Fachfrau wissen, gerade angesichts der EU-Osterweiterung um eine der bedeutendsten Ost-West-Tangenten. Auch die Verantwortlichen – der zuständige Minister und Herr Mehdorn als Zuständiger für die Bahn – bekunden überall, dass angesichts der EU-Osterweiterung der Streckenausbau von immenser Bedeutung ist. Wie wollen Sie den politischen Schaden minimieren, der dann entsteht, wenn die Polen eifrigst bauen, auch unterstützt mit EU-Mitteln, 2007 ihre Strecke bis zur Oder zweigleisig ausgebaut und elektrifiziert haben, wir aber nach dem jetzt erfolgten Abbruch der Planungen erst 2016, das heißt neun Jahre später als geplant, den Anschluss schaffen? Das wäre eine grenzenlose Blamage. Wie bewerten Sie aus Ihrer Sicht den Verlust der Glaubwürdigkeit und diese Diskrepanz zwischen Wort und Tat?

Iris Gleicke, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen:

Herr Kollege Haupt, ich sprach nicht von einem Abbruch der Planungen, sondern im Gegensatz dazu sprach ich davon, dass wir davon ausgehen, dass die Planungen fortgesetzt werden. Sie machen mir jetzt eine Antwort ein wenig schwer, weil es darin eigentlich auch um den Inhalt Ihrer zweiten Frage ginge. Ich versuche diese Frage jetzt, ohne vorzugreifen, zu beantworten.

Herr Kollege Haupt, es ist so, dass die Planungen an dieser Stelle nicht ganz unkritisch sind. In diesem Gebiet haben wir es mit Biosphärenreservaten und durch Bergbau hervorgerufene Setzungen zu tun. Insofern müssen die Planungen weitergeführt werden. Da sie nicht ganz unproblematisch sind, ist damit zu rechnen, dass sie einen längeren Zeitraum einnehmen. Deshalb gehen wir (B) davon aus, dass die Planungen weitergehen.

Klaus Haupt (FDP):

Also kann ich Ihrer Antwort entnehmen, dass die Aussage, die Planungen seien eingestellt worden – dieser Eindruck ist ja vor Ort schon entstanden –, von Ihnen jetzt zurückgenommen wurde und die Planungen weitergehen?

Iris Gleicke, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen:

Ich habe da nichts zurückzunehmen, Herr Kollege Haupt. Es ist ganz einfach so, dass wir davon ausgehen, dass die Planungen weitergeführt werden. Sie wissen, dass nicht wir, sondern die DB AG die Planungen durchführt. Insofern kann ich nur davon ausgehen, dass es weitergeht.

Ich weise Sie noch einmal darauf hin, dass wir mit der Umsetzung der Koch/Steinbrück-Vorschläge sparsam mit den Haushaltsmitteln umgehen müssen. Deshalb müssen wir mit der DB AG über die Priorisierung der Mittel sprechen, also darüber, welche Maßnahmen mit dem zur Verfügung stehenden Geld weitergeführt werden. Wir befinden uns mitten in den Gesprächen mit der DB AG. Ich sage aber noch einmal: Die Planungen – davon gehe ich aus – laufen weiter.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Ich rufe die Frage 19 des Kollegen Klaus Haupt auf:

Hält die Bundesregierung eine Einsparung von Gesamtkosten für den Streckenausbau im Abschnitt Knappenrode–Horka–Grenze zu Polen in Höhe von circa 300 Millionen Euro angesichts der zu erwartenden Kosten für den Abbruch der Planungen von circa 240 Millionen Euro – Schadenersatzforderungen, verlorene Planung, Schaden in der DB-Unternehmensplanung und Erhaltungskosten – für sinnvoll und wie bewertet die Bundesregierung die Einschätzung, dass mit der Planungseinstellung die Strecke frühestens 2016, also erst neun Jahre nach dem polnischen Gegenstück, fertig ist? (C)

Iris Gleicke, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen:

Herr Kollege Haupt, die zu erwartenden Kosten für einen Abbruch der Planungen von circa 240 Millionen Euro sind für die Bundesregierung nicht nachvollziehbar. Wegen der gegebenen komplizierten Bedingungen, wie unter anderem Biosphärenreservat und Vogelschutzgebiet, wird allerdings das Baurecht nicht wesentlich vor 2008 vorliegen. Bei einer voraussichtlichen Bauzeit von circa zweieinhalb Jahren würde die Inbetriebnahme im Jahre 2010/11 möglich sein und damit keinesfalls neun Jahre nach der voraussichtlichen Fertigstellung des polnischen Abschnitts.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Ihre Zusatzfrage, bitte.

Klaus Haupt (FDP):

Frau Staatssekretärin, Sie machen es mir einfach und trotzdem schwer, einfach insofern, als Sie jetzt in Ihrer Antwort – das begrüße ich – eindeutig beim alten Zeitplan bleiben. Sie reden von einem Baubeginn im Jahre 2008 und einer Inbetriebnahme im Jahre 2010. Das verwundert mich jedoch sehr. Ich würde die Frage doch nicht stellen, wenn nicht alle Alarmzeichen in meiner (D) Region auf Dunkelrot stünden, weil jedem klar ist, dass mit einem Abbruch der Planungen ein immenser Schaden für die Region entstehen würde. Das würde bedeuten, dass die Planungen erst nach 2008 fortgesetzt würden und die Inbetriebnahme erst 2016 erfolgen würde. Ich ergreife hier ganz bewusst die Möglichkeit, nachzufragen: Sie gehen davon aus, dass die Planungen 2008 beendet sind und die Inbetriebnahme 2010 erfolgt wie bisher vorgesehen?

Iris Gleicke, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen:

Herr Haupt, wenn Sie mich so verstanden hätten, dass bis 2008 keine weitere Planung erfolgt, dann wäre das wirklich ein Missverständnis. Wir gehen davon aus, dass weiter geplant wird. Ich habe darauf hingewiesen, dass sich die Planungen aufgrund der Ausweisung von Vogelschutzgebieten und Biosphärenreservaten, aber auch wegen des Baugrundes – wir haben es dort mit Setzungen aufgrund des Bergbaus zu tun; das ist alles nicht ganz einfach – ein Stück weit hinziehen werden, bis wir Baurecht erhalten. Das sind Erfahrungswerte, die ich hier genannt habe. Demnach wird sich die Zeitspanne, bis wir Baurecht erhalten, realistischerweise bis 2008 ausdehnen. Dann geht es um die Frage der Finanzierung und des Weiterbaus. Die Bauzeit wird ungefähr zweieinhalb Jahre betragen. So sind die Jahreszahlen zu sehen, die ich genannt habe.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Sie haben noch eine Zusatzfrage, Herr Kollege.

(A)

Klaus Haupt (FDP):

Ich nehme die mündlichen Ausführungen jetzt so hin und bekomme sie ja auch noch schwarz auf weiß. Ich verzichte damit auf die zweite Zusatzfrage.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Wenn Sie keine weitere Frage mehr haben, Herr Kollege, dann schließe ich den Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen. Vielen Dank, Frau Staatssekretärin, für die Beantwortung der Fragen.

Ich rufe den Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit auf. Die Fragen beantwortet Frau Parlamentarische Staatssekretärin Simone Probst.

Die Frage 20 der Kollegin Gitta Connemann wird schriftlich beantwortet.

Ich rufe die Frage 21 des Kollegen Franz Obermeier auf:

> Mit welchem Geheimhaltungsgrad wurde die Studie der Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit, GRS, in Köln über die Sicherheit der Kernkraftreaktoren in Deutschland als Verschlusssache, VS, eingestuft?

Simone Probst, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:

Sehr geehrter Herr Kollege Obermeier, das Gutachten der Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit wurde nach § 4 Abs. 2 des Sicherheitsüberprüfungsgesetzes in Verbindung mit § 7 der Verschlusssachenanweisung als VS-Vertraulich eingestuft.

(B)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Ihre Zusatzfragen.

Franz Obermeier (CDU/CSU):

Frau Staatssekretärin, haben Sie in Ihrem Ministerium Erfahrungen mit als Verschlusssache eingestuften Schriftstücken in der Hinsicht, dass, wie es hier der Fall war, solche Schriftstücke an die Öffentlichkeit geraten sind?

Simone Probst, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:

Wir tun alles dafür, dass die Geheimhaltungsvorschriften der Bundesregierung eingehalten werden.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Sie haben noch eine Zusatzfrage.

Franz Obermeier (CDU/CSU):

Ist es in Ihrem Haus schon vorgekommen, dass als geheim eingestufte Schriftstücke an die Öffentlichkeit geraten sind?

(C)

Simone Probst, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:

Wir haben in dem Fall, nach dem Sie fragen, bisher keine Hinweise, wie es dazu gekommen ist, dass dieses Schriftstück an die Öffentlichkeit gelangt ist. Sie können sicher sein, dass bei Verschlusssachen, die als VS-Vertraulich eingestuft sind, alle Vorschriften eingehalten werden.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Ich rufe die Frage 22 des Kollegen Franz Obermeier auf:

> Mit welchem Geheimhaltungsgrad wurde eine dazu im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, BMU, erstellte Kurzfassung als VS eingestuft?

Simone Probst, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:

Die so genannte Kurzfassung, die Sie ansprechen, wurde ebenfalls mit dem Geheimhaltungsgrad VS-Vertraulich eingestuft.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Ihre Zusatzfragen.

Franz Obermeier (CDU/CSU):

Frau Staatssekretärin, nachdem Sie meine beiden Zusatzfragen zu der letzten Frage nicht beantwortet haben, stelle ich Ihnen noch einmal die Frage: Ist es in Ihrem Hause vorgekommen, dass als geheim eingestufte Schriftstücke an die Öffentlichkeit geraten sind, und wer hat diese Zusammenfassung in Ihrem Hause auf Übereinstimmung mit dem Gutachten geprüft?

(D)

Simone Probst, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:

Wenn Sie nach der Übereinstimmung fragen, weise ich Sie darauf hin, dass ich extra von einer „so genannten Kurzfassung“ gesprochen habe. Die Studie, die sich mit terroristischen Angriffen und der Verhinderung terroristischer Angriffe auf Kernkraftwerke befasst, ist eben nicht an die Öffentlichkeit gelangt. Vielmehr handelt es sich – darauf komme ich noch bei den folgenden Fragen und das habe ich auch in der Antwort auf Ihre Kleine Anfrage zum Ausdruck gebracht – bei dem, was in der Öffentlichkeit kursiert, um eine Information für die Hausleitung des BMU. Man kann nicht von einer Übereinstimmung zwischen der Studie und der so genannten Kurzfassung sprechen, weil es sich um zwei Unterlagen mit verschiedener Zielsetzung handelt.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Sie haben noch eine Zusatzfrage.

Franz Obermeier (CDU/CSU):

Frau Staatssekretärin, sind Sie mit mir der Meinung, dass die Zusammenfassung mindestens in einem Punkt sachlich falsch ist und dass die darin enthaltenen

Franz Obermeier

(A) Aussagen mit den Inhalten der Studie nicht übereinstimmen?

Simone Probst, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:

Das müssen wir, also die Fachabteilung und ich, weit von uns weisen. Selbstverständlich hat die Fachabteilung ordentliche Arbeit geleistet und die Hausleitung sachgerecht informiert.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Ich rufe die Frage 23 des Kollegen Georg Girisch auf:

> Trifft es zu, dass die Studie der GRS in Köln über die Sicherheit der Kernkraftreaktoren in Deutschland bzw. deren Kurzfassung in den Besitz eines österreichischen Abgeordneten der Grünen gelangte, und war dieser zur Entgegennahme nach den entsprechenden Vorschriften der Bundesrepublik Deutschland über den Umgang mit Verschlusssachen berechtigt?

Simone Probst, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:

Der österreichische Abgeordnete Peter Pilz hat in München ein fotokopiertes Exemplar der so genannten Kurzfassung der besagten Studie verteilt. Dieses ist ihm vom BMU nicht zur Verfügung gestellt worden. Der Abgeordnete war zur Entgegennahme einer VS-Vertraulich eingestuften Verschlusssache nicht berechtigt.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

(B) Ihre Zusatzfragen.

Georg Girisch (CDU/CSU):

Frau Staatssekretärin, welche Maßnahmen gibt es in Ihrem Hause, mit denen sichergestellt werden soll, dass geheime Unterlagen nicht an die Öffentlichkeit kommen?

(Michaele Hustedt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das hat sie schon dreimal erzählt!)

Simone Probst, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:

Es werden die Geheimhaltungsvorschriften des Bundes eingehalten. Einer Ihrer Kollegen hat diesen Punkt in einer Frage, die später aufgerufen wird, angesprochen. Im Vorgriff auf die Beantwortung dieser Frage teile ich Ihnen mit, dass Bundesminister Jürgen Trittin die Durchführung von amtsinternen Ermittlungen zur Aufklärung dieses Vorfalls angeordnet hat. Die Untersuchungen sind noch nicht abgeschlossen.

Georg Girisch (CDU/CSU):

Können Sie nachvollziehen, welche Angehörigen Ihres Hauses mit der Studie beschäftigt waren?

Simone Probst, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:

Selbstverständlich gibt es einen sehr eng begrenzten Personenkreis, der nach den Richtlinien der Geheimhaltungsvorschriften berechtigt war, in Kenntnis dieser Informationen zu gelangen. (C)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Herr Kollege, eine Zusatzfrage, bitte.

Hartwig Fischer (Göttingen) (CDU/CSU):

Frau Staatssekretärin, ist es richtig, dass sich kurz vor der Verteilung durch den österreichischen Abgeordneten der Abgeordnete Trittin mit diesem getroffen hat?

Simone Probst, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:

Nein. Ich kann aber nicht ausschließen, dass der Abgeordnete Trittin in den vergangenen Jahren im Rahmen seiner politischen Tätigkeit schon einmal mit diesem österreichischen Abgeordneten zusammengetroffen ist.

(Zurufe von der CDU/CSU: Oh! – Hartmut Koschyk [CDU/CSU]: Aha! So ist das! – Eckart von Klaeden [CDU/CSU]: Er hat bisher den Kosenamen „Atompilzchen"!)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Ich rufe die Frage 24 des Kollegen Georg Girisch auf:

> Wann erhielt der zuständige Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Jürgen Trittin, Kenntnis davon, dass der betreffende Abgeordnete in den Besitz dieser Studie gelangte, und wurde die Studie von einem Faxgerät aus dem Leitungsbereich des BMU an diesen Abgeordneten übersandt? (D)

Simone Probst, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:

Die Vermutung, dass der betreffende Abgeordnete im Besitz der Studie sein könnte, wurde durch einen Artikel in der „Süddeutschen Zeitung" gestützt. Der Bundesumweltminister erhielt davon Kenntnis. Wie der Abgeordnete in den Besitz der Studie gelangte, wird amtsintern ermittelt.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Ihre Zusatzfragen, bitte.

Georg Girisch (CDU/CSU):

Frau Staatssekretärin, sind Sie sich sicher, dass diese Studie nicht von einem Faxgerät aus dem Leitungsbereich Ihres Hauses an den Abgeordneten versendet worden ist?

Simone Probst, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:

Ich habe eben schon ausgeführt, dass der Minister eine amtsinterne Untersuchung angeordnet hat. Diese Untersuchung ist noch nicht abgeschlossen. Vor Abschluss der Untersuchung kann ich Ihnen auf Detailfragen keine Auskunft geben.

(A)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:
Eine weitere Zusatzfrage, Herr Kollege Girisch.

Georg Girisch (CDU/CSU):
Sind Sie bereit, die Ergebnisse der amtsinternen Untersuchung an den Umweltausschuss weiterzugeben?

Simone Probst, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:
Sie wissen, dass es nicht sachgerecht ist, über Zwischenergebnisse eines laufenden Ermittlungsverfahrens zu informieren. Selbstverständlich können die Abgeordneten und Fraktionen ihr Fragerecht im Umweltausschuss wahrnehmen und die Aufsetzung von Tagesordnungspunkten beantragen.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:
Eine weitere Zusatzfrage des Kollegen Obermeier.

Franz Obermeier (CDU/CSU):
Frau Staatssekretärin, könnten Sie uns sagen, welchen Zeitraum diese hausinterne Untersuchung in Anspruch nehmen wird, und ist es sinnvoll, dass wir noch vor der Sommerpause von unserem Fragerecht Gebrauch machen?

Simone Probst, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:

(B)

Wir sind an einer sehr zügigen Ermittlung interessiert. Die Frage, die Sie stellen, bewegt sich im Bereich der Spekulation. Insofern müssten Sie vielleicht mit Abgeordneten unserer Fraktion, mit mir oder unserem Hause Kontakt aufnehmen, wenn Sie wissen wollen, ob Ihre Aktivitäten Sinn machen. Ansonsten vertraue ich auf Ihr politisches Gespür,

(Hartmut Koschyk [CDU/CSU]: Sehr gut! Ich ermutige Sie ausdrücklich!)

den rechten Zeitpunkt für Fragen im Umweltausschuss und die Beantragung von Debatten zu finden.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:
Ich rufe die Frage 25 des Kollegen Holger Haibach auf:

> Hat der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Jürgen Trittin, eine Untersuchung zur Aufklärung der Veröffentlichung von VS-eingestuften Akten im Zusammenhang mit der GRS-Studie angeordnet und, wenn ja, zu welchem Ergebnis hat diese Untersuchung bisher geführt?

Simone Probst, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:
Herr Haibach, entschuldigen Sie, dass ich diese Frage schon dem Kollegen Girisch beantworten musste; aber diese Doppelung muss sein, damit an der richtigen Stelle im Protokoll eine Antwort steht: Ja, Umweltminister Jürgen Trittin hat die Durchführung von amtsinternen Ermittlungen zur Aufklärung des Vorfalls angeordnet. Diese Untersuchungen sind noch nicht abgeschlossen.

(C)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:
Ihre Zusatzfrage, bitte.

Holger Haibach (CDU/CSU):
Frau Staatssekretärin, der Begriff „zeitnah“ lässt durchaus Raum für Interpretationen. Deswegen würde ich gerne die Frage des Kollegen Obermeier etwas verdeutlichen. Was versteht Ihr Haus unter dem Begriff „zeitnah“ im Sinne der jetzt angegangenen Untersuchungen?

Simone Probst, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:
Ich habe, wenn ich mich recht erinnere, den Begriff „zügig“ verwendet.

(Holger Haibach [CDU/CSU]: Von mir aus auch den Begriff „zügig“!)

Die Beantwortung der Frage, was in einem Ermittlungsverfahren im Hinblick auf ein Ergebnis zeitnah bzw. zügig ist, empfehle ich den juristisch gebildeten Kollegen Ihrer Fraktion zu überlassen. Ich sage „zügig“; ich bin Naturwissenschaftlerin. Ich denke, sobald man ein Ergebnis hat, geht man den nächsten Schritt und möchte zu einem weiteren Ergebnis kommen.

(D)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:
Sie haben noch eine Zusatzfrage.

Holger Haibach (CDU/CSU):
Meine zweite Zusatzfrage bezieht sich auf den Zeitraum, der zwischen dem Bekanntwerden der Vorfälle und der Anordnung der Untersuchung durch den Minister liegt. Wie groß war dieser Zeitraum?

Simone Probst, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:
Der Minister hat unmittelbar nach Bekanntwerden der Öffentlichmachung dieser Information gehandelt und die amtsinterne Untersuchung angeordnet.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:
Ich rufe die Frage 26 des Kollegen Holger Haibach auf:

> Welche Arbeitsbereiche im BMU waren von der Untersuchung betroffen und wie viele Personen sind überprüft worden?

Simone Probst, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:
Das fällt in die Fragen, die Ihre Kollegen bereits gestellt haben: Einzelheiten zu dieser laufenden Untersuchung können nicht mitgeteilt werden.

(A)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:
Ihre Zusatzfrage.

Holger Haibach (CDU/CSU):
Frau Staatssekretärin, wenn Einzelheiten zu einer laufenden Untersuchung nicht bekannt gegeben werden können – dafür haben wir alle ja Verständnis –, sind Sie dann bereit, das Endergebnis Ihrer Untersuchungen, sobald es vorliegt, dem Umweltausschuss zur Verfügung zu stellen?

Simone Probst, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:
Ich habe eben schon ausgeführt, dass selbstverständlich alle parlamentarischen Rechte Ihrer Kollegen und Ihrerseits im Umweltausschuss gewahrt sind und Sie im Umweltausschuss jederzeit frei sind, das Ministerium zu bestimmten Tagesordnungspunkten zu befragen. Insofern liegt es in Ihrer Initiative, ob diese Frage beantwortet wird. Wenn Sie dies für sinnvoll halten, beantragen Sie dies!

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:
Ihre zweite Zusatzfrage, bitte.

Holger Haibach (CDU/CSU):
Wir können natürlich in jeder Sitzung des Umweltausschusses davon Gebrauch machen. Meine Frage war aber gewesen: Sind Sie auch gewillt, Antworten zu geben?

(B)

Simone Probst, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:
Sofern es keine juristischen Einschränkungen gibt, anworten wir auf alle Fragen.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:
Eine Zusatzfrage des Kollegen von Klaeden.

Eckart von Klaeden (CDU/CSU):
Frau Staatssekretärin, warum tun Sie sich so schwer mit der offensichtlichen Selbstverständlichkeit, dem Parlament Mitteilung zu machen, wenn Ihre Untersuchungen abgeschlossen sind? Wenn Sie tatsächlich ein Interesse daran haben, die Untersuchungen zu einem Ergebnis zu führen, und sie zügig durchgeführt werden, dürfte doch kein Problem darin bestehen, das auch dem Parlament mitzuteilen.

Simone Probst, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:
Herr von Klaeden, Sie wissen, dass wir im Umweltausschuss und auch im Parlament aus großem Eigeninteresse vor allem in der Sache gern zu bestimmten Tagesordnungspunkten debattieren. Aber Sie selbst wissen auch, dass bei amtsinternen Ermittlungen das Dienstrecht und andere juristische Fragen berührt sein können. Insofern möchte ich nicht etwas zusagen, was hinterher unter anderem aufgrund des Schutzes von Persönlichkeitsrechten juristisch nicht haltbar ist. Alle Informationen, die ohne Rechtsverstöße herausgegeben werden können, werden wir dem Ausschuss bzw. dem Parlament selbstverständlich zugänglich machen.

(C)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:
Ich rufe die Frage 27 der Kollegin Tanja Gönner auf:

> In welcher Weise wurde die Untersuchung im BMU wegen Veröffentlichung von VS-eingestuften Akten im Zusammenhang mit der GRS-Studie vorgenommen und mussten dienstliche Erklärungen abgegeben werden?

Simone Probst, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:
Frau Gönner, auch Sie fragen nach Einzelheiten der laufenden Untersuchung. Ich wiederhole mich ungern; aber auch dazu kann ich zurzeit nichts mitteilen.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:
Ihre Zusatzfrage, bitte.

Tanja Gönner (CDU/CSU):
Können zumindest hinsichtlich der Frage nach etwaigen dienstlichen Erklärungen bereits Aussagen getroffen werden? Hierzu dringt das eine oder andere an die Öffentlichkeit. Ich denke, wenn etwas bereits an die Öffentlichkeit gedrungen ist, könnte es keine Schwierigkeit bereiten, eine entsprechende Frage im Parlament zu beantworten.

(D)

Simone Probst, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:
Es wundert mich sehr, Frau Kollegin Gönner, dass diese Dinge wie auch immer an Ihr Ohr und an die Öffentlichkeit dringen. Eine amtsinterne Ermittlung ist eine amtsinterne Ermittlung und wird bis zum Schluss auch so gehandhabt, um zu einem sachgerechten Ergebnis kommen zu können.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:
Sie haben noch eine Zusatzfrage.

Tanja Gönner (CDU/CSU):
Die Frage, wie auch immer etwas an die Öffentlichkeit gelangt, ist Grundlage für die heutigen Fragen. Ich möchte noch einen Hinweis geben, Sie sprachen davon, dass die Untersuchungen zügig abgeschlossen werden sollen. Anschließend sagten Sie, Sie wüssten nicht, wie die Juristen das Wort „zügig“ auslegen. Ich möchte darauf hinweisen, dass „zügig“ ohne schuldhaftes Zögern bedeutet. Bedeutet dies, dass wir noch vor der Sommerpause – wir gehen davon aus, dass die Untersuchung ohne schuldhafte Verzögerungen abgeschlossen wird – die entsprechenden Antworten erhalten?

(A)

Simone Probst, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:

Wir werden alle nötigen sachgerechten Schritte veranlassen und dann zu einem Ergebnis kommen. Sie können sicher sein, dass wir aufgrund dieser Debatte ein großes Interesse daran haben, diese amtsinterne Untersuchung abzuschließen.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Eine weitere Zusatzfrage des Kollegen Fischer.

Hartwig Fischer (Göttingen) (CDU/CSU):

Frau Staatssekretärin, ich komme auf die Frage des Herrn von Klaeden zurück. Es verlangt doch niemand etwas Unrechtmäßiges. Sind Sie von sich aus bereit, gegenüber dem Parlament initiativ zu werden, wenn der Abschlussbericht vorliegt? Werden Sie dann im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten – ohne dass Nachfragen kommen müssen – das Parlament informieren?

Simone Probst, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:

Wenn das Interesse im Ausschuss kundgetan wird, kommen wir dem selbstverständlich nach. Die politische Notwendigkeit einer Mitteilung wird aber erst dann zu bewerten sein, wenn wir das Ergebnis der Untersuchung vorliegen haben. Schließlich möchten wir das Parlament nicht mit Banalitäten behelligen.

(B)

(Peter Weiß [Emmendingen] [CDU/CSU]: Wir beschäftigen uns ständig mit den Banalitäten der Bundesregierung!)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Eine weitere Zusatzfrage des Kollegen Girisch.

Georg Girisch (CDU/CSU):

Frau Staatssekretärin, sind Sie mit mir der Meinung, dass die Öffentlichkeit, nachdem als geheim eingestufte Unterlagen aus einem Ministerium an die Öffentlichkeit gelangt sind, ein großes Interesse an Informationen hat? Stimmen Sie mir zu, dass über ein solches Thema umfassend informiert werden sollte und die Informationen nicht als geheim eingestuft werden dürfen?

Simone Probst, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:

Die Öffentlichkeit, das Parlament, unser Ministerium und natürlich all diejenigen, die mit solchen brisanten Informationen zu tun haben, haben ein großes Interesse daran, dass die Geheimhaltungsvorschriften des Bundes eingehalten werden. Genau aus diesem Grunde hat Herr Minister Trittin das amtsinterne Ermittlungsverfahren eingeleitet. Damit wollen wir sicherstellen, dass brisante Informationen nicht an die Öffentlichkeit gelangen.

Sie wissen selbst, dass es sich hier um ein Thema handelt, über das in der Öffentlichkeit sehr gern diskutiert wird. Wir wollen aber keine Handlungsanleitung für Terroristen herausgeben oder Schwachstellen der Kraftwerke aufzeigen. Aus diesem Grunde müssen wir die öffentliche Debatte auf das Notwendige beschränken.

(C)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Ich rufe die Frage 28 der Kollegin Tanja Gönner auf:

> Waren auch Mitarbeiter des Leitungsbereiches von den Untersuchungen betroffen und, wenn ja, wer?

Simone Probst, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:

Auch diese Frage, Frau Gönner, bezieht sich auf die Einzelheiten der Untersuchung. Insofern gebe ich die gleiche Antwort wie auf die vorige Frage, dass die Einzelheiten der laufenden Untersuchung nicht mitgeteilt werden können.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Ihre Zusatzfragen, bitte.

Tanja Gönner (CDU/CSU):

Frau Staatssekretärin, wir wollen keine einzelnen Namen wissen. Dann ginge es um Einzelheiten der Untersuchung. Es geht vielmehr um die Frage, ob Mitarbeiter des Leitungsbereichs des Ministeriums – was zu einem gewissen Umfang der Untersuchung führen würde – betroffen sind oder nicht. Ich glaube schon, dass man diese Frage stellen darf, ohne Geheimhaltungsvorschriften, denen die Untersuchung offensichtlich unterliegt, zu verletzen.

(D)

Simone Probst, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:

Sie können sicher sein, dass das Untersuchungsverfahren allen notwendigen Voraussetzungen Rechnung trägt. Bei amtsinternen Ermittlungen muss die gesamte Bandbreite der Möglichkeiten ins Auge gefasst werden. Deshalb wäre es verfehlt, Einzelheiten dieses Ermittlungsverfahrens hier im Parlament zu debattieren.

Tanja Gönner (CDU/CSU):

Können Sie uns erklären, warum Sie es nicht für sachgerecht halten, zumindest im Ausschuss in nicht öffentlicher Sitzung – wenn schon nicht hier im Parlament – über Zwischenstände der Untersuchung zu berichten?

Simone Probst, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:

Da es noch keine Ergebnisse gibt, gibt es dazu auch nichts zu berichten.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Eine weitere Zusatzfrage des Kollegen von Klaeden.

Eckart von Klaeden (CDU/CSU):

Frau Staatssekretärin, auf die Fragen der Kollegen und auch auf meine Frage, ob Sie bereit sind, das Parla-

Eckart von Klaeden

(A) ment zu informieren, wenn die Untersuchung abgeschlossen ist, haben Sie unter anderem geantwortet, Sie wollten das Parlament nicht mit Lappalien behelligen. Nun geht es hier nicht um eine Lappalie, sondern darum, dass Inhalte einer Studie, die die Gefährdung von Kernkraftwerken durch terroristische Angriffe anspricht, durch einen Abgeordneten, der der Spitze Ihres Hauses politisch nahe steht, an die Öffentlichkeit gelangt sind. Bei einem Abgeordneten der Grünen kann ich doch wohl annehmen, dass er der Spitze Ihres Hauses nahe steht. Es ist auch auf keinen Fall eine Lappalie.

Ich muss auch feststellen, dass die Gründe, die Sie dafür anführen, das Parlament über das Ende der Untersuchung nicht zu informieren, aus der Luft gegriffen sind. Es können auch keine Persönlichkeitsrechte berührt sein, wenn Sie lediglich Auskunft darüber geben, dass Sie einen internen Untersuchungsvorgang abgeschlossen haben.

Deswegen frage ich Sie hier noch einmal: Sind Sie bereit, dem Parlament von sich aus Kenntnis lediglich über die Tatsache – nicht über das Ergebnis – zu geben, dass Sie die Untersuchungen in dieser doch ziemlich brisanten Frage, die eben keine Lappalie ist, abgeschlossen haben?

Simone Probst, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:

Herr von Klaeden, vielleicht reden wir aneinander vorbei

(B) (Eckart von Klaeden [CDU/CSU]: Es ist relativ klar!)

oder es scheinen Missverständnisse im Raum zu stehen. Ich habe darauf hingewiesen, dass es ganz klare Spielregeln zwischen Parlament und Regierung gibt und wir selbstverständlich allen Wünschen, die das Parlament hat, nachkommen werden.

(Eckart von Klaeden [CDU/CSU]: Ein Wunsch ist, dass Sie dann, wenn sie fertig ist, Bescheid sagen!)

– Ja bitte.

(Eckart von Klaeden [CDU/CSU]: Machen Sie das?)

Wir werden laufend darüber berichten und auch im Ausschuss über die Sache debattieren. Ich glaube, dass das Wort „Lappalie“ nicht in diesem Zusammenhang gefallen ist.

Wir führen hier eine Debatte über die ernsthafte Frage, dass Informationen über ein ernstes Thema

(Eckart von Klaeden [CDU/CSU]: Aus Ihrem Hause rausgesickert sind!)

an die Öffentlichkeit gelangt sind, und zwar Informationen, die das Umweltministerium nach bisherigem Kenntnisstand nicht zur Verfügung gestellt hat.

(Eckart von Klaeden [CDU/CSU]: Das ist doch ein Ergebnis der Untersuchung!)

(C) **Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:**

Herr Kollege von Klaeden, Sie haben keine Zusatzfragen mehr.

Simone Probst, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:

Wir sollten froh sein, dass die Information der Leitung des Hauses im Gegensatz zu den detaillierten Informationen der Studie – diese konnten Sie einsehen – nicht an die Öffentlichkeit gekommen ist.

Nichtsdestotrotz – ich wiederhole mich – gilt: Die Geheimhaltungsvorschriften müssen eingehalten werden. Wir nehmen den Vorgang ernst und haben alle notwendigen Verfahren eingehalten.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Eine weitere Zusatzfrage des Kollegen Girisch.

Georg Girisch (CDU/CSU):

Frau Staatssekretärin, erklären Sie bitte einem Nichtjuristen, warum die breite Öffentlichkeit nicht wissen muss, wie diese Studie, die im weitesten Sinne als Skandal eingeschätzt wird, aus dem Ministerium an die Presse oder an den grünen Abgeordneten weitergegeben worden ist.

Simone Probst, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:

(D) Wir müssen auf jeden Fall klären, wie es möglich war – deshalb führen wir auch die amtsinterne Untersuchung durch –, dass diese Informationen an die Öffentlichkeit gekommen sind. Je nach Ergebnis der amtsinternen Untersuchung – diese Frage haben wir Ihnen aufgrund Ihrer Kleinen Anfragen beantwortet – besteht entweder eine Notwendigkeit oder keine Notwendigkeit, weitere juristische Schritte einzuleiten. Insofern macht es Sinn, dann über die Ergebnisse zu debattieren, wenn Ergebnisse vorliegen. In der Sache besteht kein Dissens darüber, dass diese Informationen nicht in die Öffentlichkeit gehören; denn sonst hätten wir diese Studie nicht als VS-Vertraulich eingestuft.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Eine weitere Zusatzfrage des Kollegen Obermeier.

Franz Obermeier (CDU/CSU):

Frau Staatssekretärin, hierbei handelt es sich sehr wohl um einen ernsthaften Vorgang. Ich sage Ihnen, an welchen Punkten wir diese Ernsthaftigkeit festmachen: Erstens ist es ein Vergehen, dass geheim eingestufte Unterlagen an die Öffentlichkeit geraten. Zweitens gibt es in der Tat – ich habe die Studie eingesehen und den Vergleich mit der Zusammenfassung angestellt – zwischen der Studie und der Zusammenfassung einen erheblichen Unterschied sachlicher Natur.

Wir hätten gern von Ihnen erfahren, wie es kommt, dass diese sachlich bzw. inhaltlich falsche Zusammenfassung auf der Internetseite des BUND zu finden war.

Franz Obermeier

(A) Lässt das, Frau Staatssekretärin, nicht den Schluss zu, dass die mehrseitige Zusammenfassung direkt aus dem Ministerium zum BUND geschickt wurde?

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Herr Kollege, denken Sie bitte daran, Ihre Zusatzfrage zu stellen.

Franz Obermeier (CDU/CSU):

Ja. – Deswegen nehmen wir diesen Vorgang ernst.

Simone Probst, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:

Herr Obermeier, wenn man das, was der BUND im Internet veröffentlicht hat, nachvollzieht, stellt man fest, dass es sich anscheinend um eine Abschrift der Unterlagen handelt, die der Abgeordnete Pilz verteilt hat. Es handelt sich – damit weise ich Ihre im Raum stehende Unterstellung ausdrücklich zurück – nicht um eine sachlich falsche Zusammenfassung der Studie. Die Studie ist nicht in die Öffentlichkeit gelangt. Das, was immer als ihre Zusammenfassung dargestellt wird, ist eine Information für die Leitung des Bundesumweltministeriums und insofern etwas anderes als eine Zusammenfassung dieser Studie. Das möchte ich klarstellen, ohne damit allerdings in Abrede zu stellen, dass wir auch diese Information für die Leitung des Hauses aus bestimmten Gründen als VS-Vertraulich eingestuft haben. Aber der Umfang und die Qualität der Darstellung der Studie – das haben Sie selbst eingesehen – sind unterschiedlich. (B) Dass es sich um sachlich falsche Informationen handelt, weise ich zurück.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Die Zeit ist schon überschritten. Als letzte Zusatzfrage lasse ich die des Kollegen Haibach zu.

Holger Haibach (CDU/CSU):

Frau Staatssekretärin, trotz allem bleibt immer noch die Frage: Wie ist diese Zusammenfassung – der Natur nach kann sie nur aus dem BMU gekommen sein – an die Öffentlichkeit gelangt? Es ist auch spannend, dass in der Zusammenfassung, die offensichtlich aus dieser Studie entstanden und an die Leitungsebene des Hauses weitergegeben worden ist, Wertungen enthalten sind und dass sie offensichtlich nicht ganz vollständig ist. Meine Frage lautet: Können Sie zumindest bestätigen, dass die Wahrscheinlichkeit, dass die Zusammenfassung dieser Studie nicht aus dem BMU gekommen ist, ausgesprochen gering ist?

Simone Probst, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:

Herr Kollege, wir sollten uns natürlich nicht im Bereich von Spekulationen bewegen. Es ist auch unser Interesse, zu erfahren, wie die Zusammenfassung einer Information über eine Studie, die für die Leitung des Hauses bestimmt ist, an die Öffentlichkeit gekommen ist. Genau deshalb haben wir das interne Ermittlungsver- (C) fahren eingeleitet; insofern sehe ich keinen Widerspruch zwischen unseren Interessen.

Ich weise Ihre Spekulationen zurück, insbesondere die Spekulation – ich bin mir nicht sicher, ob Sie die Studie im Original eingesehen haben –, dass es hier zu unrichtigen Bewertungen gekommen ist.

(Holger Haibach [CDU/CSU]: Ich meine die Zusammenfassung, nicht die Studie!)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Wir sind damit am Ende der Fragestunde. Die Fragen zu den Geschäftsbereichen, die heute nicht aufgerufen wurden, werden schriftlich beantwortet.

Die Aktuelle Stunde soll um 16.00 Uhr aufgerufen werden. Ich unterbreche daher die Sitzung. Der Wiederbeginn der Sitzung wird rechtzeitig durch Klingelsignal angekündigt.

(Unterbrechung der Sitzung von 15.46 bis 16.00 Uhr)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Die unterbrochene Sitzung ist wieder eröffnet.

Die Fraktionen der FDP und der CDU/CSU haben zu den Antworten der Bundesregierung auf die dringlichen Fragen zum Thema Kurswechsel in der Haushalts- und Finanzpolitik eine Aktuelle Stunde verlangt. Das entspricht Ziffer I.1 b der Richtlinien für die Aktuelle Stunde.

Ich rufe daher auf:

(D)

Aktuelle Stunde

Möglicher Kurswechsel in der Haushalts- und Finanzpolitik

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Kollege Jürgen Koppelin, FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Jürgen Koppelin (FDP):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit dem letzten Wochenende präsentieren uns die Regierung und die Regierungskoalition

(Hans Michelbach [CDU/CSU]: Wo ist denn der Minister?)

eine haushaltspolitische Debatte, die nur noch als führungslos, konzeptionslos und chaotisch bezeichnet werden kann. Zickzackkurs – diesen Begriff habe ich in der Presse gelesen – ist noch eine harmlose Bezeichnung.

Nach einer Spitzenrunde mit dem Bundeskanzler, dem Bundesfinanzminister, dem Fraktionsvorsitzenden Franz Müntefering sowie Außenminister Fischer darf der Außenminister der staunenden deutschen Öffentlichkeit nun verkünden, dass Sparen und Streichen kein Wachstum bringen und deshalb von diesem Kurs abgewichen werden muss.

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Von den Grünen ist keiner da!)

Jürgen Koppelin

(A) Eigentlich hätten wir den Außenminister herbeizitieren müssen, damit er sich dazu äußert.

(Hans Michelbach [CDU/CSU]: Wir wollen Herrn Clement sehen!)

Aber ich habe den Eindruck, der Herr Bundesaußenminister hat sich in der Haushaltspolitik dieser Regierung noch nie zurechtgefunden.

Zu den Aussagen des Bundesaußenministers können wir heute in der „taz“ lesen – das ist sehr interessant –, dass Haushalts- und Finanzpolitiker der Grünen diese und weitere Aussagen des Bundesaußenministers als „ziemlichen Stuss“ bezeichnet haben. Dazu kann ich nur sagen: Wo sie Recht haben, haben sie Recht.

Damit könnte man die Äußerungen des Bundesaußenministers eigentlich abhaken und zur Tagesordnung übergehen, wenn nicht fast stündlich Aussagen zur Haushaltspolitik aus dem Regierungslager kommen würden, mit denen dieser „Stuss“, den der Außenminister von sich gegeben hat, öffentlich unterstützt wird. Beispielhaft nenne ich den stellvertretenden SPD-Fraktionsvorsitzenden Poß. Nachdem ich in einer dpa-Meldung ein Interview mit ihm gelesen habe, kann ich nur das bestätigen, was ich eben gesagt habe. Aber auch der Saar-SPD-Chef Maas begrüßt die Abkehr von der Sparpolitik als ein „wichtiges Signal“. Bundeskanzler Schröder, der letzte Woche in der kleinen Koalitionsrunde die ganze Diskussion angestoßen hat, rudert nun zurück und erklärt, es bleibe beim Konsolidierungskurs. Vielleicht sind nun einige in der Koalition endlich aufgewacht,

(B)

(Manfred Grund [CDU/CSU]: Nein, die schlafen alle!)

nachdem die üblichen Verdächtigen wie DGB-Chef Sommer oder der ehemalige Finanzminister Oskar Lafontaine ebenfalls die Aufnahme neuer Schulden gefordert haben.

(Michael Glos [CDU/CSU]: Sie schämen sich!)

Man muss es aber schon als sehr mutig bezeichnen, dass die Koalition und vor allem der Bundesfinanzminister immer noch davon sprechen, sie würden am Sparkurs festhalten. Wer wie Bundesfinanzminister Eichel in seiner Amtszeit über 180 Milliarden Euro neue Schulden aufgenommen hat, der leidet anscheinend an Realitätsverlust, wenn er diese Schuldenaufnahme als Sparkurs bezeichnet.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Wer so viele Schulden wie Finanzminister Eichel aufgenommen hat, wer uns Haushaltspläne vorlegt, die verfassungswidrig sind und gegen die Maastricht-Kriterien verstoßen, wer wie der Bundesfinanzminister Eichel bei seinen Haushaltsplänen Einnahmen einplant, die unrealistisch sind, der betreibt keinen Sparkurs, sondern er dokumentiert der deutschen Öffentlichkeit, dass er haushaltspolitisch am Ende ist.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

(C) Der Bundesfinanzminister hat einen Haushalt beschließen lassen, der so unrealistisch ist, dass er auch in diesem Jahr an einem Nachtragshaushalt nicht vorbeikommen wird. Das bedeutet, dass er erneut zusätzliche Schulden machen muss. Mich interessiert, was uns dazu die Regierung sagen wird.

Es ist schon ein starkes Stück, wenn wir uns im Vermittlungsausschuss von der Regierung anhören müssen, dass das Koch/Steinbrück-Papier umgesetzt wird – dazu hat sie eine Erklärung abgegeben –, aber dann die Minister Stolpe, Trittin und Fischer bekannt geben, dass diese Zusage nicht mehr eingehalten wird. So spielen Sie nicht mit uns im Vermittlungsausschuss. Das, was gesagt worden ist, muss eingehalten werden. Darauf legen wir Wert.

Für uns als FDP ist jedoch wichtig: Eine Wende in der Haushaltspolitik muss kommen, aber als ein Bestandteil müssen bei Subventionen und Zuwendungen – wir haben unsere Konzepte vorgelegt – in einem ersten Schritt mindestens 20 Prozent gestrichen werden. Das wäre eine erste wichtige Maßnahme. Eine Streichung von 20 Prozent bei allen Subventionen würde im Bundeshaushalt erhebliche Einsparungen bringen. Leider hat die Koalition unsere Anträge bisher abgelehnt.

Der Bundeskanzler hat zwar erklärt, er wolle am Konsolidierungskurs in der Haushaltspolitik festhalten, aber wir sehen davon überhaupt nichts. Ich darf vor allem die beiden Vertreterinnen der Grünen daran erinnern, dass der Bundeskanzler zusätzliche Subventionen für die Steinkohle in Höhe von 15,8 Milliarden Euro zugesagt hat. Eine Konsolidierung sehe ich nicht. Es geht nur darum, neue Schulden zu machen.

(D)

Einer der Hauptverantwortlichen für diese Haushaltssituation ist nicht nur der Bundesfinanzminister, sondern auch der Bundeskanzler selbst.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Die Haushaltspolitik von Bundesfinanzminister Eichel ist eine einzige Geisterfahrt. Die Diskussion der letzten Tage – so finden wir jedenfalls – ist dafür ein Dokument. Diese Regierung löst keine Probleme, diese Regierung ist das Problem.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Bundeskanzler Schröder hat aufgegeben, und zwar zuerst den Parteivorsitz, dann die Agenda 2010 und jetzt auch noch die Haushaltskonsolidierung. Das ist jedenfalls unsere Auffassung.

(Michael Glos [CDU/CSU]: Sehr wahr!)

Die FDP ist davon überzeugt, dass eine Konsolidierung des Haushalts des Bundes durchaus möglich ist. Dazu braucht unser Land endlich eine Aufbruchstimmung und einen Neuanfang. Die rot-grüne Koalition ist zu einem Neuanfang nicht in der Lage. Wir brauchen eine neue Bundesregierung,

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Jürgen Koppelin

(A) die den Bürgern in unserem Lande die Wahrheit sagt und die Berechenbarkeit und Glaubwürdigkeit in der Finanz- und Haushaltspolitik wiederherstellt.

Vielen Dank für Ihre Geduld.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:
Das Wort hat der Parlamentarische Staatssekretär Karl Diller.

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Wo versteckt sich denn Herr Eichel?)

Karl Diller, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen:
Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das, was Kollege Koppelin vorgetragen hat, waren platte Sprüche.

(Zurufe von der CDU/CSU: Nein!)

Wie realitätsbezogen seine Ankündigung ist, die FDP sei bereit, 20 Prozent aller Subventionen zu streichen, haben wir gemerkt, als wir tage- und nächtelang in den vorbereitenden und entscheidenden Sitzungen des Vermittlungsausschusses saßen. Da wollte die FDP von Subventionskürzungen auf der Einnahmeseite überhaupt nichts wissen. Lesen Sie einmal nach, welche Zickzackpolitik Sie selber betreiben. Sie begreifen als Subventionen offenbar nur das, was auf der Ausgabenseite erscheint, weil das Ihre Klientel nicht betrifft. Wenn die Kürzung von Subventionen aber Ihre Klientel trifft, nämlich auf (B) der Einnahmenseite, dann sind Sie strikt gegen Subventionskürzungen.

(Dr. Wolfgang Gerhardt [FDP]: Was ist jetzt mit dem Sparkurs?)

Ich nenne Ihnen folgende Fakten: Die Konsolidierung des Bundeshaushaltes bleibt ein herausragendes Ziel der Finanzpolitik, denn ohne nachhaltige Konsolidierung gibt es kein Wachstum und umgekehrt gibt es ohne Wachstum keine großen Fortschritte bei der Konsolidierung.

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Da verzeichnet das Protokoll: Gelächter im ganzen Hause!)

Wachstum und Konsolidierung gehören untrennbar zusammen. Wir haben seit 1999 mit dem ersten Sparpaket von 20 Milliarden Euro, das immer noch jedes Jahr wirkt, eine Sparpolitik betrieben, die wir fortsetzen. Wir haben Strukturreformen unter der Überschrift der Agenda 2010 auf den Weg gebracht und wir haben konjunkturelle Impulse gesetzt, was Sie von der Opposition nie geschafft haben;

(Lachen bei der CDU/CSU)

denn während Ihrer Regierungszeit waren der Eingangssteuersatz und der Spitzensteuersatz astronomisch hoch.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Lügen haben kurze Beine!)

(C) Während unserer Regierungszeit haben wir den Spitzensteuersatz und den Eingangssteuersatz auf ein historisch niedriges Niveau gebracht. Diese Politik werden wir fortsetzen.

(Zuruf von der CDU/CSU: Das kann man doch nur als Drohung empfinden!)

Zur Konjunktur möchte ich Folgendes bemerken: Es gibt gute Anzeichen eines konjunkturellen Aufschwungs. Die äußeren Kriterien sind außerordentlich günstig.

(Lachen bei der CDU/CSU – Hans Michelbach [CDU/CSU]: Wo leben Sie denn? – Dietrich Austermann [CDU/CSU]: In Trier und Umgebung! – Reinhard Grindel [CDU/CSU]: In Amerika!)

Die kurz- und langfristigen Nominalzinsen sind sehr niedrig, die Preise sind sehr stabil, die Lohnstückkostenentwicklung ist außerordentlich moderat und die Absatz- und Gewinnperspektiven der Unternehmen sind günstig. Schauen Sie sich, wenn Sie abends nach Hause kommen, die Videotexttafel 703 mit den Wirtschaftsnachrichten an. Dann sehen Sie die Zahl der positiven Meldungen, die dort in den Überschriften zusammengeführt werden.

(Hans-Peter Repnik [CDU/CSU]: Ein neuer Pleitenrekord!)

Die weltwirtschaftlichen Perspektiven werden ebenfalls als sehr günstig eingestuft.

(Hans Michelbach [CDU/CSU]: Totaler Realitätsverlust!) (D)

Wir haben das typische Ablaufmuster der Konjunktur zu erwarten: Über die Belebung der Weltkonjunktur werden sich bei uns insbesondere die Ausrüstungsinvestitionen positiv entwickeln.

(Zustimmung bei der SPD – Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Das glaubt er selbst nicht!)

Wir werden die abwartende Haltung der Konsumenten noch zu überwinden haben. Das wird unsere gemeinsame Aufgabe sein. Dabei ist das, was infolge der Obstruktionspolitik der CDU/CSU und der FDP im Vermittlungsausschuss von Bundesrat und Bundestag beschlossen wurde, sehr hinderlich.

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Das ist ja unglaublich!)

Wenn Sie nämlich unserem Vorschlag gefolgt wären, die für das Jahr 2005 vorgesehene Stufe der Steuerreform vollständig auf das Jahr 2004 vorzuziehen, dann hätten wir ein wesentlich stärkeres Wirtschaftswachstum. Das haben Ihnen die wissenschaftlichen Institute vor wenigen Tagen noch einmal deutlich ins Stammbuch geschrieben. Sie betreiben im Bundesrat eine katastrophale Obstruktionspolitik, die aufhören muss, damit es wirtschaftlich aufwärts geht.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Reinhard Grindel [CDU/CSU]: Lesen Sie erst einmal die Teile, die für

Parl. Staatssekretär Karl Diller

(A) Sie bestimmt waren! Dann haben Sie genug zu tun!)

Zum Haushalt 2004 will ich anmerken, dass uns die Bundesbank mitgeteilt hat, dass sie statt eines erwarteten Gewinns in Höhe von 3,5 Milliarden Euro nur knapp 250 Millionen Euro überweisen wird. Damit verfügt der Haushalt 2004 über keine stillen Reserven mehr. Hinsichtlich der Steuereinnahmen und der Arbeitsmarktpolitik bestehen weitere Risiken, die es abzuwarten gilt.

(Zuruf von der CDU/CSU: Taschenspielertricks!)

Für den Haushalt 2005 haben wir uns auf europäischer Ebene verpflichtet, das Maastricht-Kriterium einzuhalten, das heißt, die Neuverschuldung darf 3 Prozent vom Bruttoinlandsprodukt nicht übersteigen. Mit den eingeleiteten Maßnahmen kann dies gelingen, auch wenn sich die wirtschaftlichen Daten des Jahres 2004 als Basiseffekt auf das Jahr 2005 auswirken werden. Dadurch wird es schwieriger, das Maastricht-Kriterium zu erfüllen.

Für den Bundeshaushalt 2005 wird auch die in Art. 115 Grundgesetz festgelegte Obergrenze einzuhalten sein. Das erfordert, dass der Bund seinen konsequenten Konsolidierungskurs weiter beibehält.

(Friedrich Merz [CDU/CSU]: Das ist eine einzige Karikatur, die Sie da vorne abgeben!)

Lassen Sie mich noch einmal deutlich zum Ausdruck bringen, dass wir in dem Gesamtdreiklang von Wirt- (B) schaftswachstum, Haushaltskonsolidierung und Reformen insbesondere auf Wachstum setzen. Dazu dient die vom Bundeskanzler angekündigte Initiative, die Innovationen in unserem Land stärker zu fördern.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Norbert Lammert)

Die Wirtschaftsinstitute haben das empfohlen, was wir Ihnen schon vor einem Jahr vorgeschlagen haben, nämlich die Eigenheimzulage komplett zu streichen. Die Wirtschaftsinstitute legen Ihnen das noch einmal ausdrücklich nahe. Wir wollen Ihnen vorschlagen, die damit verbundenen Einsparungen ausschließlich für die Erhöhung der Ausgaben für Bildung und Forschung zu verwenden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Laurenz Meyer [Hamm] [CDU/CSU]: Da haben Sie aber nicht viel in diesem Jahr!)

Das ist den Gemeinden ebenso möglich wie den Ländern und dem Bund. Denn alle drei Ebenen würden von der Streichung der Eigenheimzulage profitieren.

(Manfred Grund [CDU/CSU]: Am meisten „profitiert“ davon die Bauwirtschaft!)

Alle Ebenen gemeinsam könnten eine Politik gestalten, die nicht länger auf Investitionen in Beton, sondern in die Köpfe unseres Landes ausgerichtet ist. Wir laden Sie ein, diesen Weg mit uns gemeinsam zu gehen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

(C) **Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:**

Das Wort hat nun der Kollege Friedrich Merz, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Friedrich Merz (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wer sich gewünscht hat, dass ein kurzes Schlaglicht auf den Zustand der Bundesregierung fällt, für den wurde innerhalb der sieben Minuten Ihres Redebeitrags erkennbar, Herr Staatssekretär, wie dieser Zustand aussieht.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Sichtbar wurde eine Regierung im Wachschlaf, im Dämmerzustand. Was Sie abgeliefert haben, ist eine Zumutung.

Auf der Regierungsbank ist nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland vertreten. Es ist ein jämmerlicher Zustand, in dem Sie sich in der Debatte über ein so ernsthaftes Thema präsentieren!

(Lebhafter Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Kein Einziger der für die dramatische Lage unseres Landes zuständigen Bundesminister hat es nötig, an der Aktuellen Stunde zu diesem Thema im Parlament teilzunehmen. Was Sie mit uns allen machen – mit dem Parlament, der deutschen Öffentlichkeit, der deutschen Volkswirtschaft und allen Menschen, die noch an diesem Land Interesse haben –, ist eine bare Zumutung. Eine so miserable Regierung wie diese hat das Land in seiner (D) neueren Geschichte bislang nicht gehabt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Gestern berichtete die Presse darüber, dass sich der Regierungssprecher und sein Kollege aus dem Bundesfinanzministerium vor der Bundespressekonferenz verabredet hätten: „Du sagst nichts und ich mache den Autisten.“

(Heiterkeit bei der CDU/CSU)

Der „Brockhaus“ führt unter „Autismus“ Folgendes auf:

> Bezeichnung für psychotische (meist schizophrene) Persönlichkeitsstörungen, die durch extreme Selbstbezogenheit und Insichgekehrtheit sowie durch fantastisch-traumhaftes … und affektiv-impulsives Denken und Sprechen gekennzeichnet sind.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU – Joachim Poß [SPD]: Das ist eine gute Selbstbeschreibung! Sie sind ein Beispiel dafür!)

Eine bessere Zustandsbeschreibung der Regierung kann man nirgendwo finden.

Jenseits aller parteipolitischen Auseinandersetzungen, die wir auszutragen haben, sage ich Ihnen in der Sache Folgendes: Herr Staatssekretär, Sie haben – das ist das Gleiche, was Ihr neuer Chefvolkswirt, der Bundesaußenminister, dieser selbst ernannte Hobbyökonom, im „Spiegel“ von sich gegeben hat; offensichtlich scheint das der neue Sprachgebrauch der Bundesregierung zu

Friedrich Merz

(A) sein – von einem „typischen konjunkturellen Ablaufmuster“ gesprochen. Ich bin angesichts dessen, was wir von Ihnen gehört haben, geneigt, zu sagen, dass dies das typische strukturelle Auslaufmuster ist. Aber zur Sache selbst: Wir haben es in Deutschland nicht mit einem konjunkturellen Problem, sondern mit einem tief greifenden strukturellen Problem auf dem Arbeitsmarkt und beim Wachstum zu tun. Ihr Glaube, dass Sie die Probleme, die Sie selbst verursacht haben, in den nächsten Wochen, Monaten oder sogar Jahren lösen, indem Sie nur darauf vertrauen, dass die Weltkonjunktur wieder anspringt, ist ein Irrglaube. Es ist ein grundlegender Fehler, so etwas überhaupt zu denken.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Das zeigt ebenfalls, dass Sie das eigentliche Problem überhaupt nicht verstanden haben. Die Weltwirtschaft wächst in diesem Jahr um 4,5 Prozent. Warum wächst die deutsche Wirtschaft nicht wenigstens halb so stark? Warum liegt Deutschland in der gesamten alten Europäischen Union mit 15 Mitgliedstaaten noch immer am Ende bei den Wachstumserwartungen? Mit Verlaub, warum hat Deutschland mittlerweile – abgesehen von den vier Ländern Italien, Spanien, Portugal und Griechenland – das geringste Pro-Kopf-Einkommen in der gesamten alten Europäischen Union? Zehn Mitgliedstaaten der alten Europäischen Union haben mittlerweile ein höheres Pro-Kopf-Einkommen als Deutschland. Das ist doch kein konjunkturelles Problem, sondern ein schwerwiegendes strukturelles Problem. Herr Staatssekretär, dieses Problem hat nichts mit der Opposition, sondern etwas mit der Regierung zu tun, die es in fünfeinhalb Jahren ihrer Verantwortung nicht geschafft hat, das Land wieder auf Kurs zu bringen. Das liegt nicht daran, dass Sie über den richtigen Kurs in der Wirtschafts- und der Finanzpolitik streiten, sondern daran, dass Sie gar keinen haben.

(B)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vor diesem Hintergrund sind Vermutungen darüber, ob es in der besagten nächtlichen Sitzung vom letzten Mittwoch – Sie haben ja versucht, zu bestreiten, dass sie überhaupt stattgefunden hat – zu einem Kurswechsel gekommen ist, völlig fehl am Platz. Es hat keinen Kurswechsel gegeben. Weil Ihnen die Probleme mittlerweile über den Kopf wachsen, hat vielmehr eine Krisensitzung stattgefunden, an der derjenige, der eigentlich der Shootingstar der zweiten Regierung Schröder sein und mithelfen sollte, die Probleme zu lösen, gar nicht teilgenommen hat. Ich möchte Ihnen jenseits aller politischen Auseinandersetzungen ehrlich sagen: Die Art und Weise, wie in Ihrer Regierung – auch durch den Herrn Bundeskanzler – mit einigen Mitgliedern des Kabinetts in menschlicher Hinsicht umgegangen wird, ist gelinde gesagt eine persönliche Sauerei.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Schlussbemerkung: Dass Herr Clement solche unausgegorenen Vorschläge macht wie den Vorschlag betreffend den Sparerfreibetrag, ist nur die Spitze des Eisberges.

(Joachim Poß [SPD]: Haben Sie das nicht auch vorgeschlagen?)

(C) – Herr Poß, ich habe ebenfalls vorgeschlagen, den Sparerfreibetrag zu reduzieren. Wenn man das aber macht, dann muss man auch die Steuern senken und darf nicht mit den zu erwartenden Mehreinnahmen die Haushaltslöcher stopfen, die Sie mit Ihrer Politik zusätzlich verursacht haben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Herr Diller, Sie haben sich diesen Vorschlag offenbar zu Eigen gemacht. Ich gebe Ihnen nur zu bedenken: Wenn Sie die Eigenheimzulage streichen, dann erzielen Sie im nächsten Jahr so viele Steuermehreinnahmen, wie die Bundesregierung pro Woche an zusätzlichen Schulden macht. Hören Sie bitte auf, die Öffentlichkeit in Deutschland für dumm zu verkaufen! Ich könnte auch einen anderen Ausdruck verwenden. Da dieser aber unparlamentarisch ist, verzichte ich darauf. Sie alle wissen ja, was ich meine und wie Sie sich verhalten.

Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU – Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:
Ich erteile das Wort der Kollegin Anja Hajduk, Bündnis 90/Die Grünen.

(Jürgen Koppelin [FDP]: Wo ist Joschka? – Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Wir wollen so gern den Außenminister hören!)

Anja Hajduk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
(D) Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Merz, Sie haben sicherlich ein rhetorisches Feuerwerk abgebrannt.

(Lebhafter Beifall bei der CDU/CSU – Beifall bei der FDP)

Aber die Bierzeltatmosphäre, die sich in Ihren Reihen ausbreitet, wird unser Land auch nicht voranbringen.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Dr. Peter Ramsauer [CDU/CSU]: „Auch nicht“? Was heißt „auch“?)

Was Sie eben zur Lösung unserer Schwierigkeiten zu sagen hatten, das war verdammt wenig.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Es wurde die Frage gestellt, ob es – da teile ich bis zu einem gewissen Grad die Einschätzung meines Vorredners – einen Kurswechsel gegeben hat, als letzte Woche regierungsintern diskutiert wurde. Das war Gegenstand der Berichterstattung. Ich sage ganz bescheiden: Das war kein Kurswechsel, sondern eine Auseinandersetzung, in der es darum ging, sich die ziemlich dramatische Lage, in der wir und unsere Regierung stecken, zu vergegenwärtigen.

(Zurufe von der CDU/CSU: Oh! – Dr. Andreas Schockenhoff [CDU/CSU]: Diller hat doch gesagt: Es geht aufwärts!)

Anja Hajduk

(A) Mit Blick nicht nur auf 2004, sondern auch auf 2005 haben wir es wahrscheinlich mit großen Steuerausfällen zu tun. Genaue Zahlen werden wir im Rahmen der Maisteuerschätzung hören. Zuzugeben ist: Das ist nicht erfreulich. Ich teile im Übrigen eine sehr ausgewogene Einschätzung, die der CSU-Kollege Faltlhauser in einem Interview gegeben hat – Sie sehen, ich zitiere Unionskollegen durchaus gerne; ich habe da keine Scheu –:

(Hartmut Schauerte [CDU/CSU]: Die sind ja auch besser als die anderen!)

Es geht nicht so sehr darum, ob ein Finanzminister im Rahmen eines Konsolidierungskurses einmal ein Ziel verfehlt, sondern darum, ob man sich weiter zur Haushaltsdisziplin bekennt.

(Michael Glos [CDU/CSU]: Bis jetzt hat er Recht!)

Für unsere Seite möchte ich ganz deutlich sagen: Wir werden weiterhin eine strikte Haushaltsdisziplin brauchen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD – Hartmut Schauerte [CDU/CSU]: „Weiterhin“?)

Ich weiß, dass es Minister gibt, die gerne etwas strittig stellen. Es ist nichts Neues, dass Fachminister etwas strittig stellen, bevor das Kabinett entscheidet. Ich wiederhole: Wir werden weiterhin Haushaltsdisziplin brauchen. Außerdem werden wir uns von lieb gewonnenen Gewohnheiten verabschieden müssen.

(B) Herr Merz, Sie haben die Frage der Abschaffung der Eigenheimzulage allzu sehr verniedlicht. Damit bin ich nicht einverstanden. Es ist typisch für unser Land, dass wir nicht den Mut aufbringen, lieb gewonnene Subventionen – es sich handelt sich um die größte, die wir vergeben; in Spitzenzeiten hatte sie einen Gesamtumfang von über 10 Milliarden Euro – abzubauen. Das ist ein Skandal. Das trifft auch Sie; denn Sie müssen bei der Lösung der Probleme mitmachen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Es geht nicht darum, ob wir im ersten Jahr hier nur einen kleinen Fortschritt erreichen, sondern um eine längerfristige Perspektive. Sie sind in der Pflicht, mitzumachen. Wir wollen lieb gewonnene Gewohnheiten aufgeben, nicht um zu sparen und zu streichen, sondern um neue Beweglichkeit herzustellen.

Die Regierung hat einen verfassungsgemäßen Haushalt 2005 aufzustellen. In Anbetracht der Entwicklung der Steuereinnahmen wird das sehr schwierig. Ich finde es richtig, dass wir Investitionen in Bildung und in andere Zukunftsaufgaben nicht einfach streichen. Man muss auch in so schweren Zeiten eine Balance finden und Prioritäten setzen. Das ist die wichtigste Aussage, die gemacht wurde, als es in diesen Tagen um die Frage ging, ob wir vom Sparkurs abweichen wollen. Wir werden weiterhin äußerste Disziplin im gesamten Haushalt brauchen und wir werden zur Lösung wichtiger Zukunftsaufgaben Prioritäten setzen.

(C) (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Sie haben den schweren Vorwurf erhoben, wir hätten das Land in diese – zugegebenermaßen schwierige – Situation gebracht.

(Heinz Seiffert [CDU/CSU]: Das stimmt ja wohl!)

Was ist eigentlich Ihr Anteil – Sie geben zu, dass auch in Ihrer Regierungszeit die eine oder andere Strukturreform nicht durchgeführt worden ist – an dieser schwierigen Situation? Worin besteht zurzeit eigentlich Ihre Unterstützung? Zum Subventionsabbau habe ich schon etwas gesagt. Sie haben sich damit gebrüstet, sich bei den Landwirten lieb Kind gemacht zu haben und den kompletten Bereich der Landwirtschaft außen vor zu lassen.

(Jürgen Koppelin [FDP]: Steinkohle!)

Sie zeigen eine große Zögerlichkeit – Herr Merz macht zwar manchmal anders lautende Vorschläge –, wenn wir an die Eigenheimzulage herangehen. Gerade hat schon wieder ein Kollege ironisch dazwischengerufen: Davon würde besonders die Bauwirtschaft profitieren!

(Dirk Niebel [FDP]: Wie ist es denn mit der Steinkohle?)

Es ist das typische Hickhack. Es ist das typische Hin und Her. Sie sind uns im letzten Herbst bei entscheidenden Schritten zum Subventionsabbau nicht gefolgt. Das ist Fakt.

(D) (Hans Michelbach [CDU/CSU]: Reden Sie mal von der Steinkohle!)

Jetzt kommt die Spitze: Beim Streit um Hartz IV haben Sie gepokert mit dem Ziel, eine der größten Reformen im Bereich des Arbeitsmarktes – Sie werfen uns vor, wir täten in dem Bereich zu wenig – lieber scheitern zu lassen als zu akzeptieren, dass wir da einen großen Schritt vorankommen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD – Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Das ist doch beschlossen! Was soll denn das?)

Ihnen wäre es lieb, wenn die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe nicht zum 1. Januar 2005 käme. Das empfehlen Sie uns. Daran sieht man: Sie sind erfolgreich im Blockieren. Das ist nicht zum Guten unseres Landes.

Wir wissen, dass wir eine schwere Zeit zu meistern haben und dass wir nicht fehlerfrei sind; aber Ihre Blockadeposition, mit der Sie uns in die Enge treiben wollen, nützt diesem Land gar nichts.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort hat nun der Kollege Günter Rexrodt, FDP-Fraktion.

(A)

Dr. Günter Rexrodt (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Kollegin Hajduk, es ist wenig überzeugend, wenn Sie verkünden, dass der Konsolidierungs- und Sparkurs beibehalten wird. Faktum ist zunächst einmal, dass Herr Fischer in seiner Eigenschaft als selbst ernannter Haushaltsminister in nöliger und missmutiger Form verkündet hat, es gehe nicht mehr so weiter wie bisher, und dass es dann zu einem riesigen Missmanagement der Bundesregierung kam. Faktum ist, dass diese Äußerungen von Herrn Fischer wiederum dazu angetan sind, Zweifel daran aufkommen zu lassen, ob es eine konsistente und Vertrauen erweckende Politik gibt, wie sie gebraucht wird.

(Peter Dreßen [SPD]: Das hätten Sie gern!)

Diese Äußerungen von Herrn Fischer stehen in einer Reihe mit dem Durcheinander bei der Gesundheitsreform, mit der Drohkulisse, die mit der Vermögensteuer und der Erbschaftsteuer immer wieder aufgebaut wird, mit dem Durcheinander bei der Steuerreform und mit der Ausbildungsplatzabgabe, über die Sie ständig diskutieren und die nun Gesetz werden soll. Das Neueste ist die Frage, ob der Sparerfreibetrag wegfallen soll. Wie wollen Sie mit einer solchen Politik – dazu gehören die Äußerungen von Herrn Fischer, es gehe mit dem Sparen und Konsolidieren so nicht mehr weiter – die Menschen überzeugen und den Mittelstand dazu bringen, zu investieren? Das geht nicht. Das ist Missmanagement. Das ist schlechte Politik. Das ist ein Beispiel dafür, dass Sie auch mit der Haushaltspolitik und mit der Bestimmung des Kurses in der Haushaltspolitik Menschen verwirren und vom Investieren abhalten.

(B)

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Faktum bei der Verschuldungspolitik ist, dass Sie bei der Verletzung der Kriterien von Maastricht wenigstens noch ein schlechtes Gewissen gehabt und den Anschein zu erwecken versucht haben, die Dinge auf die Reihe bringen zu wollen.

Wenn Sie den Spar- und Konsolidierungskurs aufgeben oder in Zweifel ziehen, dann ist das eine offene Kapitulation. Dass Sie faktisch längst kapituliert haben, sehen wir daran, dass die Nettoneuverschuldung von 1998 – sie betrug damals 29 Milliarden Euro – bis 2003 auf 38 Milliarden Euro gestiegen ist. Für dieses Jahr, 2004, gibt es zwar eine Planzahl von 29 Milliarden Euro. In Wirklichkeit wird die Neuverschuldung jedoch zwischen 40 und 50 Milliarden Euro betragen. Das ist eine Situation, in der sich die Bundesrepublik Deutschland noch nie befunden hat.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir haben ein Rezept dafür geliefert, wie man die Dinge Schritt für Schritt in den Griff bekommen kann: Wir wollen in den nächsten sieben Jahren die Subventionen auf null bringen. Wir wollen den Subventionsabbau entschieden in Angriff nehmen, das heißt an die Finanzhilfen und die Steuervergünstigungen herangehen. Wir werden auf diese Weise 20 Milliarden Euro freisetzen, die dann zu einer entsprechend geringeren Nettoneuverschuldung führen.

(C)

Meine Damen und Herren von der SPD und von den Grünen, Sie wollen auf der einen Seite Reformer sein und Konsolidierungspolitik betreiben, sich damit den Anspruch erwerben, etwas für die Zukunft Deutschlands zu tun, und damit auch beim Wähler ankommen. Auf der anderen Seite wollen Sie sich natürlich nicht vorwerfen lassen, Sie seien Totengräber des sozialen Ausgleichs oder der sozialen Gerechtigkeit.

Aber beides kriegen Sie eben nicht richtig zusammen. Das ist, objektiv betrachtet, auch schwer; das gebe ich zu. Sie bekommen es aber deshalb nicht zusammen, weil Sie keine konsistente Politik machen, weil Sie so viele handwerkliche Fehler machen und weil Sie, meine Damen und Herren, von der Sinnhaftigkeit dieser Reformen, die notwendig sind, nicht durchdrungen sind.

(Dr. Wolfgang Gerhardt [FDP]: So ist es!)

Jedenfalls große Teile Ihrer Partei sind von der Sinnhaftigkeit dieser Reformen nicht durchdrungen. Das ist das eigentliche Problem. Das ist bei der Sozialdemokratie und bei den Grünen der Fall.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die Reformpolitik, die Sie in den letzten zwei bis drei Jahren gemacht haben, mussten Sie deshalb machen, weil Sie eine Landtags- und Kommunalwahl nach der anderen verloren haben. Deshalb haben Sie diese Reformen angeleiert. Jetzt bekommen Sie aber Ärger von anderer Seite. Deshalb haben Sie sich den Herrn Müntefering zum Parteivorsitzenden gewählt. Der soll die Dinge auf die Reihe bringen. Aber wie soll man zukunftsorientierte Reformen auf der einen Seite und Zustimmung bei den Menschen, die Sie ja mitnehmen wollen – das ist wohl Ihr Anliegen –, auf der anderen Seite mit einer so schlechten, handwerklich verfehlten Politik auf die Reihe bringen? An diesem Problem können Sie sich nicht vorbeimogeln. Die Nörgler sitzen an vielen Stellen. Herr Müntefering wird niemanden aufhalten oder überzeugen können.

(D)

(Zuruf von der SPD: Warten Sie es ab!)

Viele Minister – das lesen wir ja auch in der Zeitung – haben im Übrigen die Faxen dicke mit der Sparpolitik. Meine Damen und Herren, Sie sind zerstritten und innerlich nicht gefestigt. Eine von einer Koalition getragene Regierung, die nicht bezüglich Sparkurs und Reformpolitik gefestigt ist, kann nicht überzeugen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Weil Sie gefällig sein wollen – die Bundestagswahlen kommen näher –, werden Sie am Ende auch wieder zusätzliche Schulden machen.

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:

Herr Kollege!

(A)

Dr. Günter Rexrodt (FDP):
Da können Sie so viel erzählen, wie Sie wollen: Es wird so sein. In diesem Jahr sind es 45 Milliarden, auch in den nächsten Jahren wird es sich um hohe zweistellige Beträge handeln. Ich erinnere daran, dass Sie ursprünglich einmal vorhatten, im Jahre 2006 die Staatsverschuldung auf null zurückzuführen.

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:
Herr Rexrodt, es hilft alles nichts.

Dr. Günter Rexrodt (FDP):
Wir sind im Jahre 2004 aber noch bei 45 Milliarden.

Das ist, meine Damen und Herren, keine glaubwürdige Politik. Diese Politik ist darauf angelegt, den Mittelstand und die Konsumenten zu verunsichern.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:
Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich weise aus gegebenem Anlass noch einmal darauf hin, dass wir in unseren Richtlinien für die Aktuelle Stunde eine eindeutige Regelung haben. In der Ziffer 7 heißt es da:

> Der einzelne Redner darf nicht länger als fünf Minuten sprechen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich hoffe, es leuchtet jedem ein, dass diese Formulierung selbst dem gutwilligsten Präsidenten nur einen begrenzten Interpretationsspielraum eröffnet.

(B)

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der SPD – Dr. Peter Ramsauer [CDU/CSU]: Wie lange darf der Präsident reden?)

Nun erteile ich dem Kollegen Poß für die SPD-Fraktion das Wort.

Joachim Poß (SPD):
Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch diese Aktuelle Stunde beweist, die Nörgler und Schlechtredner sitzen bei der Opposition,

(Beifall bei der SPD – Lachen bei der CDU/CSU)

egal ob sie Rexrodt oder Merz heißen. Der Erregungszustand bei Ihrer Rede vorhin, Herr Merz, wirft ein bezeichnendes Licht auf die Situation von CDU/CSU und auf Sie selber. Wir haben ja hier die Selbstbeschreibung eines pathologischen Falles mit dem Vokabular des „Brockhaus“ erlebt. Mehr war das nicht.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Auch Herr Rexrodt muss sich der Verantwortung stellen, die er in der Vergangenheit getragen hat.

(Zuruf von der SPD: So ist das!)

Er hat nämlich Verantwortung für die falsche Finanzierung der deutschen Einheit getragen. Er hat wie Herr Merz Verantwortung dafür getragen, dass die steuerliche Entlastung in diesem Jahr nicht größer ausgefallen ist. Die beiden Herren tragen Verantwortung dafür, dass wir beim Subventionsabbau noch nicht weiter gekommen sind. Auch da haben sie nämlich blockiert. So sieht die Realität aus. Das ist die Wahrheit!

(C)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir, meine Damen und Herren, bleiben auf unserem Kurs.

(Lachen und Widerspruch bei der CDU/CSU – Laurenz Meyer [Hamm] [CDU/CSU]: Gott bewahre!)

Mit Maßnahmen wie den Konsolidierungsmaßnahmen im Zuge des Zukunftsprogramms 2000 bis hin zum Haushaltsbegleitgesetz im letzten Jahr hat es die Regierungskoalition geschafft, die Entwicklung der Bundesausgaben unter Kontrolle zu halten, Herr Haushälter Rexrodt.

(Zustimmung bei der SPD – Lachen bei der CDU/CSU)

Die Gesamtausgaben des Bundes sind im Zeitraum von 1999 bis 2003 um durchschnittlich 1 Prozent pro Jahr gestiegen. Das heißt, die Ausgaben sind real rückläufig. Die Haushaltsprobleme haben ihren Grund ausschließlich darin, dass wegen wirtschaftlicher Stagnation in drei aufeinander folgenden Jahren die Steuereinnahmen seit geraumer Zeit wegbrechen.

(Zuruf von der CDU/CSU: Woher kommt das denn?)

(D)

Das gilt nicht nur für den Bund, sondern auch für die Länder und die Kommunen. Das ist die schwierige Situation, die die Kollegin Hajduk beschrieben hat.

Alle Versuche von Hans Eichel und der Koalition, durch die Streichung von ungerechtfertigten Steuervergünstigungen und den verstärkten Kampf gegen Steuerhinterziehung die Steuerbasis der öffentlichen Haushalte zu verbessern, sind von Ihrer Mehrheit im Bundesrat blockiert worden. Das ist die Wahrheit!

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wer im Bundesrat die Mehrheit hat, ist mit verantwortlich für die Geschicke Deutschlands. Sie haben diese Verantwortung mit Ihrer Blockadepolitik verraten. Da können Frau Merkel und Herr Stoiber noch so viele staatstragende Sonntagsreden halten: Alles, was konkretes Handeln bedeutet hätte, haben Sie blockiert.

(Zuruf von der SPD: Sonthofen lässt grüßen!)

Sie haben das Steuervergünstigungsabbaugesetz pauschal als Steuererhöhung diskriminiert. Damit haben Sie Verunsicherung bei den Bürgern erzeugt. Das fällt in Ihre Verantwortung, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das, was die CDU/CSU und die FDP als Alternative präsentieren, nämlich zum Beispiel eine Staatsquote von unter 40 Prozent, würde die wirtschaftliche, finanzielle

Joachim Poß

und soziale Situation in Deutschland nur noch weiter verschärfen. Es hätte den Abschied vom sozialen Ausgleich in der Bundesrepublik Deutschland und die flächendeckende Verrottung der staatlichen Infrastruktur im Osten wie im Westen zur Folge.

Wenn die dreijährige Stagnation, Herr Merz, allein das Ergebnis vermeintlich schlechter Regierungspolitik sein soll, warum gibt es dann Wachstumseinbrüche nicht nur in Deutschland, sondern auch in den Volkswirtschaften aller vergleichbaren europäischen Industriestaaten?

(Widerspruch bei der CDU/CSU)

Lange hieß es: „Schaut auf die Niederlande; sie haben frühzeitig die Zeichen der Zeit erkannt.“ Im letzten Jahr ist in den Niederlanden das Bruttoinlandsprodukt um 0,7 Prozent gesunken; für dieses Jahr erwarten die Wirtschaftsforschungsinstitute eine Steigerungsrate, die nur halb so hoch ist wie die, die in Deutschland erwartet wird. Die Wirtschaftsleistung im gesamten Euroraum hat 2003 nur um 0,4 Prozent zugenommen. Ähnliche wirtschaftliche Probleme und ähnliche gravierende Haushaltsprobleme gibt es fast im gesamten Euroraum, ob in den Niederlanden, in Frankreich oder in Italien; selbst Großbritannien hat mittlerweile Defizitprobleme, die in Brüssel zu einem Defizitverfahren führen werden.

Wir haben gegengesteuert mit dem Prozess der Agenda 2010 und auch mit unserer Haushaltspolitik, indem wir die Zukunftsinvestitionen – Bildung, Forschung, Förderung von Familien – gestärkt haben. Diese Prioritäten setzen wir auch im nächsten Jahr.

(Beifall bei der SPD)

Wir bleiben in den langen Linien unserer Politik, auch wenn wir durch eine dreijährige Stagnation zurückgeworfen worden sind. Sie haben auch heute wieder keine Alternativen dazu geboten. Wir sind auf dem richtigen Kurs!

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Lachen bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:
Nächster Redner ist der Kollege Peter Ramsauer, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dr. Peter Ramsauer (CDU/CSU):
Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe vor wenigen Stunden eine Agenturmeldung in die Finger bekommen, deren Überschrift lautet: „Müntefering kritisiert Indiskretionen in der Koalitionsspitze“. Da liest man ja gerne weiter, was Müntefering am eigenen Laden kritisiert. Es heißt dann in der Meldung, er habe „beklagt, dass über das vertrauliche Gespräch zur Haushaltspolitik in der vergangenen Woche bei Bundeskanzler Gerhard Schröder … einer geplappert“ habe. Es würde uns interessieren, wer das war,

(Zuruf von der FDP: Fischer! – Jürgen Koppelin [FDP]: Eichel!)

ob es zutrifft, dass es der Außenminister – oder der Chefökonom –, Joschka Fischer, war. Dann heißt es weiter: „Damit habe man der Opposition eine Vorlage geliefert.“

Stimmt! Aber wir sind längst schon selbst darauf gekommen, in welch marodem Zustand diese Regierung ist.

(Michael Glos [CDU/CSU]: Sehr wahr!)

Dass die Präsenz in der Opposition heute ein Vielfaches von dem beträgt, was sich von der rot-grünen Koalition hergetraut hat, ist ein wahrheitsgemäßes Abbild der Umfragewerte, die wir zurzeit in Deutschland haben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

In der Agenturmeldung kommt es aber noch schlimmer. Müntefering wird weiter zitiert mit einem scheußlichen Wort aus der Fäkalsprache, das ich in diesem Hohen Hause nicht gebrauchen möchte.

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]: „Scheiße“ hat er gesagt!)

Es heißt: „‚…, dass das jetzt öffentlich diskutiert wird‘, habe Müntefering nach Teilnehmerangaben geschimpft.“ Das kann ich mir vorstellen. Aber ich kann nur sagen: selbst hineingeritten!

Wir werden von den Menschen im Land und von Journalisten natürlich oft gefragt: Was würdet ihr denn anders machen, wenn ihr an der Regierung wärt?

(Dr. Thea Dückert [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Gute Frage! – Zurufe von der SPD: Ja!)

– Ja, das wird hier genügend ausdiskutiert. Aber ich darf Ihnen sagen, wie meine erste Antwort immer lautet: Vor allen Dingen hätten wir Ende 1998 und 1999 nicht unsere eigenen Reformen zurückgenommen. Das ist das Erste, was Sie damals getan haben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Was ist 1998 passiert? Die SPD und die Grünen haben der Bevölkerung in Deutschland Sand in die Augen gestreut. Sie haben sie glauben gemacht, unser Land bedürfe keiner Reformen und die Reformen, die unter der Kohl-Regierung 1995, 1996 und 1997 durchgeführt wurden – sie waren in der Tat schmerzhaft –, seien nur aus vorsätzlicher Böswilligkeit gegenüber dem Volk gemacht worden. Leider Gottes hat diese Behauptung gefruchtet, weil damals das Bewusstsein für notwendige Reformen vielleicht noch nicht in dem Maße vorhanden war, wie es heute der Fall ist. Sie von Rot-Grün haben sich damals 1998 den Wahlsieg erschlichen.

(Widerspruch bei der SPD)

Dass Sie jetzt darauf kommen, dass die Rücknahme der Reformen falsch war, bestätigt den Wahlbetrug, den Sie 1998 begangen haben. Jetzt müssen Sie mühsam Stück für Stück wieder das aufholen, was Sie an Reformen rückgängig gemacht haben.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

(A) Was ist dadurch passiert? Sie sind – man muss nach dem von Ihnen angekündigten Reform- und Sparmoratorium eigentlich sagen: waren – also erst sehr spät zu der Erkenntnis gelangt, dass Reformen notwendig sind. Deutschland hat dadurch sechs Jahre verloren. Deutschland im Jahre 2004 wäre ein anderes Deutschland, wenn unsere Reformen nicht zurückgenommen worden wären, sondern wenn eine unionsgeführte Bundesregierung mit dem Reformkurs über 1998 hinaus so weitergemacht hätte, wie wir es vor den Wahlen 1998 ehrlicherweise angekündigt hatten.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Es dauert eine lange Zeit, wenn man sechs verlorene Jahre aufholen will. Es würde schon lange dauern, wenn Rot-Grün ein höheres Reformtempo als in den letzten Jahren hinlegen würde. Aber selbst dann würde es lange dauern. Wenn Sie das gleiche Tempo bei den Reformen oder bei dem, was Sie als Reformen bezeichnen, hinlegen würden, dann würden wir ewig hinterherhinken. Aber wenn Sie jetzt wahr machen, was manchem von Ihnen vorschwebt, nämlich den Menschen erneut Sand in die Augen zu streuen, dann treiben Sie unser Land in einen nicht aufholbaren Rückstand. Sie werden vor allen Dingen Schiffbruch bei der Zustimmung der Menschen erleiden.

Ich möchte ein Wort aufgreifen, das man von Rot-Grün in den letzten Tagen im Zusammenhang mit dem Krisengespräch der letzten Woche gehört hat. Es heißt, mit den Zumutungen müsse es ein Ende haben. Ich (B) glaube, dass die Menschen in Deutschland heute ein anderes Problembewusstsein haben als noch vor Jahren und dass sie es nicht als Zumutung empfinden, wenn notwendige Reformen durchgeführt werden. Sie empfinden dies vielleicht als schmerzhaft. Das mag sein.

(Zurufe von der SPD)

Als Zumutung empfinden sie vielmehr, wenn sie zuschauen müssen, wie eine Regierung aus Feigheit das eigene Land sozusagen an die Wand fährt. Das ist die Zumutung!

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wenn ein Bundeskanzler wieder die Politik der ruhigen Hand einführen möchte, dann empfinden die Menschen dies als Arbeitsverweigerung.

(Widerspruch des Abg. Peter Dreßen [SPD])

Aber Arbeitsverweigerung kann sich Deutschland nicht leisten. Deswegen brauchen wir eine neue Regierung.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:
Nächste Rednerin ist die Kollegin Antje Hermenau, Bündnis 90/Die Grünen.

(C) **Antje Hermenau** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich wollte eigentlich mit Ihnen, Herr Ramsauer, eine sehr fundierte Debatte führen. Aber zunächst muss ich mich auf den Kollegen Merz beziehen, aus dessen Rede ich mehr herausgehört habe.

(Dr. Peter Ramsauer [CDU/CSU]: Am besten mit uns beiden!)

Herr Kollege Merz hat von psychologischen Vorgängen bei bestimmten politischen Akteuren gesprochen.

(Friedrich Merz [CDU/CSU]: Psychopathologisch!)

Ich will das nicht unter behindertenpolitischen Gesichtspunkten bewerten, möchte aber einmal bei diesem Bild bleiben. Ich wundere mich nämlich, wie schizophren Ihre Fraktion mit dem Alterseinkünftegesetz umgegangen ist. Sie hat es im Bundestag abgelehnt – alle haben es gesehen; das war sehr medienwirksam – und später im Bundesrat soll dieses Gesetz klammheimlich von einigen CDU-regierten Ländern mitgetragen werden.

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Wartet doch mal ab!)

Das ist nur schwer nachzuvollziehen.

Ich glaube, dass Ihre Machtfixierung – Herr Ramsauer, Sie selber haben das Trauma der verlorenen Wahl von vor zwei Jahren angesprochen – Sie daran hindert, Verantwortung zu übernehmen. Sie haben Verantwortung; Sie nehmen sie aber nicht wahr. Das ist nicht so lustig, wie es klingt. (D)

(Dr. Peter Ramsauer [CDU/CSU]: Es klingt nicht mehr lustig!)

Im Prinzip erinnert mich das psychologisch ein bisschen daran, wie die Situation war, als die UdSSR damals versuchte, den Westen ökonomisch totzurüsten. So benehmen sich jetzt die Union und die von ihr geführten Bundesländer, indem Sie versuchen, die Regierungsfähigkeit der Bundesregierung einzuschränken.

(Widerspruch bei der CDU/CSU)

Sie haben beim Subventionsabbau gekniffen. Sie vertrösten auf die nächsten zwei, drei Jahre, um dann damit Steuersenkungen gegenzufinanzieren.

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Wir wollen Metzger hören!)

Dabei ist Ihnen völlig klar, dass es bei der Mittelvergabe zwischen den Generationen eine Schieflage gibt und es sehr vernünftig ist, Subventionen abzubauen, um dieses Geld in Bildung zu investieren; denn die junge Generation ist eigentlich gekniffen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Adenauer – diese Ära muss in dieser Republik wirklich einmal beendet werden – hatte beim Generationenvertrag maximal zwei Generationen im Auge. Wir alle wissen, was der Webfehler bei der Rente ist. Vor diesem Hintergrund sollte man doch jetzt ehrlich sein und sagen:

Antje Hermenau

Es gibt in diesem Land eine investive Schieflage; das betrifft die Bildung, das, was wir für junge Menschen in diesem Land machen.

(Zuruf von der CDU/CSU: Sie haben doch die Reformen zurückgenommen!)

Dieses Problem muss man jetzt lösen. Man kann nicht darauf warten, ob Sie eventuell 2006 erfolgreicher sein werden als 2002. Ihr Vorgehen halte ich für eine Zumutung. Sie haben doch in den Ländern dieselben Probleme. Jetzt, da wir dabei sind, die Wand – sie ist hauchdünn –, die von den letzten Strukturreformen trennt, die nötig sind, zu erreichen und auch zu durchbrechen, kneifen Sie, weil Sie durch diese dünne Wand schon erkennen können, was das alles bedeutet.

Wie sich Herr Stoiber in den letzten Monaten aufgeführt hat – meine Einschätzung teilt der Kollege Merz ja ganz öffentlich, wie ich aus der Zeitung weiß –, viele Sachen verhindert hat und in der öffentlichen Wahrnehmung sozusagen ein Rollback hinsichtlich der modernen Entscheidungen, die wir treffen müssen, um das Land fit zu machen, versucht, hat mich schon sehr geärgert. Man kann nicht das eine sagen und das andere tun; das ist nicht in Ordnung. Sie nehmen Ihre Verantwortung nicht wahr. Sie gehen immer wieder nur den Schritt, dass Sie sagen, was Sie anders machen würden, wenn Sie dürften, und dann schmollen Sie ein bisschen und sagen, Sie dürften ja nicht. Das ist relativ wenig für eine so große Oppositionsfraktion.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Wenn Ihnen jetzt das Gegrummel des einen oder anderen Ministers, der sich mal ein bisschen die Krawatte lockert, weil ihn der Spardruck ziemlich zwickt,

(Dr. Peter Ramsauer [CDU/CSU]: Der Hafer zwickt!)

zu viel ist und Sie Angst haben, es gebe einen finanzpolitischen Kurswechsel, dann mag es Sie vielleicht zumindest trösten, dass die Abstimmung zwischen den Deutschen und den Franzosen in den letzten Jahren stark gestiegen ist und es inzwischen einen sehr verlässlichen Arbeitszusammenhang gibt. Sie sollten einmal nachlesen, was Ihr konservativer Kollege Sarkozy in Frankreich, der inzwischen sowohl Finanz- als auch Wirtschaftsminister ist, in den letzten zwei Tagen dargelegt hat, was die Haushaltsführung 2005 betrifft. Der 13. Mai ist nicht nur der Tag der Steuerschätzung. An diesem Tag findet auch der deutsch-französische Gipfel statt. Dann werden wir sehen, was sich im Rahmen dieser engen Zusammenarbeit in Bezug auf das Einhalten der Maastricht-Kriterien im Haushalt 2005 in den beiden größten Volkswirtschaften Europas ergeben wird.

Ich sagte: Diese hauchdünne Trennwand erschreckt viele. Es wird der älteren Generation bestimmt nicht sehr leicht fallen, sich von der alten Republik zu verabschieden. Deswegen gibt es vornehmlich bei älteren Leuten – das fällt mir schon auf – Nervositäten. Das heißt aber nicht, dass Sie den Freibrief haben, Reformen zu verweigern, nur weil Sie im Bundesrat eine strukturelle Mehrheit haben und glauben, dass Sie das alles alleine und besser hinbekommen. Auch Sie haben ein Generationenproblem.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:

Ich erteile das Wort dem Kollegen Laurenz Meyer, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Laurenz Meyer (Hamm) (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das, was Kollege Poß hier vorgetragen hat, macht mir Sorge.

(Zuruf von der SPD)

– Die Art und Weise vor allen Dingen. – Wenn man diesen Wahrnehmungsverlust und diese Wirklichkeitsstörung, das, was Sie hier gemacht haben, im Familienkreis vorfinden würde, würde man einen Arzt rufen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Sie haben die derzeitige Lage in Deutschland ganz offensichtlich nicht erkannt. Sie fahren – da hat der Kollege Merz völlig Recht –

(Michael Glos [CDU/CSU]: Geisterfahrer!)

das Land sehenden Auges oder mit geschlossenen Augen vor die Wand und tun so, als ob das das Normalste auf der Welt wäre.

Wir haben in den letzten Tagen die EU-Erweiterung um zehn Länder erlebt, ein Ereignis, mit dem das große Europa auf die Weltbühne tritt. Gleichzeitig haben wir eine Bundesregierung, die von ihrer Qualität her bestenfalls für die Kommunalverwaltung einer Mittelstadt geeignet ist.

(Zurufe von der CDU/CSU und der FDP: Nein!)

– Bestenfalls!

(Widerspruch bei der CDU/CSU)

– Gut, Kollegen, ich gebe Ihnen Recht. Wahrscheinlich würde man sich unter den Fraktionen einig werden, solche Dezernenten gemeinsam abzuwählen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Betrachten wir nur einmal die letzten sieben Tage durch das Brennglas:

(Antje Hermenau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das lohnt das Zuhören wieder nicht!)

überbordende Schulden, Schulden noch nie so hoch wie in diesem Jahr, höchste Neuverschuldung. Heute lautet eine Meldung: Höchste Arbeitslosigkeit seit der Wiedervereinigung. Die Langzeitarbeitslosigkeit steigt um 13 Prozent.

Herr Clement schlägt vor, den kleinen Sparern den Sparerfreibetrag zu streichen. Heute – das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen – meldet eine Nach-

Laurenz Meyer (Hamm)

(A) richtenagentur, dass Herr Clement bis zum Nachmittag keinen neuen Vorschlag gemacht hat.

(Heiterkeit bei der CDU/CSU)

Kein neuer Vorschlag kam aus seinem Mund – heißt es bei ddp –, zumindest nicht bis zum Nachmittag.

Herr Müntefering schlägt eine Ausbildungsplatzabgabe vor. Diese würde ein Übriges tun, um die Wirtschaft zu verunsichern. Das, was jetzt an angeblichen zusätzlichen Haushaltsrisiken entdeckt worden ist, bezeichnen Sie als neu. Dabei sind das Punkte, über die wir im Rahmen der Haushaltsplanberatungen diskutiert haben. Es sind die Luftblasen in Ihrem Haushalt, die jetzt nach und nach platzen, nichts anderes.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bei der Eigenheimzulage wird einem wirklich schlecht. Was soll das? Das ist wie der Jäger 90, den die Grünen früher vor sich hergetragen haben.

(Antje Hermenau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Frau Matthäus-Maier war das!)

Sie schlagen die Streichung der Eigenheimzulage regelmäßig doch nur vor, weil Sie genau wissen, dass wir sie ablehnen. Können Sie mir sagen, Herr Poß, was das soll? Ein Irrwitz, wie er schlimmer nicht sein könnte, wird hier deutlich sichtbar. Indem man weniger Häuser bauen will, will man die Konjunktur ankurbeln! Ausgerechnet damit!

(B) (Antje Hermenau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sinkende Bevölkerungszahl!)

Die Streichung der Eigenheimzulage würde dazu führen, dass weniger kleine Leute ein Haus bauen können. Ausgerechnet so will man die Konjunktur ankurbeln, das muss man sich einmal vorstellen.

(Antje Hermenau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sinkende Bevölkerungszahl!)

In einem anderen Bereich haben Sie Gott sei Dank nur begrenzte Zuständigkeiten. Ausgerechnet Sie wollen sich um die Bildung kümmern. Das müssen die Eltern in diesem Land als Drohung empfinden, wenn sie die Ergebnisse der Bildungspolitik in den rot-grün geführten Bundesländern sehen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich sage: Gott sei Dank wird die Bildungspolitik in Deutschland nicht zentral von Rot-Grün gemacht, sondern in den Ländern.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren von den Grünen, ich fand das, was hier vorgetragen wurde,

(Zuruf von der SPD: Von wem?)

am Anfang noch einsichtig. Ich werde in dieser Woche allerdings den Verdacht nicht los, dass das Getöse um die Zuwanderung nur dazu dient, davon abzulenken, dass Sie das Nachhaltigkeitsthema, das Sie wie eine Fahne vor sich hergetragen haben, jetzt mit Füßen treten

(C) und Joschka Fischer vorneweg marschiert. Diesen Verdacht werde ich wirklich nicht los. Das muss ich hier sagen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Sie stehen in der Verantwortung und unsere Kinder müssen das ausbaden, was Rot und Grün ihnen einbrocken.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Antje Hermenau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da machen Sie sich keine Sorgen!)

Als ersten notwendigen Schritt brauchen wir eine ehrliche Bestandsaufnahme und eine Haushaltssperre, damit das Ausgeben auf Teufel komm raus aufhört. Ihnen, meine Damen und Herren von der SPD, sage ich vorweg: Solange fast 50 Prozent der Menschen in diesem Land Angst um ihren Arbeitsplatz haben, können der Bundeskanzler, der Wirtschaftsminister und wer auch immer die Menschen zum Konsum auffordern, sie werden nicht konsumieren.

(Joachim Poß [SPD]: Sie sind doch der Brandstifter! Der Brandstifter spielt den Biedermann!)

Solange die Menschen keine Planungssicherheit für ihre Investitionen haben, werden sie nicht investieren. Sie werden auf eine bessere Politik und eine andere Regierung warten. Dafür ist es Zeit.

(D) (Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Joachim Poß [SPD]: Es sprach der Brandstifter! Der Brandstifter als Biedermann!)

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:
Das Wort hat nun Ortwin Runde, SPD-Fraktion.

Ortwin Runde (SPD):
Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Meyer, ich glaube, ich habe es richtig in Erinnerung: 1998 gab es im Januar/Februar 4,8 Millionen Arbeitslose.

(Joachim Poß [SPD]: So ist es!)

Das war der höchste Stand.

(Walter Schöler [SPD]: So war es! – Laurenz Meyer [Hamm] [CDU/CSU]: Ihr habt eine Million herausdefiniert!)

Herr Ramsauer, während ich Ihnen zuhörte, habe ich den Eindruck gewonnen, dass Sie die Wahlniederlage von 1998 bis heute psychisch noch nicht verdaut haben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Peter Ramsauer [CDU/CSU]: Deutschland hat sie nicht verdaut!)

Das ist wirklich ganz erstaunlich. Dass Sie der Bevölkerung klar machen wollen,

(Dr. Peter Ramsauer [CDU/CSU]: Sie haben Ihre Niederlage in Hamburg auch noch nicht verdaut und sind in den Bundestag unter den Rockzipfel von Schröder geflüchtet!)

Ortwin Runde

(A) dass 22 Jahre Kohl Fortschritt in Deutschland und die Reform Deutschlands bedeutet hätten, ist wirklich eine rückwärts gewandte Utopie ganz besonderer Art. So etwas ist mir bisher noch nicht begegnet.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Dr. Peter Ramsauer [CDU/CSU]: Doch! In Hamburg haben Sie die Wahl verloren! Aber ich verstehe die Hamburger, ich würde Sie auch nicht wählen!)

Dass es seit 1998 eine Reihe von tief greifenden Reformen gegeben hat, ist jedem, der das objektiv bewertet, klar.

(Dr. Peter Ramsauer [CDU/CSU]: Nicht einmal die in der Hafenstraße haben Sie gewählt!)

Dazu gehört nicht zuletzt die große Steuerreform, die in Stufen bis 2005 wirken wird.

(Elke Wülfing [CDU/CSU]: Das hätten Sie 1997 haben können! – Hartmut Schauerte [CDU/CSU]: Sechs Jahre zu spät!)

Das ist eine große Leistung. Dazu gehören auch andere Reformen.

Dass wir uns nach drei Jahren Stagnation in einer haushaltspolitisch schwierigen Situation befinden, ist unbestreitbar. Das ist für jeden, der die Situation analysiert, ganz selbstverständlich, ob auf Landesebene, auf kommunaler Ebene oder hier auf Bundesebene. Die Frage muss doch lauten: Wie können wir diese schwie-

(B) rige Situation überwinden? Dabei streiten wir uns in der Tat um die Konzepte.

Dass es hinsichtlich der Ausgabendisziplin und des Einhaltens von Ausgabenpfaden keinen Kurswechsel geben kann, ist ganz selbstverständlich.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich kann nachempfinden – und kenne das aus der eigenen Vergangenheit –, dass der eine oder andere Fachminister, wenn er mehrere Jahre unter dem Druck des Sparens und der Ausgabendisziplin steht, den Wunsch hat, dass das doch einmal zu Ende sein möge. Das kann aber nicht die Strategie sein.

Wenn man das Ganze objektiv betrachtet, muss man auch über den Tellerrand Deutschlands hinaus blicken. Dann sieht man, dass alle alten Industrieländer in Europa ähnliche Probleme haben. Auch diejenigen, die bei der Diskussion über die Einhaltung des Stabilitäts- und Wachstumspakts und hinsichtlich der Maßnahmen, die erwogen worden sind, eine ablehnende Position vertreten haben, befinden sich heute – wie die Niederlande und Spanien – in einer vergleichbaren Situation. Wir müssen also darüber diskutieren, wie wir mit der Situation umgehen. Dabei muss der Konsolidierungsweg weiter beschritten werden. Ausgabendisziplin ist angesagt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Zudem müssen die Reformen natürlich umgesetzt werden. Da ist die Opposition gefragt.

(C) (Anja Hajduk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja!)

Der Beitrag, den Sie im letzten Jahr geleistet haben, war kein positiver Beitrag. Herr Merz, Sie haben völlig Recht, wenn Sie sagen: Es dauert eine Weile, ehe der Subventionsabbau wirkt. Sie hätten bereits im Frühjahr des letzten Jahres beim Steuervergünstigungsabbaugesetz konstruktiv mitarbeiten können.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist nicht richtig, im Vermittlungsausschuss Bereiche wie die Landwirtschaft völlig herauszunehmen. Das ist Klientelpolitik übelster Art. Das ist kein Beitrag zur Reform.

Welche Auswirkungen Ihr Wirken hat, zeigt das Frühjahrsgutachten auf. Darin steht: Dadurch, dass Sie das vollständige Vorziehen der Steuerreform 2005 verhindert haben, haben Sie die Revision der Wachstumsprognose zu verantworten. Das ist Ihre Verantwortung! Ich kann an Sie wirklich nur appellieren – auch bezogen auf die Hartz-IV-Reform, die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe –, Ihre obstruktive Haltung aufzugeben und sich darüber klar zu werden, wie Sie hinsichtlich des Alterseinkünftegesetzes verfahren wollen. Man kann nicht von Reformnotwendigkeiten reden, sich aber immer gegenteilig verhalten. Das ist kein Kurs.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

(D)

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:
Ich erteile das Wort dem Kollegen Dietrich Austermann, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dietrich Austermann (CDU/CSU):
Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es gibt drei Stereotypen, die in der Debatte über die Finanz- und Haushaltssituation regelmäßig verwendet werden: Das erste lautet, die Opposition würde nicht richtig mitspielen, das zweite, sie würde es auch nicht besser machen, und das dritte, die Regierung sei dabei, zu sparen.

Der erste Punkt lässt sich gut an dem festmachen, was Kollege Runde hier gesagt hat. Was würden wir anders machen? Das können Sie im Saarland, in Niedersachsen, in Hessen und in Hamburg sehen.

(Zurufe von der SPD: Oh, oh!)

Wir tauschen schlechte Regierungen durch bessere aus. Dann läuft es besser.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Hans-Michael Goldmann [FDP])

Herr Runde, Hamburg ist ein Beispiel für Ihre gescheiterte Politik. Mit Bezug auf die Bundespolitik sage ich: 2006 werden sich die Bürger genauso wie dort verhalten. Dann wird es automatisch Impulse geben; denn dann wird das, was in der gegenwärtigen Situation so schädlich ist, aufhören: eine Politik, bei der jeden Tag

Dietrich Austermann

(A) eine neue Sau durch das Dorf getrieben wird und bei der keiner mehr weiß, was gestern gegolten hat und was morgen gilt. Sie können von Folgendem ausgehen: Sowohl die Ausbildungsplatzabgabe als auch eine Fülle anderer Gesetzentwürfe, die in dieser Woche auf der Tagesordnung des Bundestages stehen, werden, wenn sie in Kraft treten, den Investoren in Deutschland schaden und das Klima im Lande negativ beeinflussen.

(Zuruf von der CDU/CSU: Wohl wahr!)

Das, was sich in den letzten sieben Tagen in der Regierungsspitze abgespielt hat, war nicht dazu angetan, Vertrauen zu wecken. Deswegen sage ich: Es geht in erster Linie darum, bei Investoren und Konsumenten Vertrauen zu schaffen.

(Dr. Günter Rexrodt [FDP]: Richtig!)

In der Situation, in der sich Deutschland befindet, der schlimmsten Finanz- und Haushaltskrise der Nachkriegszeit, hätte ich mir gewünscht – meine Vorredner Friedrich Merz, Peter Ramsauer und Kollege Meyer haben das erwähnt –, dass sich die Regierung an dem Ort versammelt, an dem das Parlament zusammenkommt, um den Haushalt aufzustellen und ihn zu kontrollieren, einen Bericht über die Situation abgibt und dann darüber diskutiert und entschieden wird. Stattdessen erscheint hier die C-Besetzung;

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU/CSU – Antje Hermenau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Von wegen C-Besetzung! Dagegen muss ich aber demonstrieren!)

(B) die Regierung lässt sich gar nicht sehen. Was in den Zeitungen steht, wird dementiert.

(Joachim Poß [SPD]: Seien Sie vorsichtig damit, die „Berliner Morgenpost“ zu zitieren!)

Auch die Fakten, die auf dem Tisch liegen und die Sie selbst angesprochen haben, werden bestritten. Kollege Diller hat bestritten, dass Ihre Aussage, die in der Zeitung steht, auch von Ihnen getroffen worden ist. Wenn es so weitergeht, dass Sie das, was Sie sagen, selbst nicht mehr glauben, dann muss man sich nicht wundern, wenn die Menschen erst recht nichts mehr glauben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich will einen weiteren Punkt ansprechen, der zu den Stereotypen der gegenwärtigen Diskussion gehört: die Behauptung, es werde gespart. Das kann ich nicht erkennen. Beim Personal wird zum Beispiel nicht gespart. Sie gliedern zwar Personal aus und gründen neue Gesellschaften, um Genossen zu bedienen. Aber die Kopfzahl ändert sich nicht, und wenn, wird sie größer. Sie sparen nicht bei den Sozialausgaben und nicht bei den Arbeitsmarktausgaben. Sie sparen eigentlich nur an Kreativität.

Es gibt Leute, die sagen, dass die Regierung spart. Dazu sage ich: Eichel spart bei der Haushaltswahrheit, Fischer bei seinen Urlaubsausgaben, Schröder bei vertrauenswürdiger Politik, Struck bei der vorgeschriebenen Einberufung der Wehrpflichtigen, Stolpe bei den Investitionen in die Infrastruktur, Clement an Realismus und Bulmahn an Kreativität. Alle miteinander sparen bei

(C) nachvollziehbarer Politik, die in der Bevölkerung Vertrauen schafft. Das sind die einzigen Punkte, an denen Sie sparen. Was den Haushalt betrifft, sparen Sie aber nicht.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Widerspruch bei der SPD)

Ich beschreibe die tatsächlichen Dimensionen – es wird ja immer wieder auf Ihre Ausgangssituation im Jahr 1998 abgestellt –, um zu erklären, was wir anders gemacht haben: 1998 hatten wir steigende Beschäftigungszahlen, sinkende Neuverschuldung, steigendes Wachstum und sinkende Arbeitslosenzahlen zu verzeichnen. Heute stellen wir in allen wesentlichen Bereichen das genaue Gegenteil fest.

Herr Poß, Sie können so viel lärmen, wie Sie wollen. Aber man muss feststellen, dass die Beschäftigungszahlen auf ein Rekordtief gesunken sind. Damit hängt auch die Situation hinsichtlich der Sozialausgaben und der Steuereinnahmen zusammen.

Wenn Sie sagen, dass wir Ihnen nicht genug helfen,

(Joachim Poß [SPD]: Nicht in Berlin!)

frage ich Sie: Was ist denn beim Thema Steuersenkungen geschehen? Die beschlossene Steuersenkung, die im Jahre 2003 Gesetz werden sollte, haben Sie ausgesetzt. Die Steuersenkung, die Sie auf dieses Jahr verschoben haben, wollten Sie durch Steuererhöhungen an anderer Stelle konterkarieren. Sie nennen das zwar „Verbreiterung der Bemessungsgrundlage“; eigentlich müsste es aber „Steuererhöhung“ heißen.

(D) (Anja Hajduk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Quatsch!)

Dem haben wir natürlich nicht zugestimmt; denn in der gegenwärtigen Phase wäre es ausgesprochen idiotisch, die Steuern zu erhöhen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich möchte zum Abschluss die konkreten Zahlen nennen, die – Gott sei Dank – nicht bestritten werden.

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:
Sie müssen sich aber beeilen, Herr Kollege.

Dietrich Austermann (CDU/CSU):
Ich habe noch drei Sekunden. – In den Jahren 2002 und 2003 haben Sie 85 Milliarden Euro neue Schulden gemacht und die Schulden steigen jedes Jahr in 10-Milliarden-Sprüngen. Sie haben die Dinge nicht mehr im Griff. Deswegen ist es Zeit, dass Sie aufhören und die Verantwortung in die Hände derer legen, die es können, wie in Hamburg.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:
Nun erteile ich das Wort dem Kollegen Carsten Schneider, SPD-Fraktion.

(A)

Carsten Schneider (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Aktuelle Stunden dienen ja grundsätzlich dazu, Klarheit über aktuelle Entwicklungen zu erhalten. In der vorigen Woche hatten wir eine Aktuelle Stunde beantragt, in der es darum ging, die widersprüchlichen Aussagen der Union zu Ihren Konzepten zum Umbau des Sozial- und Steuerwesens zu erörtern. In der Zeitung hatte sich Herr Seehofer mit Herrn Merz auseinander gesetzt – ich möchte das einmal positiv formulieren –, so viel zum Thema „Schwesterpartei“.

(Zuruf von der CDU/CSU: Ihr seid doch dran!)

Es geht um eine Deckungslücke von circa 100 Milliarden Euro.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich saß vorige Woche hier, habe von Ihnen aber leider keine Aussage gehört, wie diese 100 Milliarden Euro tatsächlich zu finanzieren sind. Wenn ich den Zahlen des Bundesfinanzministeriums traue, komme ich zu dem Schluss, dass diese 100 Milliarden Euro definitiv zu Ausfällen in den öffentlichen Haushalten führen würden.

(Laurenz Meyer [Hamm] [CDU/CSU]: Das ist Quatsch!)

– Herr Meyer, Sie haben gerne später Gelegenheit, mir Auskunft zu geben, wie Sie diese Lücke schließen wollen. Das würde mich sehr interessieren!

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(B)

Ich will nicht sagen, dass die letzten Jahre für einen Haushälter das pure Vergnügen waren, aber wir haben immer solide Haushalte aufgestellt.

(Lachen bei der CDU/CSU)

Schauen Sie sich die Ausgabenseite an – der entscheidende Faktor für die Solidität ist die Ausgabenseite –: Diese ist in den vergangenen Jahren – von 1999 bis heute – um gerade einmal 4 Prozent gestiegen. Das ist weniger, als die Wirtschaftsinstitute empfohlen haben. Das Problem liegt auf der Einnahmenseite. Wer die Zahlen liest, muss das eigentlich verstehen. Aber wenn ich die Reden und die öffentlichen Ausführungen von Herrn Austermann höre, habe ich da manchmal meine Zweifel. Jedes Jahr spricht er von einer Rekordverschuldung; das war voriges Jahr so und ist auch die letzten Jahre immer so gewesen. Tatsächlich hatten wir nie eine Rekordverschuldung. Die Rekordverschuldung hat immer noch ihr ehemaliger Kollege Theo Waigel zu verantworten. Auch in diesem Jahr werden wir dessen Rekordverschuldung nicht übertreffen; der Pokal wird auf Ihrer Seite bleiben.

Ich hätte mir gewünscht – das liegt in der Verantwortung der Opposition –, dass wir uns im Vermittlungsausschuss beim Subventionsabbau in vielen Punkten einig gewesen wären. Die FDP hat vorige Woche einen Gesetzentwurf vorgelegt. Herr Stoiber hat angeblich gesagt, er setze sich nicht an den Tisch, um die Probleme Deutschlands zu lösen, wenn man bei den Agrarsubventionen auch nur ein Fingerchen breit etwas ändert. Was ist denn das für eine Zukunftspolitik? Das ist rückwärts gewandt.

(C)

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich wünschte mir wirklich, wir hätten eine Opposition, die sich Ihrer Verantwortung für dieses Land bewusst wird.

(Zuruf von der CDU/CSU: Wünschenswert wäre eine solche Regierung!)

Sie tragen in vielen Bundesländern Verantwortung. Die Ausfälle in den Haushalten sind ja nicht nur ein Problem des Bundes, sie sind auch ein Problem der Länder. Ich wünschte mir, dass auch die Finanzminister der Länder sich ihrer Verantwortung bewusst würden. Sie hier im Bundestag tun dies jedenfalls nicht. Sie haben weder bei den Beratungen zum Haushalt 2004 einen einzigen Antrag eingebracht – die FDP nehme ich aus – noch haben Sie zum Thema „Nachhaltigkeit in der Gesellschaft“ bzw. Rentenreform einen eigenen Entwurf vorgelegt. Der Bundeskanzler hat von dieser Stelle aus gesagt: Es war ein Fehler, den demographischen Faktor abzuschaffen. Herr Merz, Sie haben ihn damals noch zu seiner Ehrlichkeit beglückwünscht. Wir haben dafür den Nachhaltigkeitsfaktor eingeführt und die Rentenversicherung damit langfristig auf sichere Beine gestellt. Wieder haben Sie keinen eigenen Entwurf gehabt und nur abgelehnt. Ich glaube, dies muss wirklich einmal ganz deutlich gesagt werden: Natürlich bringt es die Regierung und die sie tragenden Fraktionen in einem wie Deutschland föderal organisierten Land in Schwierigkeiten, wenn die Opposition sich gänzlich der Realität und jeder Veränderung der Politik verweigert.

(D)

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der letzte Streich ist die Rentenbesteuerung. Ich habe nicht verstanden, warum Sie das Alterseinkünftegesetz im Bundestag abgelehnt haben. Sie haben das doch immer gefordert; man muss nur auf Ihrer Homepage nachsehen und sich die Stellungnahmen dazu durchlesen. Einer Ihrer Geschäftsführer hat gesagt, Thüringen werde dem im Bundesrat wohl zustimmen. Jetzt hört man aus Thüringen, das sei nicht der Fall. Herr Grund, vielleicht können Sie das Rätsel auflösen: Ich wüsste gerne, ob das ein Ja ist, ein Nein oder ein Jein. Haben Sie eine Meinung dazu? Ich bin mir angesichts der Parolen, die man hört, und der Vorschläge, die nicht finanzierbar sind – ich erinnere daran: 100 Milliarden Euro –, nicht sicher, ob die Opposition wirklich etwas kann.

Ich möchte zur Aufklärung beitragen; eine Aktuelle Stunde dient ja diesem Zweck. Auf die Frage, ob es eine Veränderung der finanzpolitischen Linie gibt, sage ich Ihnen ganz klar: Es gibt keine Veränderung und es wird auch keine Veränderung geben,

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Das ist schlimm!)

weil wir uns das gar nicht leisten können. Wir können es uns nicht leisten, die Finanzpolitik im Bereich der Ausgaben zu verändern.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das war bisher nicht unsere Politik und wird es auch nie sein. Ich kann nur hoffen, dass Sie Ihrer Verantwortung gerecht werden und sich bei der Aufstellung des Haushaltes 2005 wenigstens die Mühe machen, Alternativvorschläge vorzulegen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:
Das Wort hat nun die Kollegin Gesine Lötzsch.

Dr. Gesine Lötzsch (fraktionslos):
Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Gäste, ich bin Abgeordnete der PDS.

Die Finanzpolitik von Herrn Eichel, die Arbeitsmarktpolitik von Herrn Clement und die Gesundheits- und Rentenpolitik von Frau Schmidt sind Gift für die Konjunktur. Ihre Politik läuft immer auf das Gleiche hinaus: Sie belasten die Menschen mit kleinen Einkommen, die Arbeitslosen und die sozial Schwachen und begünstigen die Bürger mit hohen und sehr hohen Einkommen. Das ist nicht nur unsozial, das ist auch ökonomisch unsinnig.

Um die Konjunktur anzukurbeln, reicht es offensichtlich nicht aus, Exportweltmeister zu sein, man muss auch etwas zur Förderung der Binnennachfrage tun. Es ist nachgewiesen, dass Menschen mit mittleren und hohen Einkommen viel Geld sparen, Menschen mit geringen Einkommen dagegen ihr Geld im Monat vollständig ausgeben müssen und am Ende des Monats nichts mehr übrig haben. Die Absenkung des Höchststeuersatzes wird demzufolge nicht zu der notwendigen Binnennachfrage führen, sondern die Sparquote weiter erhöhen. Die Absenkung der Arbeitslosenhilfe auf Sozialhilfeniveau ist Gift für die Konjunktur, weil dadurch der Massenkonsum weiter eingeschränkt wird. Die erhöhten Zuzahlungen zu Medikamenten und die Rentenkürzungen werden den Konsum weiter drosseln. Es reicht nicht, die Bürgerinnen und Bürger aufzufordern, mehr zu kaufen; wenn sie kein Geld haben, können sie das einfach nicht. Das beste Konjunkturprogramm wäre demzufolge die Rücknahme der von der Bundesregierung beschlossenen sozialen Zumutungen. Schon Regierungsmitglieder sprechen davon, dass es sich um Zumutungen handelt. Einige haben das augenscheinlich also schon erkannt.

Der Kanzler und der Vizekanzler möchten offensichtlich ohne Herrn Eichel mit staatlichen Investitionsprogrammen die Wirtschaft ankurbeln. Wir als PDS würden ein Investitionsprogramm für Bildung, Wissenschaft und Forschung unterstützen. Wir könnten mit den riesigen Goldreserven riesige Bildungsreserven in unserer Gesellschaft erschließen. Allerdings liegen die Reserven unserer Meinung nach nicht in der Bildung von Eliteuniversitäten, sondern in der Verbesserung der Bildung möglichst vieler Menschen.

Abschließend ein Wort an den Kollegen Merz. Er hat kürzlich erklärt, dass staatliche Programme zur Ankurbelung der Wirtschaft einen Rückfall in die 70er-Jahre bedeuten würden.

(Friedrich Merz [CDU/CSU]: So ist es!)

Das mag sein. Doch Ihre Programme, egal ob man Ihr Steuerkonzept nimmt, Herr Merz, oder die Aufweichung des Kündigungsschutzes, sind ein Rückfall in das 19. Jahrhundert. Ich glaube, den meisten Menschen wäre ein Rückfall in die 70er-Jahre lieber als ein Rückfall in das 19. Jahrhundert. Besser wäre es allerdings, eine moderne und soziale Politik zu machen, die Agenda 2010 zu korrigieren und ihr eine Agenda Sozial entgegenzusetzen.

Vielen Dank.

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:
Ich erteile nun das Wort dem Kollegen Walter Schöler, SPD-Fraktion.

Walter Schöler (SPD):
Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Trotz der wilden Vermutungen und Verdächtigungen, die die Opposition heute hier geäußert hat, und trotz der Spekulationen in den Medien in den letzten Tagen wird es mit uns keinen Kurswechsel in der Haushaltspolitik geben.

(Jürgen Koppelin [FDP]: Schade, das bedauern wir!)

Es hat ihn bisher nicht gegeben und es wird ihn auch in den nächsten Jahren nicht geben. Wir werden nämlich noch eine ganze Zeit lang regieren. Kollege Koppelin, wir, Regierung und Koalitionsfraktionen, halten an dem finanzpolitischen Dreiklang aus Strukturreformen, Haushaltskonsolidierung und Wachstumsförderung unverändert fest.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Laurenz Meyer [Hamm] [CDU/CSU]: Haben die das in der Runde anders besprochen oder nicht?)

Herr Kollege Meyer, die Strukturreformen im Rahmen der Agenda 2010 werden deshalb wie beschlossen, ohne Abstriche, umgesetzt. Ich kann Ihnen sagen: Wir setzen die langfristig angelegte Konsolidierung des Bundeshaushaltes fort.

(Jürgen Koppelin [FDP]: Aber sehr langfristig! – Laurenz Meyer [Hamm] [CDU/CSU]: Haben Sie mit Müntefering darüber geredet?)

Sie haben davon gesprochen, Sie würden das Land auf Kurs bringen. Kollege Runde hat das noch einmal gesagt: Sie haben das Land mit der höchsten Arbeitslosigkeit, der höchsten Verschuldung und den höchsten Abgabenlasten, die Sie den Bürgern zugemutet haben, gegen die Wand gefahren. Daran gibt es überhaupt nichts zu beschönigen. Sie wollen hier wieder einmal tarnen, täuschen und ablenken. Das ist die alte Methode, die Sie auch in den letzten Aktuellen Stunden angewandt haben.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Walter Schöler

(A) Ich finde es immer angenehm, wenn die Sitzung des Haushaltsausschusses deshalb unterbrochen wird. Das können wir in den nächsten Wochen und Monaten gern fortsetzen.

Wir können belegen – ein Blick auf die Ausgabenlinie beweist das –, dass wir bereits beachtliche Konsolidierungserfolge erzielen konnten, da wir die Ausgaben des Bundes seit 1999 real zurückgefahren haben. Das zeigt sich daran, dass die Gesamtausgaben des Bundes seit 1999 im Durchschnitt um 1 Prozent pro Jahr gestiegen sind, der Anstieg also hinter der Inflationsrate zurückgeblieben ist.

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Ich denke, Sie haben sie zurückgefahren!)

Wir haben die konsumtiven Staatsausgaben in vielen Bereichen begrenzt. Im Gegensatz zu Ihnen wussten wir von Anfang an, dass an Sparmaßnahmen kein Weg vorbei führt. Ich muss Ihnen sagen: Die Beschlüsse haben uns oft wehgetan. Die Bürgerinnen und Bürger hatten zwar grundsätzlich Verständnis für die Konsolidierung und für die Strukturreformen, wegen ihrer persönlichen Betroffenheit haben sie sich aber nicht gerne damit identifiziert. Das muss man einmal ganz offen sagen.

Der Kollege Austermann hat eben gesagt, was er anders machen würde. Was haben Sie denn anders gemacht? Sie zitieren jetzt hier das Saarland, Niedersachsen und Hamburg. Was haben Sie denn anders gemacht? Ich erinnere an die Beratung des Haushaltsplanes 2004. Im August haben Sie gesagt, Sie würden knallharte Sparmaßnahmen vorlegen.

(B)

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]: 4 Milliarden Euro bei den Verwaltungsausgaben können wir sofort einsparen!)

Das, was Sie gebracht haben, war Makulatur. Ungefähr zwei Tage vor den abschließenden Beratungen haben Sie 326 leere Seiten Papier im Haushaltsausschuss abgeliefert. Das muss man der Öffentlichkeit einmal sagen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dieses Papier hätte man sich sparen können. Wir wären schon ein ganzes Stück weiter,

(Lachen bei Abgeordneten der CDU/CSU)

wenn Sie hier konkrete Vorschläge gemacht hätten, anstatt uns Sand in die Augen streuen zu wollen.

Uns ist der Einstieg in den Subventionsabbau auf beiden Seiten gelungen: auf der Einnahmeseite zum Teil und auf der Ausgabenseite hervorragend. Diese Erfolge haben wir gegen Ihren Widerstand durchgesetzt. Die Kollegen haben das eben dargelegt.

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]: In der heutigen Situation von Erfolg zu reden zeugt doch von Realitätsverlust!)

Hätten Sie in Ihrer Regierungszeit doch mit all diesen Maßnahmen begonnen! Sie hatten 16 Jahre lang Zeit.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

(C) Leider haben Sie das nicht getan.

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Natürlich: bei den Steuern, Renten und Krankenkassen!)

Im Gegenteil: Sie haben immer weiter draufgesattelt, bis Sie im Stillstand verharrt sind. Kollege Ramsauer, das war der Grund, weshalb man Sie 1998 abgewählt hat.

Unser Ziel bleibt ein ausgeglichener Haushalt. Sie werden uns nicht daran hindern, das zu erreichen. Die konjunkturelle Stagnation in den letzten Jahren hat die Erreichung dieses Ziels wahrlich nicht einfacher gemacht; das wissen wir alle. Wir haben Ihnen bereits in den letzten Jahren – auch im vergangenen Jahr und in den letzten Wochen und Monaten wieder – bei der Verabschiedung der Haushaltspläne gesagt, dass wir das Ziel einer Nettokreditaufnahme von Null bis 2006 leider nicht erreichen werden. Das ist keine neue Meldung und auch keine neue Erkenntnis und erst recht kein Kurswechsel in der Haushalts- und Finanzpolitik, die im Übrigen auch nicht im luftleeren Raum stattfindet.

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Das ist eine Verniedlichung der Situation!)

Ich kann Ihnen nur sagen: Die Umsetzung der bisher von der Union vorgelegten Vorschläge zur Sozialpolitik, zur Steuerpolitik und zur Pflegeversicherung

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Aha!)

– Herr Seehofer hat die Zahl, ich benutze jetzt einmal die Worte von Herrn Ramsauer, ausgeplappert – soll 102 Milliarden Euro kosten. Sie von der Union wissen ganz genau, dass diese Vorschläge weder finanzierbar sind noch dem Land dienen. Dadurch würden Sie das soziale Netz zerstören, das wir auch in Zukunft unabdingbar brauchen. Deshalb sind Ihre Vorschläge keine Alternative zu unserer Politik des Dreiklangs aus Strukturreformen, Innovation und Konsolidierung.

(D)

Wer in dieser Pseudodiskussion die Frage stellt, ob der Konjunkturaufschwung weitere Konsolidierung voraussetzt oder die Konsolidierung weiteren Konjunkturaufschwung, dem kann ich nur antworten: Beide bedingen einander.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das wissen Sie genauso gut wie wir. Wir setzen auf Wachstums- und Beschäftigungsimpulse.

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Weiß das auch der Fischer?)

Ich fordere Sie auf: Machen Sie mit! Geben Sie Ihre Blockadehaltung auf!

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Wo denn?)

Legen Sie demnächst seriöse Vorschläge vor! Wir sind bereit, darüber zu beraten.

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Wobei sollen wir denn mitmachen?)

– Bei den nächsten Haushaltsberatungen.

(A)

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:

Auf diesen Dialog kann ich mich nicht mehr einlassen.

Walter Schöler (SPD):

Zu den nächsten Haushaltsberatungen, die ab August stattfinden, sind Sie herzlich eingeladen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:

Letzter Redner in der Aktuellen Stunde ist der Kollege Manfred Grund, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Manfred Grund (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! 83-mal steht im Koalitionsvertrag zwischen Rot und Grün das Wort Nachhaltigkeit.

(Walter Schöler [SPD]: 84!)

– Ich habe nachgezählt: 83-mal. – Nachhaltig soll die Politik der Bundesregierung im Bereich der Gesellschaftspolitik, der Wirtschaftspolitik, der Staatsfinanzen, des Haushaltes und auch des Aufbaus in den neuen Bundesländern sein. Wer in diesen Tagen ein Fazit ziehen will, braucht nur das Frühjahrsgutachten der fünf Wirtschaftsinstitute zur Hand zu nehmen, um festzustellen: Diese Politik ist nachhaltig gescheitert.

(B)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Sie ist so nachhaltig gescheitert, dass wir heute vor einem großen Scherbenhaufen stehen. Interessanterweise sind die Einzigen, die Nutzen aus diesem nachhaltigen Scheitern ziehen, die Grünen. Die Zustimmung für die Grünen nimmt auf Kosten der SPD zu, Herr Poß. Das ist das einzige Problem der Koalition, das in diesen Tagen ausgetragen wird.

(Walter Schöler [SPD]: Was ist mit Thüringen?)

Nun würde der Bundeskanzler nicht Schröder heißen, wenn er nicht versuchte, auch aus dieser Situation Nutzen zu ziehen. Es deutet alles darauf hin, dass die Haushaltspolitik auf eine Nachfragepolitik und damit auf eine Ausgabenausweitung hinausläuft. Dies wurde in einem Geheimtreffen mit Müntefering verabredet. Dieser hat sich noch darüber geärgert, dass das bekannt geworden ist. Aber als DGB-Chef Sommer im Kanzleramt angerufen und zu dieser Entscheidung gratuliert hat, ist ihm gesagt worden, dass seine Informationen richtig sind. Es kommt also zu einer Ausgabenausweitung. Ich werde Ihnen anhand eines Beispiels beweisen, dass wir uns in diesem Land in einer Situation befinden, in der der Bundeskanzler aus einem Flugzeug Euroscheine abwerfen könnte und es trotzdem nur zu einem kurzfristigen Strohfeuer kommen würde, weil langfristige Reformen ausgeblieben sind.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP

(C)

Insoweit ähnelt die Situation in Deutschland der in Japan. Ich möchte das am Beispiel Aufbau Ost belegen.

Mit dem Aufbau Ost Anfang 1990 sind die neuen Bundesländer über die gesamten Jahre in einer beispiellosen innerdeutschen Solidarität mit 1 200 Milliarden Euro für Investitionen in Infrastruktur und Soziales ausgestattet worden. Sie haben aber bis auf wenige Ausnahmen das Regelwerk einer satten Bundesrepublik aus dem Jahre 1989 übernehmen müssen. Sie sind sozusagen mit Gummistiefeln in einen Wettbewerb geschickt worden, für den Deutschland Spikes braucht, nämlich den Wettbewerb im Rahmen der Globalisierung und der EU-Osterweiterung.

(Walter Schöler [SPD]: Aber keine Lackschuhe! Das ist der Unterschied!)

Die Gummistiefel der neuen Länder entsprechen dem Regelwerk, das nicht geeignet ist, die Probleme zu lösen.

(Joachim Poß [SPD]: Was ist mit der Wiedervereinigung? Sie tragen die Verantwortung für die falschen Weichenstellungen!)

Das Ergebnis in den neuen Bundesländern sind eine doppelt so hohe Arbeitslosigkeit wie in den alten Bundesländern, eine absolute Wachstums- und Einnahmeschwäche und eine Produktivität von 70 Prozent.

(Joachim Poß [SPD]: Sie sind schuld!)

Herr Poß, es gibt zwei Bereiche, in denen die neuen Bundesländer wirklich Spitze sind. Das sind genau die Bereiche, in denen sie Freiheiten bekommen haben und ihnen Leine gegeben worden ist.

(D)

Der erste Bereich ist die Bildung. Die neuen Bundesländer konnten sich entscheiden – Bildungspolitik fällt nicht in den Aufgabenbereich des Bundes, sondern ist Ländersache –, ob die Hochschulreife schon nach zwölf Schuljahren oder wie in den alten Bundesländern erst nach 13 Schuljahren erreicht wird. Bei allen Vergleichen sind diejenigen, die wie in Thüringen oder Sachsen nach zwölf Schuljahren die Hochschulreife erwerben, auch an den Universitäten Spitze. Es hat sich also gelohnt, in diesem Bereich andere Wege zu gehen und nicht das zu übernehmen, was sich in den alten Bundesländern angeblich bewährt hat.

(Walter Schöler [SPD]: Nennen Sie einmal die relativen Zahlen!)

Der zweite Bereich ist die Verkehrsinfrastruktur. In diesem Bereich konnten die neuen Länder im Planungsrecht von den üblichen Instrumentarien abweichen. Das bedeutet eine Verkürzung der Planungszeiten und ein Überspringen von Instanzen bei Einsprüchen, die Verkehrsprojekte oftmals monate- und jahrelang blockieren. Das Ergebnis ist, dass in den neuen Ländern im Zeitraum von zwölf bis 13 Jahren Verkehrsprojekte begonnen und beendet wurden, für die die alten Bundesländer mittlerweile 40 Jahre brauchen, wenn sie überhaupt zu einem guten Ende kommen.

Das zeigt, dass wir in den Bereichen, in denen Reglementierungen zurückgenommen werden, in denen Freiheit, Markt und Wettbewerb zugelassen werden, in der

(A) Lage sind, nach vorne zu kommen, von dem Bild der neuen Bundesländer als Kostgänger wegzukommen und die Zukunft selber zu gestalten.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich sage dies, weil Deutschland im Zeitalter der Globalisierung und der EU-Osterweiterung mit denselben Problemen konfrontiert ist wie die neuen Bundesländer seit ungefähr zwölf oder 13 Jahren. Deutschland hat in einem Wettbewerb Gummistiefel an, in dem andere Länder Spikes haben. Wir fordern die Bundesregierung auf, auch für Deutschland diese Spikes, die Sportausrüstung zuzulassen.

Sollte es nicht möglich sein, weil Ihnen die Kraft dazu fehlt – wirklich einschneidende Reformen würden Blut, Schweiß und Tränen bedeuten –, das Ganze gesamtdeutsch zu regeln, dann lassen Sie uns wenigstens in den neuen Bundesländer beweisen, dass es geht. Geben Sie (C) Freiheiten! Lassen Sie Wettbewerb zu! Wir fürchten uns davor nicht.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:
Die Aktuelle Stunde ist beendet.

Wir sind damit am Ende unserer heutigen Tagesordnung.

Ich berufe die nächste Sitzung des Deutschen Bundestages auf morgen, Donnerstag, den 6. Mai 2004, 9 Uhr, ein.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 17.26 Uhr)

(A) (C)

Anlagen zum Stenografischen Bericht

Anlage 1

Liste der entschuldigten Abgeordneten

Abgeordnete(r)		entschuldigt bis einschließlich
Bülow, Marco	SPD	05.05.2004
Dr. Gauweiler, Peter	CDU/CSU	05.05.2004
Hagemann, Klaus	SPD	05.05.2004
Hoffmann (Chemnitz), Jelena	SPD	05.05.2004
Laurischk, Sibylle	FDP	05.05.2004
Lehn, Waltraud	SPD	05.05.2004
Link (Diepholz), Walter	CDU/CSU	05.05.2004
Matschie, Christoph	SPD	05.05.2004
Meckel, Markus	SPD	05.05.2004
Müller (Köln), Kerstin	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	05.05.2004
Dr. Müller, Gerd	CDU/CSU	05.05.2004
Dr. Mützenich, Rolf	SPD	05.05.2004
Scharping, Rudolf	SPD	05.05.2004
Wellenreuther, Ingo	CDU/CSU	05.05.2004
Welt, Jochen	SPD	05.05.2004
Wettig-Danielmeier, Inge	SPD	05.05.2004

(B) (D)

Anlage 2

Neuabdruck einer zu Protokoll gegebenen Rede

zur Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über den Nationalen Zuteilungsplan für Treibhausgas-Emissionsberechtigungen in der Zuteilungsperiode 2005 bis 2007 (106. Sitzung, Tagesordnungspunkt 22)

Marie-Luise Dött *(CDU/CSU):* In einem Punkt sind wir uns wohl alle einig: Wir wollen Arbeitsplätze in Deutschland schaffen und erhalten! Deshalb müssen wir den Weg für Investitionen und Unternehmensansiedlungen frei machen. Den Unternehmen, die Deutschland als Standort für ihre Produktion auswählen, sollen nach Möglichkeit keine Steine in den Weg gelegt werden. Sie sollen vielmehr motiviert werden, diesen Schritt zu gehen.

Wie wir das schaffen können? Indem wir Wettbewerbsvorteile nutzen, Standortnachteile möglichst ausgleichen und Wettbewerbsverzerrungen vorbeugen.

Im Falle des Emissionshandels wären dafür zunächst einmal klare Vorgaben aus Europa notwendig gewesen. Für die Umsetzung der EU-Emissionshandelsrichtlinie fehlen diese leider fast vollständig. Die Bundesregierung war in der Pflicht, sich auf europäischer Ebene für praktikable Umsetzungsrichtlinien für die EU-Mitgliedstaaten einzusetzen. Die Gelegenheit dazu hatten Sie: Zehn Mal hat der EU-Ministerrat für Wettbewerbsfragen zum Thema Emissionshandel getagt. Neun Mal hat der deutsche Wirtschaftsminister durch Abwesenheit geglänzt. Damit hat er Deutschland einen wahren Bärendienst erwiesen.

Dadurch, dass verbindliche Standards fehlen, sind wir von einer einheitlichen Umsetzung in den europäischen Mitgliedstaaten weit entfernt: Frankreich entlässt seine chemische Industrie aus dem Regiment des Emissionshandels. Die Niederlande und Österreich statten ihre Anlagen mehr als großzügig aus. In Deutschland dagegen wird verknappt. Die Wettbewerbsverzerrungen, die dadurch im europäischen Markt entstehen, liegen auf der Hand. Die Verlierer in diesem Spiel drohen ein weiteres Mal die Unternehmen zu sein, die sich für den Standort Deutschland entscheiden.

Ich frage mich also, warum die Bundesregierung jeden Weitblick hat vermissen lassen und nicht frühzeitig Engagement zeigte. Es mag wohl daran liegen, dass sich das Kabinett selbst nicht einig war.

Das Chaos, das Sie uns in der Planungsphase präsentiert haben, spottet jeder Beschreibung. Mal ganz abgesehen davon, dass Sie das Parlament und die Parlamentarier fast völlig übergehen, haben Sie auch bei den betroffenen Unternehmen mehr Verwirrung gestiftet als Klarheit geschaffen.

Mit dem Gesetz über den nationalen Zuteilungsplan wollten Sie die dringend benötigten Antworten liefern. Doch Ihr Gesetzentwurf führt die Irrungen und Wirrungen lediglich auf anderer Ebene fort. In dem nach Brüssel gemeldeten Nationalen Allokationsplan (NAP) und dem heute diskutierten Gesetzesentwurf (NAP-Gesetz) tauchen völlig widersprüchliche Aussagen auf.

Die interessierte Öffentlichkeit fragt sich: Liegt der Erfüllungsfaktor nun bei 0,9765 (NAP) oder bei 0,9775 (NAP-Gesetz)? Werden frühzeitige Emissionsminderungen ab dem Jahr 1996 (NAP) oder ab 1994 (NAP-Gesetz) anerkannt? Wie wollen Sie denn der deutschen Wirtschaft Planungssicherheit und Bestandsschutz vermitteln, wenn Sie sich innerhalb der Regierung und in den verschiedenen Kabinettsdokumenten ständig widersprechen?

Was wir benötigen, sind klare Aussagen und ein investitionsfreundliches Klima. Die Gesetzgebung zum europäischen Emissionshandel darf da keine Ausnahme machen. Die Abschreibung einer Anlage dauert nicht

(A)

nur ein paar Jahre. Um positive Standortentscheidungen zu forcieren, muss die Bundesregierung verlässliche Regeln gewährleisten. Nicht nur in der Einführungsphase, sondern auch und vor allem für die zweite Handelsperiode und über 2015 hinaus. Eine Vision der Bundesregierung, in welche Richtung der Emissionshandel nach 2012 steuert, ist mir bisher aber nicht bekannt.

Auch in anderen Fragen der Umsetzung hätten günstigere Entscheidungen für den Standort Deutschland getroffen werden können. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat in den gesamten Verhandlungen und im gesamten Gesetzgebungsverfahren zum Emissionshandel darauf gedrungen, neuen Marktteilnehmern einen uneingeschränkten und kostenlosen Zugang zum Handelssystem zu ermöglichen. Die Bundesregierung hatte noch im Nationalen Allokationsplan, den Sie am 31. März nach Brüssel gemeldet hat, die gleiche Stoßrichtung. Hier hieß es, „dass für alle zu erwartenden Newcomer-Anlagen eine hinreichende Menge an Emissionsberechtigungen zur Verfügung stehen wird“. Diese Aussage unterstütze ich.

Im NAP-Gesetz hingegen findet sich nun eine Beschränkung der Zertifikate für neue Marktteilnehmer auf 3 Millionen Tonnen pro Jahr. Da die Bundesregierung nicht offen legt, auf welcher Datenbasis diese Zahl beruht und welche Berechnungen dieser Zahl zugrunde gelegt wurden, muss ich davon ausgehen, dass es sich lediglich um eine mehr oder weniger willkürliche Annahme handelt. Sowohl für die Öffentlichkeit als auch für den Gesetzgeber ist in keiner Weise erkennbar, wie belastbar die Zahl von 3 Millionen Tonnen pro Jahr ist und ob die Menge ausreichen wird.

(B)

Es versteht sich von selbst, dass die beteiligten Interessengruppen sich hierzu nicht einlassen, da eine Erhöhung der Reserve zulasten der Verteilmenge ginge. Nicht nur um die Verquickung der verschiedenen Interessen zu vermeiden, sondern auch aus Gründen des Bestandsschutzes haben wir immer gefordert, die Reserven von der Zuteilungsmenge loszulösen. In der jetzigen Situation besteht die Gefahr, dass die Reserve-Regelung zulasten derer ausgestaltet wurde, die noch keine Lobby haben, weil es sie noch nicht gibt – die neuen Marktteilnehmer.

Wenn sich herausstellt, dass die Reserve zu knapp bemessen wurde, dann gleicht das einem Zulassungsstopp für Neuinvestitionen. Ist die Reserve einmal erschöpft, dann wird es in dieser Handelsperiode keine Anlagenneuzulassungen mehr geben. Denn welcher Betreiber baut eine Anlage, wenn er noch vor der Inbetriebnahme Geld für Zertifikate ausgeben muss, die seine Mitbewerber kostenlos zugeteilt bekommen haben? Damit ist sein Wettbewerbsnachteil doch schon vorprogrammiert. Wer garantiert, dass die Zertifikate zu einem akzeptablen Preis zu erwerben sind, der nicht unverhältnismäßig ist? Und wer garantiert darüber hinaus, dass zu diesem Zeitpunkt überhaupt Zertifikate auf dem Markt vorhanden sind, dass sich also ein Betreiber findet, der bereit ist zu verkaufen? Im NAP-Gesetz finden sich solche Zusagen nicht.

Ich möchte hier deshalb ganz stark für eine andere als die im NAP-Gesetz vorgeschlagene Regelung plädieren.

(C)

Wir brauchen eine Auffanglösung, mit der ausnahmslos alle Neuanlagen kostenlos mit Zertifikaten ausgestattet werden, auch wenn die Reserve bereits erschöpft ist.

Stehen Sie nicht weiter auf der Wachstumsbremse, sondern ändern Sie das NAP-Gesetz und sorgen Sie dafür, dass die sich abzeichnende Konjunkturbelebung nicht im Keim wieder erstickt wird!

Anlage 3

Antwort

der Parl. Staatssekretärin Christel Riemann-Hanewinckel auf die Frage des Abgeordneten **Dr. Egon Jüttner** (CDU/CSU) (Drucksache 15/3021, Frage 1):

> Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über das Ausmaß illegaler Adoptionen guatemaltekischer und costaricanischer Babys, insbesondere in Deutschland, und was will sie dagegen unternehmen?

Der Bundesregierung ist aufgrund von Menschenrechtsberichten bekannt, dass in Guatemala illegale Adoptionen in erheblichem Umfang stattfinden. Hierzu wird insbesondere auf den Bericht der UNO-Sonderbeauftragten über Kinderverkauf in Guatemala vom 27. Januar 2000 verwiesen. Gegen den Beitritt, Guatemalas zum Haager Adoptionsübereinkommen hat Deutschland im Jahr 2003 Einspruch eingelegt, da der im Adoptionsübereinkommen vorausgesetzte Verfahrensablauf in Guatemala nicht gesichert ist. Damit wirkt die Beitrittserklärung Guatemalas nicht für Deutschland. Eine Einspruchsrücknahme kommt erst dann in Betracht, wenn in Guatemala entsprechende Infrastrukturen geschaffen worden sind, dafür liegen aber bisher keine Anhaltspunkte vor. Derzeit hat keine Adoptionsvermittlungsstelle in freier Trägerschaft eine Zulassung für den Adoptionsverkehr mit Guatemala. Die hierfür zuständigen zentralen Adoptionsstellen der Landesjugendämter erteilen im Hinblick auf die Situation in Guatemala derzeit keine Zulassungen.

(D)

Es hat m der Vergangenheit immer wieder private Adoptionen aus Guatemala gegeben. Die Bundeszentralstelle für Auslandsadoptionen ist im Jahre 2002 in acht und im Jahre 2003 in neun Fällen in Anerkennungsverfahren nach dem Adoptionswirkungsgesetz beteiligt worden. In allen Fällen ist festgestellt worden, dass es sich um legale Adoptionen gehandelt hat. Costa Rica ist seit dem 1. Februar 1996 Mitglied der Haager Konvention über internationale Adoptionen. Das bedeutet, dass Adoptionsverfahren aus Costa Rica nach Deutschland ausschließlich nach den Vorschriften der Haager Konvention durchgeführt werden. Die Bundesregierung hat derzeit keinerlei Erkenntnisse über illegale Adoptionen aus Costa Rica.

Anlage 4

Antwort

des Staatssekretärs Erich Stather auf die Frage des Abgeordneten **Rainer Funke** (FDP) (Drucksache 15/3021, Frage 4):

(A)

Wie sehen die Pläne der Bundesregierung aus, die Entwicklungszusammenarbeit mit dem Sudan wieder aufzunehmen, und in welchen Bereichen könnte die Bundesrepublik Deutschland einen herausragenden Beitrag leisten?

Deutschland wird erst dann die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit mit Sudan wieder aufnehmen, wenn die Gebergemeinschaft die Voraussetzung dafür für gegeben hält. Wir werden uns vorab an der von UNDP initiierten Joint Assessment Mission durch Entsendung von Kurzzeitexperten zu mehreren Bereichen beteiligen. Damit wird sich die Bundesregierung an der Gestaltung des Gesamtrahmens für die mittel- und langfristig ausgerichtete internationale Entwicklungszusammenarbeit beteiligen, die zugleich Orientierungsrahmen für die bilaterale deutsch-sudanesische Entwicklungsarbeit darstellen wird. In die internationale Geberprogramme muss die Bundesregierung ihre möglichen Beiträge von Anfang an komplementär einbringen, um insgesamt für das Land eine kohärente Entwicklungsplanung zu erzielen. Dabei bleibt genügend Raum für signifikante bilaterale Aktivitäten. Dafür geeignete Bereiche werden in einer Fact Finding Mission im Sudan Anfang Dezember 2003 abgesteckt. Es handelt sich dabei um folgende mögliche Kooperationsfelder: ländliche Wasserversorgung, Basisgesundheitswesen, berufliche Bildung. Darüber hinaus ist beabsichtigt, im Bereich „Gouvernance“ einen ad hoc ersetzbaren TZ-Fonds zu schaffen. Von der deutschen bilateralen Entwicklungszusammenarbeit sollen insbesondere solche Regionen berücksichtigt werden in denen nach einem künftigen Friedensabschluss die Situation fragil bleiben wird. In diesen Gebieten kann die Entwicklungsarbeit für die kriegsgeschundene Bevölkerung eine Friedensdividende spürbar machen und so zu einer Stabilisierung der Situation beitragen. Neben den ehemaligen Bürgerkriegsgebieten im Zentrum und im Süden des Sudan sollte insbesondere die Darfur-Region berücksichtigt werden.

(B)

Anlage 5

Antwort

der Parl. Staatssekretärin Marion Caspers-Merk auf die Fragen des Abgeordneten **Jens Spahn** (CDU/CSU) (Drucksache 15/3021, Fragen 13 und 14):

Wie verteilen sich die Baukosten für den Neubau des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung (BMGS) in Bonn auf die einzelnen Baujahre, und für welchen Betrachtungszeitraum ist in diesem Zusammenhang eine bundeseigene Neubaulösung im Vergleich zur derzeitigen Mietsituation günstiger (vergleiche Antwort des Staatssekretärs im BMGS, Heinrich Tiemann, vom 22. Januar 2004 auf meine schriftliche Frage 77 auf Bundestagsdrucksache 15/2380)?

Welche vergaberechtlichen Vorschriften finden nach Ansicht der Bundesregierung Anwendung hinsichtlich des § 127 Abs. 2 Fünftes Buch Sozialgesetzbuch, nach dem Krankenkassen auch Verträge mit einzelnen Leistungserbringern abschließen dürfen, und inwieweit wenden nach Kenntnis der Bundesregierung alle Krankenkassen die gleichen Vergabeverfahren und -richtlinien an?

Zu Frage 13:

Die Kosten für die Baumaßnahme des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung in Höhe von 34 200 Tausend Euro sind im Haushalt 2004 eingestellt. Der Neubau soll spätestens in 2007 bezugsfertig sein. Der Bauablauf wird derzeit mit der zuständigen Bundesbaubehörde verhandelt. Erst nach Abschluss dieser Verhandlungen können die Mittelabflüsse verbindlich benannt werden. Die nach § 7 Bundeshaushaltsordnung (BHO) durchgeführte Wirtschaftlichkeitsberechnung zeigt, dass die bundeseigene Neubaumaßnahme ab 2015 kostengünstiger ist als eine Mietunterbringung.

(C)

Zu Frage 14:

Inwieweit die Krankenkassen die gleichen Vergabeverfahren und -richtlinien anwenden, ist der Bundesregierung nicht bekannt. Zur Beantwortung der Frage wird das Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung daher eine Stellungnahme der Spitzenverbände der Krankenkassen einholen. Nach Vorliegen der Stellungnahme kommt das Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung auf das Anliegen zurück und wird unter Einbeziehung der Stellungnahme auch zu der Frage Stellung nehmen, welche vergaberechtlichen Vorschriften hinsichtlich des § 127 Abs. 2 SGB V nach Auffassung der Bundesregierung Anwendung finden.

Anlage 6

Antwort

der Parl. Staatssekretärin Marion Caspers-Merk auf die Fragen der Abgeordneten **Dr. Gesine Lötzsch** (fraktionslos) (Drucksache 15/3021, Fragen 15 und 16):

(D)

Trifft es zu, dass zur Berechnung der Belastungsgrenze nach dem Gesetz zur Modernisierung der gesetzlichen Krankenversicherung (GMG) bei Empfängern von Leistungen nach dem Bundessozialhilfegesetz (BSHG) nur der Regelsatz und keine Zuschüsse, wie etwa zu Miete, Heizkosten oder Bekleidung herangezogen werden, und trifft es zu, dass Arbeitslosenhilfezahlungen nach dem Dritten Buch Sozialgesetzbuch (SGB III) voll zur Berechnung der Belastungsgrenze herangezogen werden?

Wie bewertet die Bundesregierung die Tatsache, dass ein Arbeitslosenhilfeempfänger, der Leistungen nach dem SGB III in gleicher Höhe wie ein Empfänger von Leistungen nach dem BSHG inklusive Zuschüsse erhält, eine höhere Belastungsgrenze nach dem GMG hat als der Sozialhilfeempfänger, und beabsichtigt die Bundesregierung, an dieser von vielen Menschen als ungleich empfundenen Behandlung etwas zu ändern?

Zu Frage 15:

Ja. Das Gesetz zur Modernisierung der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-Modernisierungsgesetz – GMG) sieht vor, dass niemand mehr als zwei Prozent des anzurechnenden Familienbruttoeinkommens pro Kalenderjahr zuzuzahlen hat und dass diese Grenze für schwerwiegend chronisch Kranke bei ein Prozent liegt. Für Versicherte, die Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Bundessozialhilfegesetz oder im Rahmen der Kriegsopferfürsorge nach dem Bundesversorgungsgesetz oder nach anderen Gesetzen in entsprechender Anwendung des Bundesversorgungsgesetzes oder Leistungen nach dem Gesetz über eine bedarfsorientierte

(A) Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung erhalten oder bei denen die Kosten der Unterbringung in einem Heim oder einer ähnlichen Einrichtung von einem Träger der Sozialhilfe oder der Kriegsopferfürsorge getragen werden, bildet der Regelsatz des Haushaltsvorstands nach der Regelsatzverordnung die Belastungsgrenze. Die Regelung gilt auch für den Personenkreis, für den die Gesetzliche Krankenversicherung die Krankenbehandlung nach § 264 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch (SGB V) übernimmt.

Zu Frage 16:

Der Gesetzgeber hat mit dem GMG nur für den in der Antwort auf Frage 15 beschriebenen Personenkreis eine niedrigere Belastungsgrenze eingeführt. Schon der Erhalt von Sozialhilfeleistungen in geringer Höhe führt zur Anwendung der niedrigeren Belastungsgrenze. Insofern profitieren von dieser Regelung auch Arbeitslosenhilfebezieher, die daneben aufstockende Sozialhilfe erhalten. Im Übrigen knüpft die Arbeitslosenhilfe durch ihre Lohnbezogenheit an das frühere Arbeitsleben an und unterliegt daher anderen Bemessungsgrundlagen als Sozialhilfeleistungen. Deshalb ist es auch vertretbar, beides unterschiedlich zu behandeln. Eine Änderung dieser Regelung ist nicht beabsichtigt.

Anlage 7

(B)

Antwort

der Parl. Staatssekretärin Simone Probst auf die Frage der Abgeordneten **Gitta Connemann** (CDU/CSU) (Drucksache 15/3021, Frage 20):

Was hat die Bundesregierung veranlasst, um bei der Ausweisung der Natura2000-Schutzgebiete in der Ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ) der Nord- und Ostsee die Zustimmung der Nachbarländer, insbesondere von den Niederlanden und Dänemark, zur Fortentwicklung der Definitionen der Habitate Riff und Sandbank zu erreichen, und welches Ergebnis wurde dabei erzielt?

Eine Zustimmung zur nationalen Konkretisierung der Definitionen der Lebensraumtypen „Riffe“ und „Sandbänke“ seitens der Mitgliedstaaten ist nicht erforderlich, da jeder Mitgliedstaat selbst für die Durchführung der Habitat-Richtlinie in seinem Zuständigkeitsbereich verantwortlich ist. Dennoch erfolgte die nationale Konkretisierung der oben genannten Lebensraumtypen in Kooperation mit nationalen und internationalen Fachwissenschaftlern, Fachjuristen und Behördenvertretern. Das Ergebnis der Fachkonsultationen sind die auf den Bereich der AWZ zugeschnittenen konkretisierten Definitionen der Lebensraumtypen 1 110 „Sandbänke“ und 1 170 „Riffe“ und die darauf aufbauende Gebietsauswahl des Bundesamtes für Naturschutz. In der von der EU-Kommission eingesetzten marinen Expertengruppe zur Umsetzung der Habitat-Richtlinie im marinen Bereich wird die deutsche Konkretisierung beider Lebensraumtyp-Definitionen unterstützt – auch von den niederländischen und dänischen Vertretern –.

Anlage 8

(C)

Antwort

des Staatssekretärs Jürgen Chrobog auf die Fragen des Abgeordneten **Harald Leibrecht** (FDP) (Drucksache 15/3021, Fragen 29 und 30):

Welchen Stellenwert hat nach Einschätzung der Bundesregierung die Intergovernmental Authority Development (IGAD) für den Friedensprozess im Sudan und kann sie im Westen des Sudans vermittelnd eingreifen?

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung für die Afrikanische Union (AU), im Sudan sowohl in den Konflikt im Westen des Sudans einzugreifen, als auch im Nord-Süd-Konflikt zu vermitteln?

Zu Frage 29:

Die Regionalorganisation IGAD wird als politisches Forum für Vermittlungsbemühungen im sudanesischen Friedensprozess zur Beilegung des Nord-Süd Konfliktes im Land genutzt. Dieses Mandat wird von den Konfliktparteien anerkannt und hat sich vor allem in den letzten zwei Jahren bewährt. Dem IGAD-Chef-Vermittler, dem Kenianer General Lazarus Sumbeiywo, gelang es mit internationaler Unterstützung, die Konfliktparteien zur Regelung von wichtigen Streitpunkten wie Sicherheitsfragen oder Verteilung der Staatseinnahmen zu bewegen. Die Regionalorganisation IGAD hat jedoch kein Mandat von den Konfliktparteien, im Darfur-Konflikt zu vermitteln.

Zu Frage 30:

(D) Bei der Aushandlung des Waffenstillstandsabkommens zwischen sudanesischer Regierung und Darfur-Rebellen vom 8. April 2004 war die Afrikanische Union aktiv beteiligt. Derzeit prüft die Afrikanische Union nach Kenntnis der Bundesregierung Möglichkeiten der Entsendung einer Überwachungskommission nach Darfur. Die Bundesregierung begrüßt diese Bemühungen. Im sudanesischen Nord-Süd Konflikt strebt die Afrikanische Union demgegenüber keine Vermittlerrolle an. Eine solche wäre wohl auch nicht zielführend, da hier bereits die Intergovernmental Authority on Development (IGAD) vermittelt und gute Ergebnisse erzielt hat. Unter diesen Umständen würde eine zusätzliche Vermittlung durch die Afrikanische Union das Vermittlungsmandat der IGAD schwächen.

Anlage 9

Antwort

des Staatssekretärs Jürgen Chrobog auf die Fragen des Abgeordneten **Ulrich Heinrich** (FDP) (Drucksache 15/3021, Fragen 31 und 32):

Teilt die Bundesregierung die Einschätzung des VN-Beauftragten für humanitäre Hilfe im Sudan, Mukesh Kapila, dass es sich bei den Gräueltaten in der westsudanesischen Region Darfur um Völkermord handelt, und wie beurteilt sie den alarmierenden Bericht der UNHCR-Mission im Tschad vom April 2004?

Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die menschenrechtliche und humanitäre Situation der Flüchtlinge aus dem Konflikt in der Region Darfur im Westen des Sudans,

(A)

welche vorwiegend in den Tschad geflohen sind, und welche Maßnahmen will die Bundesregierung ergreifen, um die Lage der Flüchtlinge zu verbessern?

Zu Frage 31:

Die Bundesregierung ist über die Entwicklung in der Region Darfur im Westen des Sudan äußerst besorgt. Seit Ausbruch der Kämpfe zwischen zwei Rebellenorganisationen und der sudanesischen Regierung im Februar 2003 hat sich die Situation dramatisch zugespitzt. Nach UN-Angaben sind 10 000 Zivilisten getötet worden und bis zu 1 Million vertrieben worden. Eine genaue Einschätzung der Lage ist aufgrund der von der sudanesischen Regierung immer wieder verhängten Zugangsbeschränkungen schwierig. Die Bundesregierung ist jedoch nach einer Auswertung verschiedener Berichte der Auffassung, dass in Darfur arabischstämmige Milizen, die in Verbindung mit der sudanesischen Regierung stehen, schwerste Menschenrechtsverletzungen gegen den schwarzafrikanischen Teil der Zivilbevölkerung begehen und diese aus ihren Dörfern vertreiben. Der in der Frage angesprochene Bericht der UNHCR-Mission im Tschad, der zahlreiche massive Menschenrechtsverletzungen dokumentiert, wird von der Bundesregierung sehr ernst genommen. Die Bundesregierung hat sich dafür eingesetzt, dass der Bericht der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen in Genf zur Verfügung gestellt wurde.

Zu Frage 32:

Die humanitäre und menschenrechtliche Situation in Darfur im Westen des Sudan gibt Anlass zu größter Sorge. Aufgrund der Auseinandersetzungen sind bis zu 1 Million Menschen auf der Flucht, über 100 000 davon sind den Tschad geflüchtet Auch dort sind sie aber vor grenzüberschreitenden Angriffen von arabisch-stämmigen Milizen aus dem Sudan nicht immer sicher. Der UNHCR plant, bis zum Beginn der Regenzeit rund 60 000 Flüchtlinge in sicherere Lager im Landesinneren unterzubringen. Von den Darfur-Flüchtlingen war bisher nur ein Teil für Hilfsmaßnahmen erreichbar. Eine VN-Mission unter Leitung des WEP-Direktors Morris ist vor wenigen Tagen aus Darfur zurückgekehrt und bestätigt die äußerst kritische humanitäre Lage der Binnenvertriebenen. Ein detaillierter Bericht wird in den nächsten Tagen veröffentlicht werden. Vereinte Nationen, IKRK sowie internationale Hilfsorganisationen planen eine Ausweitung ihrer Hilfstätigkeit. Auch die Bundesregierung prüft zurzeit weitere Hilfsmaßnahmen. Aufgrund der Ende Mai beginnende Regenzeit ist Eile geboten.

(B)

Anlage 10

Antwort

des Staatssekretärs Jürgen Chrobog auf die Fragen des Abgeordneten **Markus Löning** (FDP) (Drucksache 15/3021, Fragen 33 und 34):

Welche Maßnahmen unternimmt die Bundesregierung, um die Menschenrechtslage im Sudan zu verbessern und die Einhaltung der menschenrechtlichen Verpflichtungen des Sudans zu gewährleisten, insbesondere angesichts der Ereignisse der letzten Wochen im Westen des Sudans?

(C)

Hält die Bundesregierung ein militärisches Eingreifen der internationalen Staatengemeinschaft in den Konflikt im Westen des Sudans für erforderlich, um dort einen Genozid zu verhindern, und wenn ja, unter welchen Bedingungen könnte dieser Eingriff erfolgen?

Zu Frage 33:

Die Bundesregierung ist über die menschenrechtliche Situation im Sudan und insbesondere in der Westregion Darfur zutiefst besorgt. Bilateral, aber auch gemeinsam mit ihren EU-Partnern und im Rahmen der VN übt sie Druck auf die sudanesische Regierung aus, um diese zu einer Verbesserung der Menschenrechtssituation zu drängen. Bundesminister Fischer hat am 24. April 2004 an die sudanesische Regierung appelliert, für ein sofortiges Ende der Übergriffe auf die Zivilbevölkerung in Darfur zu sorgen. In bilateralen Gesprächen mit dem sudanesischen Außenminister haben Bundesminister Fischer und Staatsmininisterin Müller den sudanesischen Außenminister energisch zur Achtung der Menschenrechte aufgefordert. Entsprechende Appelle richten Vertreter des Auswärtigen Amts regelmäßig an den sudanesischen Botschafter in Berlin, zum Beispiel anlässlich einer Einbesteilung am 8. April 2004. Staatsministerin Müller ist aus Anlass der Darfur-Krise am 3. Mai 2004 in den Tschad gereist. Sie wird dort Flüchlingslager an der sudanesischen Grenze besuchen, um sich ein Bild über die Situation der Flüchtlinge vor Ort zu machen. Außerdem wird sie Gespräche mit Vertretern der Konfliktparteien führen. Bei der diesjährigen Sitzung der VN-Menschenrechtskommission gelang es den EU-Staaten, eine Mehrheit für die Wiedereinsetzung eines Sonderberichterstatters für den Sudan zu mobilisieren, wenn auch um den Preis einer in ihren Bewertungen der Menschenrechtslage im Sudan nicht ausreichend deutlichen Resolution

(D)

Zu Frage 34:

Die Bundesregierung ist über die menschenrechtliche Situation im Sudan und insbesondere in der Westregion Darfur zutiefst besorgt. Die Bundesregierung ist der Auffassung, dass alle, insbesondere politischen, Möglichkeiten zur Beendigung des Konflikts geprüft werden müssen. Die Staatsministerin im Auswärtigen Amt, Kerstin Müller, befindet sich derzeit im Tschad, um sich in den Flüchtlingslagern an der sudanesischen Grenze ein Bild von der Situation zu machen. Auch zwei UN-Missionen haben in der letzten Woche die Lage in Darfur erkundet und werden in Kürze berichten. Die Bundesregierung hat sich seit längerem bemüht, Darfur auf die Tagesordnung des UN-Sicherheitsrats zu setzen. Unter deutscher Präsidentschaft ist dies am 2. April 2004 und 14. April 2004 gelungen. Am 7. Mai wird im UN-Sicherheitsrat erneut über die Situation in Darfur sowie über die zu treffenden Maßnahmen beraten werden. Die Afrikanische Union plant die Implementierung eines Überwachungsmechanismus. Im Rahmen der VN und EU wird eine Beteiligung bzw. Unterstützung und deren Finanzierung geprüft werden. Dafür kann auch die afrikanische Friedensfazilität in Anspruch genommen werden.

(A)

Anlage 11

Antwort

des Staatssekretärs Jürgen Chrobog auf die Frage des Abgeordneten **Rainer Funke** (FDP) (Drucksache 15/3021, Frage 35):

> Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die menschenrechtliche und humanitäre Situation der Flüchtlinge aus dem Nord-Süd-Konflikt im Sudan, und gibt es bereits Pläne zur Rückführung der Flüchtlinge?

Nach Angaben des Hochkommissars für Flüchtlingsfragen der Vereinten Nationen (UNHCR) befinden sich zurzeit rund 500 000 sudanesische Flüchtlinge in Nachbarländern des Sudan, wo sie zum größten Teil in vom UNHCR betreuten Flüchtlingslagern leben und gemäß internationalen Standards versorgt werden. Die Zahl der durch den Nord-Süd-Konflikt intern Vertriebenen im Nord- und Südsudan wird auf 3 bis 4 Millionen Personen geschätzt. Viele dieser Menschen sind seit Jahren vertrieben und leben bei Verwandten oder zusammen mit Binnenvertriebenen der gleichen ethnischen Gruppe. Die Unterzeichnung eines Friedensabkommens zwischen sudanesischer Regierung und der SPLM/A und dessen Umsetzung würde diesen Menschen die Möglichkeit einer Rückkehr in ihre Heimat eröffnen. Gleichzeitig sind die Aufnahmekapazitäten insbesondere im kriegsszerstörten Südsudan noch gering. Der Flüchtlingshochkommissar der Vereinten Nationen trifft daher für das erste Jahr nach der Unterzeichnung eines Friedensabkommens Vorbereitungen für die Repatriierung und Reintegrierung von zunächst rund 110 000 sudanesischen Flüchtlingen aus den Nachbarländern sowie rund 80 000 Binnenflüchtlingen.

(B)

Anlage 12

Antwort

des Staatsministers Hans Martin Bury auf die Fragen des Abgeordneten **Eckart von Klaeden** (CDU/CSU) (Drucksache 15/3021, Fragen 36 und 37):

> Trifft es zu, dass das Auswärtige Amt (AA) am 8. März 2004 schriftlich bei der Staatsanwaltschaft Köln nach den dort geführten Ermittlungen gegen Bedienstete des Amtes wegen des Verdachts der „Beihilfe zur gewerbsmäßigen Schleusung“ und der „uneidlichen Falschaussage“ in dem im März dieses Jahres zu Ende gegangenen Schleuserprozess vor dem Landgericht Köln angefragt hat?
>
> Trifft es zu, dass diese Anfrage unverzüglich beantwortet wurde, und wenn ja, was wurde dem Auswärtigem Amt insoweit mitgeteilt?

Zu Frage 36:

Das Auswärtige Amt hatte die Staatsanwaltschaft Köln bereits Mitte August 2003 angeschrieben und um Mitteilung gebeten, ob und gegebenfalls gegen welche Mitarbeiter ermittelt wird und worin der Tatvorwurf besteht. Darauf hatte das Auswärtige Amt bis März 2004 keine Antwort erhalten. Unmittelbar nach Erscheinen entsprechender Pressemeldungen hat das Auswärtige Amt am 8. März 2004 die Staatsanwaltschaft Köln erneut um Mitteilung gebeten, gegen welche Bedienstete des Auswärtigen Amts Ermittlungsverfahren eingeleitet wurden.

(C)

Zu Frage 37:

Die Staatsanwaltschaft teilte dem Auswärtigen Amt mit Schreiben vom 15. März 2004 mit, dass Ermittlungsverfahren gegen Mitarbeiter des Auswärtigen Amts eingeleitet worden seien. Es handele sich um ein Verfahren wegen Verdachts der Beihilfe zur gewerbsmäßigen Schleusung von Ausländern durch Unterlassen und um drei Verfahren wegen Verdachts der falschen uneidlichen Aussage.

Anlage 13

Antwort

des Staatsministers Hans Martin Bury auf die Fragen des Abgeordneten **Dr. Hans-Peter Uhl** (CDU/CSU) (Drucksache 15/3021, Fragen 38 und 39):

> Wegen welcher Sachverhalte und Tatvorwürfe wird nach Kenntnis der Bundesregierung von der Staatsanwaltschaft gegen Mitarbeiter des Auswärtigen Amts ermittelt, und zu welchen Abteilungen gehörten diese zur Tatzeit?
>
> Welche Funktionen innerhalb der Abteilung haben diese Mitarbeiter zur tatrelevanten Zeit bekleidet, und inwieweit ist die politische Leitung des Auswärtigen Amts von den insoweit erhobenen Vorwürfen tangiert?

Zu Frage 38:

Die Staatsanwartschaft Köln hat gegen einen Mitarbeiter des Auswärtigen Amts ein Ermittlungsverfahren wegen Verdachts der Beihilfe zur gewerbsmäßigen Schleusung von Ausländern durch Unterlassen eingeleitet. Außerdem sind gegen drei Mitarbeiter des Auswärtigen Amts Ermittlungsverfahren wegen Verdachts der falschen uneidlichen Aussage eingeleitet worden.

(D)

Zu Frage 39:

Von den vier Mitarbeitern, gegen die Verfahren eingeleitet wurden, waren drei in der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amts, einer an der Botschaft Kiew tätig. Ich bitte Sie um Verständnis dafür, dass ich in einem laufenden Ermittlungsverfahren aus Gründen des Schutzes der Identität der Beschäftigten keine näheren Angaben zu deren genauer Funktion machen werde. Die Leitung des Auswärtigen Amts hat selbst größtes Interesse an einer Klärung der im Zusammenhang mit den Ermittlungsverfahren aufgeworfenen Fragen und Anschuldigungen. In diesem Zusammenhang weist sie jedoch jegliche Vorverurteilung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern entschieden zurück.

Anlage 14

Antwort

des Staatsministers Hans Martin Bury auf die Fragen des Abgeordneten **Matthias Sehling** (CDU/CSU) (Drucksache 15/3021, Fragen 40 und 41):

> Muss, nachdem die Reiseschutzversicherungen nicht mehr als Nachweis für die Finanzierung des Lebensunterhalts he-

(A)

rangezogen werden, nach geltender Weisungslage jeder Reisewillige aus den GUS-Staaten, der bei einer deutschen Auslandsvertretung ein Visum beantragt, eine individualisierte Verpflichtungserklärung vorlegen, insbesondere auch bei Touristen-Gruppenreisen, und falls nein, wie wird in diesem Fall die Haftung für den Lebensunterhalt nachgewiesen?

Wie viele Visa wurden in den GUS-Staaten im 1. Quartal 2004 mit bzw. ohne individualisierte Verpflichtungserklärungen erteilt?

Zu Frage 40:

Gemäß der Gemeinsamen Konsularischen Instruktion der Schengen-Partner hat der Antragsteller die erforderlichen Mittel zur Bestreitung des Lebensunterhaltes stets nachzuweisen. Nachdem Reiseschutzversicherungen als Ersatz für Verpflichtungserklärungen weggefallen sind, müssen Antragsteller, die die Sicherung ihres Lebensunterhalts einschließlich eventuell anfallender Rückführungskosten nicht aus eigenen Mitteln nachweisen können, daher in der Regel auf individualisierte Verpflichtungserklärungen zurückgreifen.

Zu Frage 41:

Die deutschen Auslandsvertretungen in den GUS-Staaten haben im 1. Quartal 2004 insgesamt 129 108 Visa erteilt. Das Auswärtige Amt verfügt über keine Statistiken, die danach unterscheiden, ob Verpflichtungserklärungen der Visumerteilung zugrunde lagen oder die erforderlichen Mittel auf anderem Wege nachgewiesen wurden.

(B)

Anlage 15

Antwort

des Staatsministers Hans Martin Bury auf die Fragen des Abgeordneten **Peter Weiß** (Emmendingen) (CDU/CSU) (Drucksache 15/3021, Fragen 42 und 43):

Wird die Bundesregierung bei den bevorstehenden Regierungsverhandlungen mit Uganda die Ausarbeitung eines Friedensplans für Norduganda mit genauen zeitlichen und inhaltlichen Vorgaben für den weiteren Friedensprozess sowie die Reform des politischen Systems hin zu einer echten Mehrparteiendemokratie zum Thema machen und die weitere Vergabe von Mitteln der Entwicklungszusammenarbeit an konkrete Reformschritte in dieser Hinsicht knüpfen?

Sind der Bundesregierung Pläne der Regierung Ugandas bekannt, in der Umgebung der Protected Camps im Norden großflächig Land zu akquirieren, um dort Großfarmen einzurichten und damit die Camps auf Dauer zu erhalten, und wie bewertet sie diese?

Zu Frage 42:

Die Bundesregierung wird bei den heute beginnenden Regierungsverhandlungen die Lage im Norden Ugandas einschließlich möglicher Friedensperspektiven sowie die innenpolitische Entwicklung des Landes aktiv thematisieren. Sie wird dabei zum Ausdruck bringen, dass Perspektiven für einen Frieden im Norden ebenso wie positive Entwicklungen in Richtung pluraler Demokratie sich positiv auf die entwicklungspolitische Zusammenarbeit auswirken werden. Diese Fragen werden regelmäßig und intensiv auch im EU-Kreis und im Rahmen der Geberkoordinierung thematisiert.

(C)

Zu Frage 43:

Derartige Überlegungen sind der Bundesregierung seit kurzem durch Äußerung eines Regierungsmitgliedes gegenüber einer Delegation des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung bekannt. Die Bundesregierung wird aufmerksam verfolgen, welche Absichten und Interessen damit verbunden sind, insbesondere ob es sich dabei um ein geeignetes Mittel zur Verbesserung der Lebensperspektiven der Binnenflüchtlinge handelt. Details zu diesen Plänen sind bislang nicht bekannt gemacht worden.

Anlage 16

Antwort

des Staatsministers Hans Martin Bury auf die Fragen des Abgeordneten **Hartwig Fischer** (Göttingen) (CDU/CSU) (Drucksache 15/3021, Fragen 44 und 45):

Wird die Bundesregierung auf eine dauerhafte Befassung des VN-Sicherheitsrates mit der Situation in Nord-Uganda drängen bzw. eine EU-weit abgestimmte Beobachtungs- und Vermittlungsinitiative zwischen der Regierung Museveni und der Rebellenfraktion „Lords Resistance Army“ anregen sowie bei der Suche einer geeigneten Persönlichkeit zur Vermittlung zwischen den beiden Lagern behilflich sein?

Wie bewertet die Bundesregierung die Entscheidung der Regierung von Großbritannien, die Hilfsgelder für Uganda unter Hinweis vorliegender Bedenken hinsichtlich der Höhe und Transparenz des ugandischen Militärhaushaltes einzufrieren vor dem Hintergrund der Antwort der Bundesregierung zu Frage 37 der Kleinen Anfrage der Fraktion der CDU/CSU „Aktuelle Menschenrechtslage in Uganda“ (Bundestagsdrucksache 15/2939), und welche Konsequenzen zieht sie hieraus?

(D)

Zu Frage 44:

Die humanitäre Situation in Nord-Uganda wurde unter deutscher Sicherheitsratspräsidentschaft am 14. April 2004 im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen behandelt. Die Bundesregierung setzt sich dafür ein, dass die Lage in Nord-Uganda auf der Tagesordnung von EU und VN bleibt. Die Bundesregierung begrüßt zudem die Befassung des Internationalen Strafgerichtshofs mit der Situation in Nord-Uganda.

Zu Frage 45:

Der Bundesregierung ist die Entscheidung der Regierung Großbritanniens bekannt, einen Teil ihrer Hilfsgelder für das laufende Jahr vorerst nicht zur Auszahlung zu bringen, solange Bedenken hinsichtlich Höhe und Transparenz des ugandischen Militärhaushaltes nicht ausgeräumt sind. Es handelt sich dabei um einen Betrag in Höhe von 10 Millionen Pfund; das ist ein knappes Sechstel der von Großbritannien insgesamt vorgesehenen Budgethilfe. Auch Deutschland hat seinerzeit (Juli 2003) die Auszahlung von Mitteln verschoben und zusammen mit der Gebergemeinschaft auf die Erstellung eines umfassenden Berichts über die Verteidigungspolitik gedrängt. Die ugandische Regierung hat inzwischen den Dialog mit den Gebern zu diesem so genannten „Defence Review“ aufgenommen. Am 3. Mai 2004 fand ein Konsultationstreffen führender Vertreter der ugandischen

(A) Regierung mit den Gebern zum „Defence Review“ statt; die Diskussion ist noch nicht abgeschlossen.

Anlage 17

Antwort

des Staatsministers Hans Martin Bury auf die Frage des Abgeordneten **Dr. Egon Jüttner** (CDU/CSU) (Drucksache 15/3021, Frage 46):

> Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Politik des „Plan Sur“, der die Grenze Mexikos und Guatemalas stark militarisiert hat und eine Abschiebung aller in den USA und in Mexiko aufgegriffenen Migranten in das Grenzgebiet Guatemalas vorsieht, und was will die Bundesregierung gegen diese Politik unternehmen?

Die Bundesregierung hat Kenntnis von einer zwischen Mexiko und Guatemala geschlossenen „Vereinbarung zur geordneten und sicheren Rückführung von zentralamerikanischen Migranten“, die in den mexikanischen Medien gelegentlich als „Plan Sur“ bezeichnet wird. Die Vereinbarung datiert aus dem Sommer 2002 und sieht die geordnete Rückführung illegaler zentralamerikanischer Migranten in ihre Ursprungsländer vor. Dies betrifft ca. 40 000 bis 60 000 Zentralamerikaner jährlich, die in ihre Heimatländer zurückgeführt werden. Die Bundesregierung hat unmittelbar keine Rechtsgrundlage für eine Intervention in zwischenstaatliche Vereinbarungen. Migrations- und Menschenrechtsfragen sind aber Gegenstand des politischen Dialogs mit (B) Mexiko und Guatemala. Zudem trägt Deutschland durch die entwicklungspolitische Zusammenarbeit in den Ursprungsländern zur Verbesserung der Lebensverhältnisse und dadurch zum Abbau des Migrationsdrucks bei.

Anlage 18

Antwort

des Staatsministers Hans Martin Bury auf die Fragen des Abgeordneten **Ralf Göbel** (CDU/CSU) (Drucksache 15/3021, Fragen 47 und 48):

> Trifft es zu, dass vor knapp einem Jahr ein deutscher Konvoi ebenfalls in der Nähe von Falludscha beschossen wurde (ARD-Tagesthemen 12. April 2004), und wenn ja, welche Konsequenzen hat das Auswärtige Amt hieraus bezüglich seiner Transportwegentscheidung gezogen?
>
> Kann die Bundesregierung bestätigen („Der Tagesspiegel“, 18. April 2004), dass die Royal Jordanian Airlines auf der Strecke Amman–Bagdad regelmäßig bewaffnetes Personal transportiert, und hat die Bundesregierung geprüft, ob dieser Transportweg für das deutsche Sicherheits- und Botschaftspersonal im Irak in Frage kommt?

Zu Frage 47:

Gestatten Sie mir, zu dem gesamten Fragenkomplex zu dem Überfall auf den BGS-Konvoi vom 7. April 2004 in Ergänzung zu meiner Erklärung in der heutigen Befragung der Bundesregierung eine einleitende Bemerkung zu machen: Die Sicherheitslage im Irak wird ständig ge- (C) meinsam unter Heranziehung aller verfügbaren Quellen beobachtet. Dazu gehören: Erkenntnisse und Einschätzungen des Botschaftspersonals, insbesondere aus dessen politischen Kontakten zum Regierungsrat, seinen Beratern sowie weiteren politischen Gruppen und Nichtregierungsorganisationen sowie Vertretern der Besatzungsbehörde; die tägliche Bedrohungsanalyse der Besatzungsbehörde, Erkenntnisse des Sicherheitspersonals der anderen EU-Botschaften in Bagdad; nachrichtendienstliche Quellen; aktuelle Meldungen internationaler sowie irakischer und regionaler Medien.

Die Sicherheitslage wird täglich gemeinsam vom Leiter der Botschaft und für die Sicherheit Verantwortlichen auf der Grundlage aller zur Verfügung stehenden Informationen beurteilt; sicherheitsrelevante Entscheidungen werden gemeinsam getroffen. Dies gilt auch für die Entscheidungen über die Durchführung von Konvois, die vom Leiter der Botschaft, dem dortigen BGS-Leiter und dem Konvoi-Führer gemeinsam getroffen werden.

Die Botschaft Bagdad hatte vor dem Überfall auf den Konvoi vom 7. April 2004 25 Konvoifahrten zwischen Amman und Bagdad durchgeführt. Dabei ist es einmal zu einem Zwischenfall gekommen, auf den sich die Frage des Kollegen Göbel bezieht. Am 7. Juni 2003 wurde ein deutscher Konvoi in der Nähe von Falludscha aus einem überholenden Fahrzeug beschossen. Personen wurden dabei nicht verletzt. Die Fahrt konnte ohne weitere Zwischenfälle nach Bagdad fortgesetzt werden. Aus dem Ablauf der Tat ergibt sich, dass es sich um einen kriminellen und nicht um einen politischen Hintergrund (D) handelte.

Nach dem Zwischenfall am 7. Juni 2003 wurden folgende Konsequenzen gezogen: Konvoifahrten wurden auf die absolut notwendigen Fahrten reduziert. Entsandte benutzen die kurz nach dem Zwischenfall eröffnete zivile Flugverbindung von Amman nach Bagdad, sofern es möglich ist und die Sicherheitslage es zulässt; Konvoifahrten müssen am frühen Morgen beginnen, damit eine Ankunft in Bagdad oder auch ein Abbruch der Fahrt und die rechtzeitige Rückkehr zur jordanischen Grenze bei Tageslicht möglich ist. Aufgrund verschiedener Zwischenfälle auf der Autobahn Amman-Falludscha mit kriminellem Hintergrund verstärkten die US-Streitkräfte ihre Patrouillen in der Gegend. In der Folge kam es kaum mehr zu Überfällen mit kriminellem Hintergrund. Die Strecke galt für Zivilfahrzeuge (nicht Militärfahrzeuge) als sicher, da zivile Konvois von Aufständischen nicht angegriffen wurden.

Zu Frage 48:

Ende August 2003 eröffnete die damalige Tochtergesellschaft von Royal Jordanian, Royal Wings, eine Flugverbindung von Amman nach Bagdad. Royal Wings setzte auf Grund der Gefährdung um den Flughafen Bagdad Flüge kurzfristig aus, einmal auch für 1 1/2 Monate. Strikte Politik der Fluggesellschaft war und ist es, die Mitnahme von Waffen unter keinen Umständen zu gestatten.

(A) **Anlage 19**

Antwort

des Staatsministers Hans Martin Bury auf die Fragen des Abgeordneten **Martin Koschyk** (CDU/CSU) (Drucksache 15/3021, Fragen 49 und 50):

> Welche Gründe haben das Auswärtige Amt als fach- und dienstaufsichtlich zuständiges Ressort bewogen, für den Transport der an der deutschen Botschaft im Irak einzusetzenden Sicherheitsbeamten des Bundesgrenzschutzes sowie deren Ausrüstung nach Bagdad den Land- statt den Luftweg vorzusehen, und trifft es zu, dass die Amerikaner aus Kapazitätsgründen die Mitnahme von deutschem Sicherheitspersonal auf Flügen in den Irak abgelehnt hätten, wie dies der stellvertretende Vorsitzende der Fraktion der SPD, Gernot Erler, behauptet hat („Passauer Neue Presse“ vom 17. April 2004)?

> Wie bewertet die Bundesregierung die in der Presse (www.stern.de vom 28. April 2004, 19:11 Uhr) wiedergegebene Aussage, wonach der US-Botschaft in Deutschland keine Informationen über eine Anfrage der Bundesregierung zu amerikanischer Unterstützung beim Lufttransport von Mitarbeitern und Gerät der deutschen Botschaft nach Bagdad vorliegen, und wie kann nach Kenntnis der Bundesregierung Sicherheitspersonal inklusive Waffen und Gerät derzeit auf dem Luftweg nach Bagdad transportiert werden (Militärmaschinen welcher Länder bzw. welche zivilen Fluggesellschaften)?

Zu Frage 49:

Im Hinblick auf die Mitnahme von persönlichen Waffen und Ausrüstung durch die BGS-Beamten galt der Landweg als der geeignete Transportweg. Sicherheit hat dabei Priorität. Es kommen deshalb sondergeschützte Fahrzeuge zum Einsatz. Vor jeder Fahrt erfolgt eine gemeinsame aktuelle Lagebeurteilung. Auch der Luftweg ist nicht ohne Risiko. Der Flughafen in Bagdad ist auch ein Jahr nach Kriegsende aus Sicherheitsgründen immer noch nicht offiziell eröffnet. Die Sicherheit ist nicht gegeben, weil die Maschinen bei Start und Landung immer wieder von Aufständischen beschossen werden, sowohl mit Maschinengewehren als auch mit schultergestützten Boden-Luft-Raketen. Mehrere Maschinen mussten nach Beschuss notlanden. Trotz aller Sicherheitsvorkehrungen werden monatlich mehrere Flugzeuge durch Beschuss getroffen. Anfang April, also zum Zeitpunkt der Konvoifahrt, wurde eine Frachtmaschine von einer SAM-7-Rakete getroffen, deren Sprengstoff jedoch nicht explodierte. Der Flughafen und die Zubringerstraße sind mit die gefährlichsten Brennpunkte in Irak, weil es zu ihnen keine Ausweichrouten gibt. Anschläge gegen Koalitionsstreitkräfte finden dort ständig statt. Im Übrigen war bekannt, dass grundsätzlich keine Mitflugmöglichkeit auf US-Militärflugzeugen besteht. Das Auswärtige Amt hatte bei Entsendung der ersten Mitarbeiter nach Einstellung der Hauptkampfhandlungen die US-Botschaften in Berlin und Amman sowie die US-Besatzungsbehörde in Bagdad hierüber unterrichtet und sie um Hilfestellung gebeten. Die US-Behörden sagten zu, im Rahmen des Möglichen Informationen über die Sicherheitslage zur Verfügung zu stellen. Sie betonten bei dieser wie auch bei anderen Gelegenheiten, dass eine weitergehende Unterstützung – beispielweise durch Militärbegleitung – nicht möglich sei und dass US-Lufttransportkapazitäten durch eigenen militärischen Bedarf und den der Koalition ausgelastet seien.

Zu Frage 50:

Ich verweise zur Beantwortung des ersten Teils der Frage auf meine Antwort auf Ihre Frage 49.

Zum zweiten Teil:

Auswärtiges Amt und BMI prüfen gemeinsam neue Optionen, um Personen und Waffen auf dem Luftweg nach Bagdad zu bringen. Sie tun dies in enger Abstimmung mit anderen europäischen Staaten, die sich in der gleichen Situation befinden.

Anlage 20

Antwort

des Staatsministers Hans Martin Bury auf die Frage des Abgeordneten **Reinhard Grindel** (CDU/CSU) (Drucksache 15/3021, Frage 51):

> Hat die Bundesregierung bei den Alliierten des Irakkrieges, insbesondere den USA, dezidiert die Möglichkeit der Mitnahme von deutschen Sicherheitskräften auf dem Luftweg etwa von Deutschland aus nach Bagdad erbeten, und wenn ja, mit welchem Ergebnis?

Ich verweise zur Beantwortung der Frage auf meine Antwort auf Frage 49 des Herrn Kollegen Koschyk.

Anlage 21

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Fritz Rudolf Körper auf die Fragen des Abgeordneten **Jochen-Konrad Fromme** (CDU/CSU) (Drucksache 15/3021, Fragen 52 und 53):

> Ist es zutreffend, dass bei der Entscheidung über den Aufbau des neuen Funknetzes bei den Behörden für Organisation und Sicherheit (BOS) – entgegen der Meldung in der „Financial Times Deutschland“ vom 16. April 2004 – bereits grundlegende Entscheidungen zumindest hinsichtlich der Durchführung der Ausschreibung und des reportings getroffen wurden, und wenn ja, welche?

> Welche Unternehmen sind bisher mit den genannten und etwaigen weiteren Aufgaben betraut worden?

Zu Frage 52:

Die „Vereinbarung zur Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern zur Einführung des BOS-Digitalfunks“ (Dachvereinbarung) wurde im Februar/März 2004 im Umlaufverfahren durch die Innenminister von Bund und Ländern unterzeichnet. Maßnahmen und Schritte zur praktischen Umsetzung dieser Vereinbarung befinden sich in der Abstimmung zwischen Bund und Ländern. Über die Dachvereinbarung hinaus wurden noch keine grundlegenden Entscheidungen getroffen.

Zu Frage 53:

Die Dachvereinbarung ermächtigt die Projektorganisation (PG netzwerk BOS), sich auch externer Dienstleistung zu bedienen. Es ist vorgesehen, in den Bereichen

(A) Rechtsberatung, technische Spezifikation, Betriebswirtschaft und Projektcontrolling externe Dienstleister in Anspruch zu nehmen. Die diesbezüglichen Vergabeverfahren sind noch nicht abgeschlossen.

Anlage 22

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Fritz Rudolf Körper auf die Frage des Abgeordneten **Reinhard Grindel** (CDU/CSU) (Drucksache 15/3021, Frage 54):

> Treffen die in der Presse („Der Tagesspiegel“ vom 15. April 2004) wiedergegebenen Aussagen des Pressesprechers des Bundesministers des Innern, Otto Schily, zu, dass es nicht möglich sei, mit der Sicherheitsausstattung, die die Beamten für sich brauchten, auf dem Luftweg nach Bagdad zu kommen, und wenn nein: Ist diese Aussage inzwischen dementiert worden?

Die im „Der Tagesspiegel“ vom 15. April 2004 wiedergegebenen Aussagen des Pressesprechers des Bundesministeriums des Innern, der diese im Rahmen der Bundespressekonferenz am 14. April 2004 gemacht hat, sind zutreffend. Die Äußerung in der Bundespressekonferenz hierzu lautete wörtlich: „Es gibt keine Möglichkeit, mit der Sicherheitsausstattung, die die Beamten für sich brauchen, auf dem Luftweg nach Bagdad zu kommen, wenn man keine militärischen Möglichkeiten hat. Es ist Ihnen bereits gesagt worden (Anmerkung von der Sprecherin des Auswärtigen Amtes in der derselben Pressekonferenz), dass diese ganz klar nicht bestanden.“

(B)

Anlage 23

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Karl Diller auf die Fragen des Abgeordneten **Hans-Joachim Otto** (Frankfurt) (FDP) (Drucksache 15/3021, Fragen 55 und 56):

> Wie lange wird der ermäßigte Mehrwertsteuersatz für Bildende Kunst in Deutschland aufrecht zu erhalten sein, wenn sich die Bundesregierung grundsätzlich gegen eine Ausdehnung des Anwendungsbereichs von Anhang H der Richtlinie 2003/0169 (CNS) des Rates zur Änderung der 6. Richtlinie 77/388/EWG ausspricht (Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion der FDP „Mehrwertsteuersatz für Bildende Kunst“, Bundestagsdrucksache 15/2941)?
>
> Wie beurteilt die Bundesregierung die in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom 27. April 2004 wiedergegebenen Pläne des französischen Kulturministers, Renaud Donnedieu de Vabres, die Mehrwertsteuersätze für alle Tonträger abzusenken bzw. die gesamte nationale Musikproduktion von Abgaben und Steuern zu befreien, und sieht die Bundesregierung diese Vorstöße im Einklang mit den EU-rechtlichen Regelungen?

Zu Frage 55:

Die Bundesregierung beabsichtigt, den ermäßigten Umsatzsteuersatz für Bildende Kunst beizubehalten und wird an der geltenden Fassung des § 12 Abs. 2 Nr. 1 und 2 UStG in Verbindung mit der Anlage 2 zu § 12 Abs. 2 Nr. l und 2 UStG (laufende Nummern 53 und 54) so lange wie möglich festhalten.

Zu Frage 56: (C)

Vor dem Hintergrund der Ergebnisse des Experiments „Ermäßigter Mehrwertsteuersatz auf arbeitsintensive Dienstleistungen“ sieht die Bundesregierung in der Einführung eines ermäßigten Mehrwertsteuersatzes auf die Lieferung von Tonträgern kein geeignetes Mittel zur Förderung des Absatzes von Musikprodukten. Im Übrigen ist die Einführung eines ermäßigten Mehrwertsteuersatzes auf die Lieferung von Tonträgern nach den geltenden Vorschriften der 6. EG-Richtlinie gemeinschaftsrechtlich nicht zulässig.

Anlage 24

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Karl Diller auf die Fragen des Abgeordneten **Werner Lensing** (CDU/CSU) (Drucksache 15/3021, Fragen 57 und 58):

> Gibt es eine offizielle Stellungnahme des Bundesministeriums der Finanzen (BMF), welche sich auf die Formulierungshilfe des Bundesministeriums für Bildung und Forschung zum Berufsausbildungssicherungsgesetz (BerASichG) bezieht, in der auf Steuerausfälle hingewiesen wird (vergleiche Netzeitung vom 31. März 2004), und wenn ja, wie lautet der wesentliche Inhalt dieser Vorlage?
>
> Wie hoch schätzt das BMF die Steuerausfälle (reine Ausfälle ohne Gegenrechnungen zum Beispiel durch ersparte Sozialhilfe oder Ähnliches) in den nächsten zwei bis drei Jahren für den Fall ein, dass die im Entwurf des Berufsausbildungssicherungsgesetzes vorgesehene Auslösung erfolgt und die in der Gesetzesbegründung genannten Fälle eintreten, dass 50 000 zusätzliche Ausbildungsplätze geschaffen werden und 211 450 Plätze im Leistungsausgleich gefördert werden müssen bzw. 30 000 Ausbildungsplätze geschaffen und 211 450 Plätze im Leistungsausgleich gefördert werden müssen (Bundestagsdrucksache 15/2820, Seite 20)?

(D)

Bei der Berufsausbildungssicherungsabgabe (§§ 9 ff. des Gesetzentwurfs) handelt es sich nicht um eine Steuer. Die Abgabe ist, da betrieblich veranlasst, eine Betriebsausgabe, während die an ausbildende Betriebe fließenden Leistungen dort die zu tragenden Ausbildungskosten steuerwirksam verringern. Eine Bezifferung der genannten gegenläufigen fiskalischen Effekte ist nicht möglich.

In dem Umfang, in dem sich die Zahl der Ausbildungsverhältnisse effektiv erhöht bzw. die Zahl arbeitsloser Jugendlicher spürbar verringert, ergeben sich bei verbesserter Einkommenssituation der zusätzlich Ausgebildeten positive Wirkungen auf den Wirtschaftskreislauf und das Steueraufkommen.

Weitere Haushaltsentlastungen treten dann ein, wenn durch die zusätzlichen Ausbildungsverhältnisse soziale Transferleistungen (zum Beispiel Sozialhilfe) entfallen.

Anlage 25

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Karl Diller auf die Frage der Abgeordneten **Veronika Bellmann** (CDU/CSU) (Drucksache 15/3021, Frage 59):

(A)

Wie steht die Bundesregierung zur Argumentation der Europäischen Kommission hinsichtlich des „statistischen Effekts“ im Rahmen der Reform der EU-Strukturfonds nach Ablauf der derzeitigen Förderperiode im Jahre 2006 (enthalten im 3. Kohäsionsbericht, 2004), und wie steht die Bundesregierung zu dem Vorschlag, den von diesem Effekt betroffenen Regionen zunächst 85 Prozent des bisherigen Ziel-1-Förderniveaus zu garantieren und diese Quote bis zum Ende der Förderperiode auf 60 Prozent abzusenken?

Die Frage ist von erheblicher finanzieller Bedeutung und muss daher im Zusammenhang mit der zukünftigen finanziellen Vorausschau der EU gesehen werden. Gemeinsam mit fünf weiteren großen Beitragszahlern (Großbritannien, Frankreich, Österreich, Niederlande und Schweden) verfolgt die Bundesregierung das Ziel, die Ausgaben in dem künftigen Finanzplanungszeitraum ab 2007 auf durchschnittlich nicht mehr als 1,0 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) der EU zu begrenzen. Dies haben die Staats- und Regierungschefs in einem gemeinsamen Brief vom Dezember 2003 gegenüber Kommissionspräsident Prodi klar zum Ausdruck gebracht. Der finanzpolitische Hintergrund macht eine solche Begrenzung zwingend. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt schreibt mittelfristig einen ausgeglichenen Haushalt vor. Für Deutschland wird damit bis weit in die Geltungsdauer der nächsten finanziellen Vorausschau der Abbau des strukturellen Defizits notwendig sein. Eventuelle zusätzliche Einnahmen müssen für den Abbau dieses Defizits genutzt werden und können nicht in Form höherer nationaler Abführungen einer unangemessenen Steigerung des EU-Haushaltes dienen.

(B)

Angesichts der deutschen Haushaltslage müssten diese zusätzlichen Transfers an den EU-Haushalt unweigerlich durch weitere Einsparungen im nationalen Haushalt erwirtschaftet bzw. gegenfinanziert werden. Gerade dies würde den nationalen Spielraum in vielen Politikbereichen aber auch Regionen weiter einschränken. Dafür sieht die Bundesregierung keine Möglichkeiten. Der Ansatz, die EU-Ausgaben auf 1,0 Prozent des EU-BNE zu begrenzen, bedeutet eine Stabilisierung der Ausgaben auf derzeitigem Niveau und kein Einfrieren des Finanzvolumens. Vielmehr nehmen die künftigen Haushalte der Union in vollem Umfang am wirtschaftlichen Wachstum der Union teil. Nach diesem Konzept werden 2007 bis 2013 der erweiterten Union beträchtliche Finanzmittel zur Verfügung stehen. Grob geschätzt können die EU-Ausgaben damit nominal von derzeit rund 100 Milliarden Euro auf rund 150 Milliarden Euro im Jahr 2013 ansteigen. Bereits dies würde zu einer Erhöhung der deutschen Abführungen an den EU-Haushalt von der-zeit rund 22 Milliarden Euro auf rund 33 Milliarden Euro führen. Mit diesem Finanzrahmen ist eine Neuausrichtung der EU-Politiken hin zu zukunfts- und wachstumsorientierten Politiken finanzierbar. Durch bessere Rahmenbedingungen und eine effizientere Mittelverwendung kann das Ziel, Europa bis zum Ende des Jahrzehnts zum wirtschaftlich dynamischsten Raum werden zu lassen, verwirklicht werden.

Die Argumentation der Europäischen Kommission mit dem „statistischen Effekt“ basiert auf einer gedanklichen Zweiteilung der Gemeinschaft. Der „statistische Effekt“ verlangt eine getrennte Berechnung der Förderfähigkeit für die alte und für die erweiterte Gemeinschaft; damit wird die Erweiterung gedanklich noch einmal rückgängig gemacht. Unabhängig von diesem gedanklichen Konstrukt hält Deutschland faire Übergangsregelungen zugunsten von Ziel-1-Regionen, die aus der Förderung ausscheiden, für angemessen. Die Regelungen sollten zeitlich begrenzt und degressiv ausgestaltet sein. In Betracht kommt auch eine Differenzierung nach dem Stand des sozioökonomischen Entwicklungsprozesses. Über das exakte Förderniveau wird im Gesamtzusammenhang der künftigen Förderpolitik und im Zusammenhang mit der Bestimmung des Förderniveaus für die in der Ziel-1-Förderung verbleibenden Regionen zu entscheiden sein.

(C)

Anlage 26

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Dr. Ditmar Staffelt auf die Frage der Abgeordneten **Veronika Bellmann** (CDU/CSU) (Drucksache 15/3021, Frage 60):

Wie bewertet die Bundesregierung den Erfolg des am 31. Dezember 2003 ausgelaufenen Förderprogramms „FUTOUR 2000 – Förderung und Unterstützung von technologieorientierten Unternehmensgründungen in den neuen Bundesländern und Berlin (Ost)“, und plant die Bundesregierung ein adäquates Anschlussprogramm zur Förderung von innovativen und technologieorientierten Unternehmen in den neuen Bundesländern?

(D)

Das Programm FUTOUR 2000 ist Ende 2003 planmäßig ausgelaufen. Im laufenden Jahr werden die noch aus dem Jahre 2003 vorliegenden Anträge abgearbeitet, sodass dann insgesamt rund 90 technologieorientierte Unternehmensgründungen gefördert worden sind. Damit sind in wichtigen Technologiefeldern und in verschiedensten Regionen der neuen Bundesländer zukunftsorientierte Arbeitsplätze geschaffen worden. Eine externe Evaluierung des Vorläuferprogramms FUTOUR hat ergeben, dass diese Unternehmen im Durchschnitt nach fünf Jahren 8,3 Arbeitsplätze geschaffen haben und die Unternehmen eine vergleichsweise starke Exportorientierung aufweisen. Allerdings zeigte die Programmentwicklung von FUTOUR 2000, dass sich die Inanspruchnahme des Förderansatzes im Vergleich zum Vorläuferprogramm FUTOUR halbiert hat und die Ausfallquote bei den FUTOUR-Gründungen seit Beginn des letzten Jahres erheblich gestiegen ist.

Das BMWA stellt seine Förderarchitektur für junge Technologieunternehmen um. Zum Jahreswechsel wurde bekanntlich ein neuer Dachfonds des Europäischen Investitionsfonds (EIF) und des ERP-Sondervermögens aufgelegt. Des Weiteren wird das Programm BTU derzeit umstrukturiert und in wenigen Wochen als BTU-Startfonds fortgeführt.

Geplant ist schließlich ein neuer Hightech-Gründerfonds für FuE-basierte Gründungsunternehmen, der mit einer Präferenz für die neuen Länder ausgestattet werden soll. Dieser neue Fonds wird sich insbesondere auch an die Klientel des FUTOUR-Programms richten.

(A) **Anlage 27**

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Dr. Ditmar Staffelt auf die Frage des Abgeordneten **Ernst Hinsken** (CDU/CSU) (Drucksache 15/3021, Frage 61):

Wie viele deutsche Firmen sind nach Kenntnis der Bundesregierung in den letzten beiden Jahren nach Österreich abgewandert, und was will sie unternehmen, um die weitere Verlagerung deutscher Firmen, unterstützt durch die österreichische Regierung, einzudämmen?

Die Verlagerung von Produktionsprozessen ins Ausland ist bereits seit Jahren Ausdruck der internationalen Arbeitsteilung. Oftmals dient die Abwanderung dazu, neue Märkte zu erschließen und somit die strategische Position des Unternehmens im Globalisierungsprozess zu verbessern. Arbeitsplatzverlagerungen sind deshalb keineswegs einseitig negativ zu bewerten, sondern können auch dazu führen, die Wettbewerbsfähigkeit hier ansässiger Unternehmen zu erhalten und Arbeitsplätze im Inland zu sichern.

Die Bundesregierung hat keine Informationen über die konkrete Zahl von deutschen Unternehmen, die in den vergangenen zwei Jahren geschäftliche Aktivitäten nach Österreich verlagert haben. Nach Auskunft der staatlichen „Austrian Business Agency" – ABA –, die ausländische Investoren bei der Ansiedlung unterstützt, haben sich von den von ihr betreuten Unternehmen in 2003 etwa 80 und in 2002 rund 75 Unternehmen in Österreich niedergelassen; für 2004 rechnet die ABA mit 100 bis 120 Ansiedlungen ausländischer Investoren, wo- (B) bei jeweils 30 bis 40 Prozent auf deutsche Unternehmen entfielen. Bei der Verlagerung deutscher Unternehmen handele es sich um Erweiterungsinvestitionen, die dazu dienten, den österreichischen Markt zu erschließen oder von dortigen Standortvorteilen zu profitieren. Keines dieser deutschen Unternehmen habe bisher seine Geschäftstätigkeiten komplett nach Österreich verlegt.

Die wirtschaftspolitische Reaktion auf Verlagerungsprozesse muss vor allem darin liegen, die Attraktivität Deutschlands zu erhalten und weiter zu verbessern. Dazu dienen die umfassenden Strukturreformen für mehr Wachstum und Beschäftigung im Rahmen der Agenda 2010. Sie orientiert sich an der Leitidee, mehr Flexibilität an den Märkten, mehr Eigeninitiative, mehr eigenverantwortliches Handeln zu schaffen – ohne den sozialen Ausgleich aus den Augen zu verlieren.

Anlage 28

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Dr. Ditmar Staffelt auf die Fragen des Abgeordneten **Klaus Hofbauer** (CDU/CSU) (Drucksache 15/3021, Fragen 62 und 63):

In welchem Umfang plant die Bundesregierung, neue Verpflichtungsermächtigungen für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" (GA) Ost und West in den Bundeshaushalt 2005 einzustellen?

Ist die Bundesregierung der Auffassung, dass von der Europäischen Union zurückgewonnene nationale Handlungsspielräume in der Regionalpolitik bei einer stärkeren Konzen- (C) tration der europäischen Strukturförderung auf so genannte Ziel-1-Regionen mit einer gestärkten GA unter Beteiligung des Bundes in Deutschland ausgefüllt werden müssen?

Zu Frage 62:

Die Bundesregierung kann zum jetzigen Zeitpunkt noch keine Angaben zu den Verpflichtungsermächtigungen für die GA-Förderung in den folgenden Jahren machen. Der Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt 2005 und die Finanzplanung bis 2008 werden derzeit vorbereitet. Die Kabinettbefassung wird voraussichtlich Ende Juni 2004 stattfinden.

Zu Frage 63:

Die Verhandlungen zwischen den Mitgliedstaaten und der Europäischen Kommission hinsichtlich der Ausgestaltung der EU-Strukturförderung und des Regionalbeihilferechts für den Zeitraum nach 2006 haben gerade erst begonnen und werden nicht vor Ende 2005 abgeschlossen sein.

Die Bundesregierung setzt sich gegenüber der Europäischen Kommission in den laufenden Diskussionsprozessen dafür ein, dass den Mitgliedstaaten auch nach dem Auslaufen der aktuellen Förderperiode im Jahr 2006 ausreichende beihilferechtliche Spielräume für eine eigenständige nationale Regionalförderung zur Verfügung stehen müssen. Hierzu hat sie der Europäischen Kommission bereits am 2. Mai 2003 ein Eckpunktepapier für das Regionalbeihilferecht nach 2006 übersandt und ihre Position erläutert. (D)

Mit welchen Instrumenten und Mitteln der zukünftig für die nationale Regionalförderung zur Verfügung stehende Handlungsspielraum ausgestaltet wird, kann erst nach Abschluss der Verhandlungen konkretisiert werden.

Anlage 29

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Dr. Ditmar Staffelt auf die Fragen des Abgeordneten **Johannes Singhammer** (CDU/CSU) (Drucksache 15/3021, Fragen 64 und 65):

Wann hat sich die Bundesregierung entsprechend den Ankündigungen von Mitgliedern der Bundesregierung von Ende Januar 2004 gegenüber der französischen Regierung oder/und der Europäischen Kommission (vergleiche „Der Spiegel" vom 19. April 2004) in der Weise eingesetzt, dass die französische Regierung ihre Einflussnahme bei der Übernahme von Aventis durch Sanofi begrenzt oder aufgibt?

Falls eine derartige Einflussnahme oder ein Versuch der Einflussnahme erfolgt ist, welche Regierungsmitglieder haben mit der französischen Seite beziehungsweise der Europäischen Kommission gesprochen, mit welchen Ergebnissen, beispielsweise auch im Hinblick auf eine Kompensation zugunsten Deutschlands in personeller oder industriepolitischer Sicht?

Die Bundesregierung hat seit Ende Januar 2004 anlässlich verschiedener Begegnungen – unter anderem

(A) durch den zuständigen Bundesminister Clement sowie den Bundesminister Eichel – zur Frage der Übernahme von Aventis durch Sanofi – Synthelabo mehrfach Kontakt zur französischen Regierung gehabt. Ziel dieser Kontaktaufnahme war nicht die Begrenzung der Einflussnahme der französischen Regierung auf diesen Übernahmeprozess, sondern vielmehr die Sicherung der Aventis-Arbeitsplätze in Deutschland, vornehmlich am Standort Frankfurt/Main. (C)

Diese Position wurde auch in Gesprächen mit der Unternehmensführung sowohl von Sanofi als auch von Novartis zum Ausdruck gebracht. Die Bundesregierung geht davon aus, dass dieses Ziel erreicht wurde.



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-7980